

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-1 / Anzeigenredaktion Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38 00 bfr, Frankreich 7 00 F, Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 560 00 Din., Luxemburg 28 00 ffr., Niederlande 2 20 fl., Norwegen 8 50 nkr., Österreich 14 sch., Portugal 150 Esc., Schweden 2 00 skr., Schweiz 2 00 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 160 Kcs., Türkei 700 TL

Heute in der WELT



Wie das Ausland Deutschland sieht

Mit einer gehörigen Portion Zynismus betrachtet Charles Wilson, Chefredakteur der Londoner "Times", die Deutschen. Sind die Deutschen seit dem Krieg weniger deutsch geworden? Das neue Deutschland seit 1945 weise erstaunliche Parallelen zu Amerika auf: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und psychoanalytischer Nabelschau darüber geprägt, was es heißt, deutsch zu sein.

Die großen Straßen der Welt

Die einst von Baudelaire beschworene Gestalt des "Flaneurs" ist nicht ausgestorben. Nach wie vor behaupten die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen ihren festen Platz im Reiseprogramm professioneller Weltbummler und Kunstfreunde. In einer losen Serie stellt die WELT von heute an große Avenuen und Prachtboulevards vor. Den Anfang macht der Kurfürstendamm in Berlin.

POLITIK

Abgelehnt: Bogdan Lis, einer der inhaftierten Regimekritiker in Polen, lehnt die vom polnischen Parlament verabschiedete bedingte Amnestie ab. Er nennt die Bedingungen für die Amnestie eine "hässliche Feilscherei". Schon Arbeiterführer Waleśa hatte von "Propaganda" gesprochen. (S. 8)

Komsomol: Zum neuen Ersten Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation der UdSSR ist Wiktor Mironenko gewählt worden. Er löst in diesem Amt Wiktor Mischin ab, der zu einem der Sekretäre des Zentralrats des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes ernannt worden ist.

Südafrika: US-Präsident Reagan verurteilt darauf, den Unternehmer Brown zum ersten farbigen Botschafter der USA nach Südafrika zu entsenden. Ihm werden umstrittene Geschäfte angelastet.

WIRTSCHAFT

Vorschläge: Forschungsmittel Riesenhuber hat in einem Schreiben an den Kanzler Vorschläge zur Energie-Einsparung unterbreitet. Die sicherheits-, gesundheits- und energiepolitischen Folgen aus Tschernobyl sollen in einem Staatssekretärsgespräch erörtert werden. (S. 9)

KULTUR

Dunkelheit: Insgesamt zwölf Jahre Haft für fünf Gedichte, die nicht regierungskonform sind. Das Schicksal der Lyrikerin Irina Ratuschinskaja. Sie schrieb Gedichte von hoher künstlerischer Sensibilität. (S. 15)

SPORT

Reisport: Der Amerikaner Greg Leonard hat auf der ersten Alpen-Etappe der Tour de France die Führung im Gesamtklassement übernommen. Sein Mannschaftskollege Bernard Hinault fiel in diesem Team-internen Zweikampf weit zurück. (S. 13)

Reisport: Reiterherb Herbert Rehbein aus Grünwaldorf im Holstein gewann zum fünften Male das deutsche Dressur-Derby in Hamburg, das mit Pferdewechsel entschieden worden ist.

Tennis: Martina Navratilova ist elf Jahre nach ihrer Flucht aus der CSSR in ihrer Heimatstadt Prag freundlich empfangen worden.

AUS ALLER WELT

Hochzeit: Schlichtern und keß zugleich präsentierte sich Caroline Kennedy (Foto) bei ihrer Hochzeit mit dem New Yorker Geschäftsmann und Künstler Edwin Schlossberg. Die Braut verzichtete bei der Trauungszeremonie darauf, ihrem Ehemann Geburtsort zu geloben, und bestand auch darauf, ihren Familiennamen Kennedy beizubehalten. (S. 16)



Weitsicht: Europas höchstgelegenes "Drehrestaurant" steht auf dem 3500 Meter hohen Mittelallalim oberhalb des Saas-Fee im Schweizer Kanton Wallis. Zwölf Millionen Mark kostete der Bau, der dem Gast einen herrlichen Weitblick auf einen Kranz von Viertausendern bietet. Reicher Segen für ein armes Tal. (S. 16)

Fernsehen Seite 14
Leserbriefe und Personalien Seite 14
Pankraz Seite 15
Wetter: Im Norden Regen Seite 16

Moskau entläßt Funktionäre.
„Grobe Fehler in Tschernobyl“

Kreml verweist auf Konferenz über Reaktorsicherheit / Ein Atomministerium

R. M. BORNHÄSSER, Moskau
Mit personellen Konsequenzen und der Einrichtung eines Atomministeriums versucht die Sowjetunion, die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl politisch zu bewältigen. Aus dem Untersuchungsbereich, der am Wochenende dem Politbüro vorgelegt wurde, geht hervor, daß die bisherigen Informationen, die auf Pressekonferenzen und in Zeitungsberichten gegeben wurden, falsch, zumindest aber irreführend waren. Jetzt wird die Katastrophe nicht mehr mit technischem, sondern menschlichem Versagen begründet.

Unfallursache waren nach dem Bericht „Experimente“ mit dem Turbogenerator am vierten Block, der zu Wartungsarbeiten heruntergefahren war. Die Fachleute und das Bedienungspersonal in jener Nacht seien nicht ausreichend gerüstet gewesen für diese Versuche. Außerdem hätten sie keine adäquaten Sicherheitsmaßnahmen in dieser Situation ergriffen, auch hätte eine Oberaufsicht gefehlt, heißt es in dem Bericht.

Die Schuld wird dem Ministerium für Kraftanlagen und Elektrifizierung

und dem Staatskomitee für Reaktorsicherheit in der UdSSR angelastet. „Grobe Fehler, Verantwortungslosigkeit, Nachlässigkeit und Un-Disziplin“ hätten die furchtbaren Folgen ausgelöst. 28 Menschen waren bei diesem Unfall getötet worden, die Gesundheit zahlreicher ist gefährdet. In diesem Kommuniqué, das heute in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde, werden nun die personellen Konsequenzen bekanntgegeben. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Reaktorsicherheit, Jewgenij Kulow, verlor alle seine Ämter. Ihm folgten entbunden wurden auch der Minister der elektronischen Industrie, Woronowitsch, der stellvertretende Minister für Kraftanlagen und Elektrifizierung Schacharin, der erste stellvertretende Minister für mittlere Maschinenbau Meschokow sowie der stellvertretende Direktor des Forschungs- und Konstruktions-Institutes, Jemeljanow. Der frühere Direktor des Tschernobyl-Atommeilers, Brykanow wurde aus der Partei ausgeschlossen. Verschoit blieb der ukrainische Parteichef Schtscherbitsch. Zum neuen Minister der elektro-

technischen Industrie ernannte das Präsidium des Obersten Sowjet den KPdSU-Sekretär von Letland, Andrius. Anatol Majors, der Minister für Kraftanlagen und Elektrifizierung blieb vorerst auf seinem Stuhl. Allerdings wird sein Ressort halbiert: die Atomenergie untersteht künftig einem eigenen Ministerium.

Der Bericht beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden der Reaktorkatastrophe auf zwei Milliarden Rubel - 6,3 Milliarden Mark. Um solchen Unfällen künftig vorzubeugen, will man vor allem „das Personal für Atommeiler besser schulen, will es in Spezialzentren mit besonders ausgestatteten Simulatoren ausbilden“. In dem Bericht „dankt das Politbüro vor allem den sozialistischen Ländern, die Solidarität mit der sowjetischen Bevölkerung angesichts des Atom-Unglücks von Tschernobyl geübt hätten“.

Moskau bietet jetzt seine Zusammenarbeit mit anderen Staaten an. Man weist insbesondere auf die Generalversammlung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien im kommenden September hin.

„Kleiner Tausch“ im Fall Meißner?

Staatssekretär Rehlinger und „DDR“-Anwalt Vogel suchen eine Lösung / Komplikationen

WERNER KAHL, Bonn
Die Beratungen zwischen dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel und dem Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ludwig Rehlinger, über eine Beendigung der Affäre Meißner wurden am Wochenende durch einen Verdacht gegen den „DDR“-Geheimdienst belastet. Danach soll der Wissenschaftler nach seinem Übertritt in den Westen von „DDR“-Agenten in die Ständige Vertretung verschleppt worden sein.

Nach Informationen der „Bild“-Zeitung haben die deutschen Sicherheitsbehörden mehrere konkrete Hinweise für eine Entführung Meißners von München nach Bonn. Das Blatt schreibt, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß der stellvertretende Vorsitzende der Ostberliner Akademie der Wissenschaften ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt habe. Auch habe eine Analyse des Meißner-Interviews im „DDR“-Fernsehen den Verdacht nahegelegt, daß er unter Drogeneinfluß gestanden habe. Unter strenger Absicherung son-

dierten Vogel und Rehlinger am Wochenende in der Umgebung von Bonn die Möglichkeiten zur Lösung der Affäre Meißner. Vor dem Gebäude der „DDR“-Vertretung in Bonn, in dem sich Herbert Meißner aufhält, waren auch gestern Polizeiwachen und zivile Fahndler des Bundeskriminalamtes postiert.

Im Gebäude der Mission erklärte der Wissenschaftler in einem vom „DDR“-Fernsehen ausgestrahlten Interview, er wolle freiwillig in die „DDR“ zurückkehren, weil er dort „noch gebraucht“ werde, wie er „glaube“.

Als Voraussetzung für diese Rückkehr gilt jedoch, daß Meißner eine entsprechende Erklärung vor einem Beauftragten der Bundesregierung abgibt. Dazu gehört auch eine Begründung seines beim Bundesnachrichtendienst abgelegten Geständnisses, er habe für den „DDR“-Geheimdienst gearbeitet. Erst danach könnte die Bundesregierung die Justiz anweisen, den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen und das Ermittlungsverfahren aus höheren politischen Interessen einzustellen.

Kompliziert wurde der Fall gestern durch die Nachricht, daß Meißner sich bereits vor einem Jahr bei einer Firma im Rheinland um eine Position im wissenschaftlich-technischen Sektor beworben habe. Die Generalbundesanwaltschaft, der dieser Sachverhalt bisher nicht bekannt war, will jetzt prüfen, ob Meißner sich im Auftrag des Staatsicherheitsdienstes beworben habe.

Eine Rückkehr des unter Spionageverdacht stehenden Wissenschaftlers soll nicht von einem förmlichen Agentenaustausch abhängig gemacht werden. In Regierungskreisen geht man allerdings davon aus, daß Gegenleistungen erbracht werden. Kurz bevor Rechtsanwalt Vogel das Mandat im Fall Meißner erteilt wurde, waren die Unterhändler mit der Vorbereitung eines „kleinen deutschen Tausches“ befaßt. Nach Informationen der WELT läßt sich der angestrebte große nicht realisieren.

Asylanten, Schlepper und Orient-Klänge

MICHAEL JACH, Braunschweig
Wer in diesen Tagen Tonkassetten hört, die mit orientalischem Musik befüllt sind, muß noch lange kein Freund dieser Klänge sein. Denn manche der Kassetten bergen eine Überraschung: Zwischen 45 Minuten Musik wurden detaillierte Anweisungen eingegeben, wie Asylsuchende bei Übertritt in den deutschen Grenzschutzbehörden begegnen sollten, um nicht flugs in ihr Herkunftsland zurückgeschickt zu werden.

Die „Kettenglieder“ sogenannter Schlepperorganisationen operieren mittlerweile aufeinander abgestimmt sowohl von den Herkunftsändern der Asylsuchenden aus wie auch innerhalb des Bundesgebietes, um die Asylsuchenden an den Behörden vorbei einzuschleusen. Und sie verfügen über ein gut funktionierendes Informationsnetz, das Änderungen der Kontrollaktivität des Grenzschutzes gezielt weitermeldet. Bei den Erläuterungen und Aufforderungen im Zonenroutenplan Helmsdorf haben sich die Indizes für einen organisierten „Hintergrund“ der Asylantenwelle gemehrt, berichtete der Leiter des für

die innerdeutschen Eisenbahnübergänge zwischen Lübeck und Bebra zuständigen Grenzschutzamtes Braunschweig, Günther Nehring, der WELT.

„Da muß es bei uns schon regelrechte, von den zuständigen Länderpolizeien noch weitgehend unerkannte Infrastrukturen geben“, folgert Nehring aus einer Reihe von Auf-

Sache der niedersächsischen Polizei.“

Wiederholt erhält die BGS-Dienststelle Helmsdorf-Bahnhof Anrufe von Anwaltskanzleien, überall im Bundesgebiet mit der Anfrage, „ob unser Mandat XY denn noch nicht eingetroffen“ sei. Nehrings Frage: Woher kennt ein Anwalt einen Mandanten, der gerade erst ins Land kommt?

Immer häufiger geben Ankömmlinge an, sie hätten ihre Pässe „unterwegs weggeworfen“. Der Grund ist offensichtlich: Wer nicht identifiziert werden kann, darf jedenfalls auch nicht postwendend - ohne Überprüfung seiner Asylgründe - abgeschoben werden. Das Verfahren zieht sich in die Länge, jene „Infrastruktur“ kann tätig werden. Nehring: „Da müssen wir im Zug sein, die die Pässe einsammeln und ins Bundesgebiet schleusen.“ So manches „weggeworfene“ Reisepassdokument sei nämlich später wieder vorgelegt worden. Und daß Pässe „weggeworfen“ würden, sei erst eingetreten, nachdem die BGS-Bestimmungen die ersten Exemplare aus Damenunterwäsche und Kinderwindeln gezogen hätten.

„Wo bleibt Protest gegen Terror?“

KNA, München
Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, hat sich betroffen darüber geäußert, daß nach dem Terroranschlag am dem Siemens-Vorstandsmittglied Beckurts und dessen Fahrer Groppler sich „niemand in größerem Maßstab auf die Straße begibt und gegen das, was in Straßlach passiert ist, demonstriert“. In einem Gespräch mit dem „Münchener Merkur“ sagte der Bischof von Mainz, ihm wäre „wesentlich wichtiger, wenn es wegen dieses Verbrechens friedliche Proteste gegeben hätte. Er flüchte hinzu: „Wir sind auf diesem Gebiet zuweilen doch etwas bläugig.“

Bei der Suche nach den Mördern von Beckurts und Groppler sind die Behörden am Wochenende noch nicht weitergekommen. Die Sicherheitskräfte suchen verstärkt nach dem RAF-Mitglied Horst Ludwig Meyer, den Zeugen in der Nähe von Straßlach gesehen haben wollen.

Kreml löst General in der „DDR“ ab

DW, Berlin
Nach nur elf Monaten wurde der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR“, Armeeoberbefehlshaber Pjotr Luschow von seinem Posten abberufen. Das geht aus einer Meldung der amtlichen „DDR“-Nachrichtengeneratur ADN hervor. Die Agentur meldete, „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker habe Luschow, der offiziell die Bezeichnung Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) trägt, anlässlich der „Beendigung seines Dienstes“ empfangen. Gründe für die Ablösung des Oberkommandierenden teilte ADN nicht mit. Luschow hatte seinen Dienst am 9. August 1985 als Nachfolger von Armeeoberbefehlshaber Michail Sabew angetreten. In der „DDR“ sind nach Schätzungen westlicher Militärexperten etwa 400 000 sowjetische Soldaten stationiert. Sie bilden das größte Kontingent sowjetischer Truppen außerhalb der UdSSR.

Paris will mehr Basken abschieben

DW, Paris
Frankreich wird nach den Worten von Außenminister Jean-Bernard Raimond künftig häufiger baskische Extremisten nach Spanien abschieben. In einem Rundfunkinterview erklärte Raimond gestern, eine solche Maßnahme wie die Abschiebung des mutmaßlichen ETA-Mitglieds Jose Varona Lopez am Freitag abend sei ein völlig normaler Vorgang zwischen zwei demokratischen Ländern. Lopez wurde den spanischen Behörden unmittelbar nach seiner Festnahme übergeben. Raimond sagte, die nächsten Abschiebungen könnten schon in den kommenden Tagen stattfinden. Am Freitag war es das erste Mal gewesen, daß ein baskischer Flüchtling im Rahmen der „Prozedur für absolute Notfälle“ übergeben wurde. Der Außenminister kündigte an, er werde diese Woche in Madrid die Basken-Frage erörtern.

DER KOMMENTAR

Die Kleinen hängen

CARL GUSTAF STRÖHM

Fahrlässigkeit, verantwortungsloses Verhalten, Schlamperei und Disziplinlosigkeit - mit diesen starken Worten hat das Moskauer Politbüro die Ursachen für die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl charakterisiert. Gleichzeitig wurde die Absetzung einiger zuständiger Funktionäre bekanntgegeben.

Dieser Stellvertreter-Krieg um den Unglücksreaktor ist typisch für ein System, in dem immer nur die kleinen Schuldigen (oder angeblich Schuldigen) geopfert werden, während das System selber und die Verantwortlichen an der Spitze ungeschoren bleiben. Was das Politbüro über Tschernobyl zu melden weiß, läßt einen noch nachträglich erschauern: Da ist von einer „ganzen Reihe von groben Verstößen“ gegen die Betriebssicherheit die Rede; vom Fehlen jeglicher staatlicher Aufsicht, von mangelnden oder unterlassenen Vorbereitungen bei der Durchführung nicht näher bezeichnender Arbeiten am Reaktor. Bei „Experimenten“

(so der Moskauer Ausdruck) an den Turbinen des vierten Reaktorblocks muß überaus leichtfertig verfahren worden sein - dabei wußte man auch gern, was für geheimnisvolle Experimente das waren. Das militärische Stichwort „Plutonium“ kommt einem in den Sinn.

Nun, da das Kind in den Brunnen gefallen und die Katastrophe geschehen ist, zieht Moskau die Lehren - und was erleben wir? Es wird ein neues Ministerium gegründet, diesmal für „Atomenergie“. Die bürokratische Schlamperei soll durch einen neuen bürokratischen Apparat bekämpft werden.

bleibt die Frage: Wann kommt das nächste Tschernobyl auf die Sowjetmenschchen und auf ihre Nachbarn zu? Denn wer wollte schon die Behauptung wagen, daß es in den anderen Atomreaktoren der Sowjetunion und ihrer Verbündeten grundsätzlich anders zugeht als in Tschernobyl? Wenn das System gleich ist, müssen auch die Ergebnisse gleich sein.

Rogers mahnt die Europäer

NATO-Oberbefehlshaber Rogers hat Europa davor gewarnt, sich von der amerikanischen SDI-Organisation die Initiative für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Raketenabwehr aus der Hand nehmen zu lassen. „Ich möchte nicht, daß die NATO das Nachsehen mit dem Sonderbeauftragten des US-Präsidenten, Paul Nitze, zusammen und ließ sich über den Entwurf der Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge informieren.“

Vorstoß für „Wasserpennig“

Der Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses, Göhner (CDU), hat sich für einen „Wasserpennig“ ausgesprochen. Damit sollten die Bauern entschädigt werden, wenn die Düngermenge begrenzt und die Ernte geringer ausfallen würde, sagte Göhner im „Express“. Allerdings werde dann der Wasserpreis steigen. Der Regierung in Stuttgart, die den „Wasserpennig“ eingeführt hat, war ein Abrücken von dem Versuchsprinzip vorgeworfen worden.

Wien: Wackersdorf ist eine „Giftküche“

Die österreichische Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die nukleare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf bekräftigt. Bei einer Podiumsdiskussion in Salzburg nannte Umweltminister Kreuzer die Anlage eine „Giftküche“. Österreich und andere Nachbarstaaten sollten den Druck gegen das Vorhaben aufrecht erhalten. Der bayerische Staatssekretär Fischer erklärte dagegen, die Chancen eines Verzichts auf Wackersdorf seien gleich Null.

Genscher will „aktiven Dialog“

Außenminister Hans-Dietrich Genscher sieht die eigentliche Bedeutung seines Besuchs in der Sowjetunion darin, daß die Bundesregierung an dem wieder in Gang gekommenen West-Ost-Dialog aktiv teilnehmen will. Kurz vor seinem gestrigen Abflug trat Genscher noch mit dem Sonderbeauftragten des US-Präsidenten, Paul Nitze, zusammen und ließ sich über den Entwurf der Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge informieren.

Spiele-Boykott weitete sich aus

Der Boykott der Commonwealth-Spiele, die am Donnerstag in Edinburgh beginnen sollen, zieht Kreise. Bis gestern hatten 23 von insgesamt 50 Ländern ihre Teilnahme aus Protest gegen die britische Südafrika-Politik abgesagt. Unter anderem demiterte der Buckingham-Palast neue Berichte, wonach Königin Elizabeth II. über die Haltung von Premierminister Thatcher im Commonwealth-Streit „bestürzt“ sein soll.

Managua droht mit UN-Sicherheitsrat

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat am siebten Jahrestag der sandinistischen Revolution die Vereinten Staaten in ultimativer Form aufgefordert, die Contras nicht mehr zu unterstützen. Managua verurteilt die UN-Sicherheitsrat anrufen, falls Washington nicht bis zum nächsten Sonntag auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshof reagiert, wonach die USA mit ihrer Hilfe an die Contras das Völkerrecht verletzen.

Für Kim Dae Jung dient das Grundgesetz als Vorbild

Geißler sichert Südkorea Opposition Hilfe der CDU zu

Als ein „zweites Deutschland hier in Asien“ wünscht sich Südkorea Oppositionspolitiker Kim Dae Jung seine Heimat. Gegenüber CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der ihn in seinem Haus in Seoul besuchte, sagte Kim, er und seine Freunde bewunderten das Verfassungssystem und die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Geißler überbrachte Grüße von Bundeskanzler Helmut Kohl und versicherte, die Christdemokraten würden dafür eintreten, daß Kim Dae Jung sich wieder politisch betätigen könne. Der Oppositionelle der New Korea Democratic Party (NKDP) stand während der Visite unter Hausarrest. Etwa 400 Polizisten waren nach seinen Angaben in dem Wohnviertel postiert, um zu verhindern, daß er an einer von seiner Partei organisierten Demonstration gegen Folterungen im Lande teilnahm. Geißler versicherte in dem Gespräch, die CDU wolle mit allen Parteien zusammenarbeiten, die sich der Demokratie, den Menschenrechten

und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen. Er lud Kim für den Herbst zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland ein. Der im vergangenen Jahr aus dem Exil zurückgekehrte Oppositionspolitiker nahm die Einladung an, war jedoch unsicher, ob er einen Paß bekommen würde.

Kim bezeichnete die regierende „Democratic Justice Party“ als ein Instrument zur Erhaltung der Macht von Militärs. Sie werde erst dann von der Bildfläche verschwinden, wenn Präsident Chun Doo Hwan abtrete. Nach ihm vorliegenden Umfrageergebnissen beifürworteten 60 Prozent der Bevölkerung ein Präsidialsystem mit direkter Wahl, unterstrich Kim die Forderungen der Opposition nach einer Verfassungsänderung. Bislang wird der Präsident durch ein Wahlkollegium ins Amt gehoben.

Noch während des Gesprächs mit Geißler erreichten Kim Informationen, wonach die Polizei mit Tränengas gegen die zur selben Zeit demonstrierenden Oppositionellen in der Stadt vorging.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ortega totaler Krieg

Von Günter Friedländer

Die Jahre der großen Siegesfeiern der sandinistischen Revolution sind vorüber. Präsident Daniel Ortega vermißt es, am siebten Jahrestag vor großen Volksmassen zu erscheinen. Er sprach in der Provinzstadt Esteli. Die Stars der sogenannten „nationalen Befreiungskriege“ blieben aus. Wer am Radio oder am Fernsehen die glanzvolle Feier miterlebte, mußte sich mit einem tschechoslowakischen Vizepräsidenten, einem stellvertretenden Ministerpräsidenten aus Guayana und einem Außenminister aus Libyen begnügen.

Die Botschaft an sein Volk faßte Ortega in einem Satz zusammen: „Die unmittelbare Zukunft ist voller Schwierigkeiten.“ Nun müßten eben noch mehr Arbeitsstunden eingelegt werden, um die Produktivität zu erhöhen. Dafür gibt es weniger zu essen. Lebensmittel seine in erster Linie für die Verteidiger der Revolution bestimmt, in zweiter Linie für die Arbeiter, erst dann käme der Rest.

Schuld an allem haben natürlich die USA. Der Mann, der den von der Contadora-Gruppe vorgelegten mittelamerikanischen Friedensvertrag sabotierte und damit die Gesetzgeber der USA so vor den Kopf stieß, daß sie schließlich 100 Millionen Dollar für die Freiheitskämpfer in Nicaragua bewilligten, droht nun jedem in Mittelamerika, der „sich als Werkzeug der terroristischen Politik der USA hergibt“, mit den Anstrengungen und den Folgen eines „totalen Krieges“.

In seiner überschäumenden Rede bezeichnete Ortega Reagan als „einen Verbrecher“ und stellte den USA eine Frist bis zum 27. Juli, bis zu der sie sich dem Weltgericht zu unterwerfen hätten. Nur so könne er daran gehindert werden, sich an den Sicherheitsrat der UNO zu wenden. Was er dort allerdings will, wo er keinerlei Chance hat, einen ihm günstigen Beschluß zu erlangen, verriet er nicht.

Ortega hatte bis vor kurzem in den USA genügend Verteidiger, um viele Monate Reagans Politik gegen die Sandinistas aufzuhalten. Sein Verbot der einzigen oppositionellen Zeitung, seine Verfolgung des Klerus und das schwindende Vertrauen im eigenen Land finden in den USA nun ein besseres Echo als seine großspurigen Drohungen.

Gesamtschule übertrumpft

Von Ulrich Reitz

Die SPD-Regierung im Saarland will das kleinste Flächenland mit „neuen“ Gesamtschulen überziehen – auf Kosten des bewährten, gegliederten Schulwesens. Doch die Schulrechtsnovelle des Kultusministers Breitenbach ist durch die Landesverfassung vermutlich nicht gedeckt.

Hier kommt das Wort „Gesamtschule“ nicht vor. Und das nicht etwa deshalb, weil die Verfassungsväter nicht gewußt hätten, daß dieser Schultyp zum Lieblingskind sozialdemokratischer Nivellierungspolitik im Bildungsbereich avancieren würde. Die Landesverfassung enthält eine starke Bestandssicherung des dreigliedrigen Schulwesens. Die SPD weiß das. Als sie nämlich 1969 beantragte, den Katalog der weiterführenden Schulen in der Verfassung um die Gesamtschule zu „bereichern“, scheiterte sie an der CDU-Mehrheit.

Zunächst schließt Breitenbach „nur“ sechsundzwanzig weiterführende Schulen. Doch das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Denn das neue Schulgesetz gibt dem Minister die Möglichkeit, im Zuge sinkender Schüler- und damit Anmeldezahlen eine herkömmliche Schule nach der anderen dichtzumachen. Ein Hebel, den die SPD-Regierung nutzen dürfte.

Bis heute hat Breitenbach nicht einmal die Mitglieder der Landesregierung wissen lassen, wie die Schule aussehen wird, in die die verunsicherten Eltern ihre Kinder schicken sollen. Denn für ihn gehört die einst als revolutionär gepriesene Gesamtschule bereits in die Mottenkiste. Doch was unter der „Gesamtschule der zweiten Generation“ und dem als eine Art Selbstverwaltung der Schüler begriffenen „Team-Kleingruppen-Modell“ zu verstehen ist, blieb im dunkeln.

Mit diesem Problem will Breitenbach das Parlament freilich erst gar nicht belasten. Vorsorglich hat er sich selbst eine Verordnungsmaßnahme ausgestellt. Sie gibt ihm die Möglichkeit, „Näheres“ über die „neue“ Gesamtschule selbst(herrlich) festzulegen. Zwei Wochen vor Schulbeginn an der Saar warten die Eltern auf des Ministers Offenbarung. Sie dürfte schneller kommen, als Breitenbach selbst beabsichtigte, denn CDU und FDP werden noch vor Schulbeginn eine Verfassungsklage gegen die Schulgesetznovelle einreichen.

Otto Normalspender

Von Enno v. Loewenstern

Otto spendet einer „gemeinnützigen“ Vereinigung 1000 DM. Da er Sozialhilfeempfänger ist und mithin keiner Einkommens- oder Lohnsteuerpflicht unterliegt, wirft Otto nach dem Vorgang sogleich die Spenden-Quittung weg, er kann nichts von der Steuer absetzen; bei seinem alljährlichen Kassensturz am 31. 12. muß Otto betrübelt feststellen, daß er schlicht 1000 DM weniger im Sparstumpf hat. Im nächsten Jahr spendet er deshalb nichts mehr.

Diesen erschütternden Tragödienstoff verdanken wir dem Szenenblatt „Tageszeitung“. Es nimmt ihn zum Aufhänger einer schneidenden Kritik am jüngsten Parteispender-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ergänzt durch den Hinweis, daß demgegenüber der „Monopolkapitalist“ Friedrich-Karl, wenn er tausend Mark spendet, diese von der Steuer absetzen und somit 560 Mark sparen kann.

So wurde wieder einmal dem Staatsmonopolkapitalismus die Maske heruntergerissen. Nur schade, daß die Grünen, deren Staatsmonopolsozialismus das Szenenblatt verächtlich, Ottos Geschichte nicht rechtzeitig Karlsruhe vorlegten. Denn dann hätte diese Instanz erfahren, daß bei uns die Sozialhilfeempfänger so viel kriegen, daß sie leicht tausend Mark spenden können und dennoch einen Sparstumpf voll Geld haben, nur eben um tausend Mark weniger. Die das erzählen, sind bekanntlich die Basisnahen, die wahren Vertreter des Volkes. So also stellt sich ihnen die Lage der Sozialhilfeempfänger dar.

Aus deren Reihen erhalten die Grünen einen Großteil ihrer Unterstützung – aus der Hausbesetzer- und entsprechenden Szene, wo man den Staat bekämpft und dennoch wie die Lilien auf dem Felde sich von ihm ernähren läßt. Die Grünen revanchieren sich, indem sie in ihren Wahlprogrammen die Erhöhung der Fürsorgersätze verlangen. Wofür – damit die Sozialhilfeempfänger das nächste Mal zweitausend Mark spenden können und trotzdem noch was beim alljährlichen Kassensturz im Sparstumpf finden? Diejenigen, die der Einkommens- oder Lohnsteuerpflicht unterliegen und immer meinen, die von ihnen bezahlte Sozialhilfe sei zum Leben genug und zum Spenden zu wenig, können nur staunen.



Neue Kriegsflagge

MAKE KESEFIVE DENVER POST

Tritt gefaßt

Von Manfred Schell

Helmut Kohl oder Johannes Rau? Die Meinungsumfragen in diesem Sommer zeigen, wenn man nicht nur die persönlichen Sympathiewerte, sondern die politischen Gewichte insgesamt aufrechnet, daß sich diese Alternative für viele Bürger überhaupt nicht mehr stellt. Natürlich ist bei demokratischen Erhebungen Vorsicht geboten, weil sie nur den Wert von Momentaufnahmen haben, aber sie belegen doch das ohnehin verbreitete Gefühl, daß sich die innenpolitische Stimmungslage zu Lasten der SPD verändert hat.

Für diese Entwicklung gibt es Daten und Anlässe. Die Tatsache, daß sich CDU und FDP in Niedersachsen wenn auch nur knapp gegen rot-grün durchgesetzt haben, ist ein solches Ereignis. Die SPD hat in Niedersachsen mit der Parole gekämpft, Helmut Kohl müsse in Bonn weg. Die SPD ist damit gescheitert. Der Kanzler ist im Amt und weniger gefährdet denn je.

Niedersachsen war für Helmut Kohl ein „kritischer Punkt“, aber er ist überwunden, die Nervosität ist gewichen, die Koalition hat wieder Tritt gefaßt. Der Kanzler möchte ohne Reibungsverluste in die Wahlkampfaufeinandersetzung gehen. Hinter den Kulissen regiert er mit mehr fester Hand, Kabinettsmitglieder werden von ihm schriftlich zur Disziplin oder zu einer wirkungsvollen Darstellung der Regierungspolitik ermahnt. Kürzlich sind Briefe an die Minister Riesenhuber und Frau Wilms gegangen.

Es war immer eine Stärke Kohls, nicht nur an die Sache, sondern vor allem auch an Personen zu denken, wobei das eine oft das andere bedingte. Seine Entscheidung, mitten in der Tschernobyl-Diskussion und kurz vor der Niedersachswahl Walter Wallmann zum Umweltminister zu berufen, wird als gelungener Schachzug anerkannt.

Die Information, daß Kohl sich kürzlich im Kanzleramt mit Kurt Biedenkopf, dem Vorsitzenden des großen rheinisch-westfälischen CDU-Landesverbandes, getroffen hat, paßt in dieses Raster. Biedenkopf wird im nächsten Deutschen Bundestag sitzen. Es ist abzusehen, daß er zumindest der Fraktionsführung, vielleicht als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, angehören und von dort aus zu einem neuen Programm der „kreativen Phase“ beitragen wird. Dabei weiß jeder, natürlich auch Kohl, daß der geschickte Mann auch unbequem sein kann. Aber diese neue Konstellation muß nicht auf Konfrontation angelegt sein, eher spricht vieles für ein konstruktives Miteinander – daß es zwischen Kohl und Biedenkopf „gute“ wird.

Der Fraktionsführung kann ein Mann wie Biedenkopf durchaus guttun. Wichtig ist, daß er nicht in einen Konflikt mit dem Fraktionsvorsitzenden gerät. Es ist kein Geheimnis, daß Norbert Blüm, Heiner Geißler und auch Wolfgang Schäuble für das Amt Interesse zeigen. Alfred Dreger wird das Amt des Bundestagspräsidenten angetrauen werden; der jetzige Präsident Philipp Jenninger ist ausserhalb als Bundesminister, vielleicht für innerdeutsche Beziehungen.

Auch dem Bundeskanzler ist bewusst, daß die erste volle Legislaturperiode der Koalition der Mitte auf Konsolidierungsaufgaben im weitesten Sinne konzentriert war. Die Wirtschaft mußte von bürokratischen und ideologischen Bindungen befreit, sie mußte wieder angekurbt werden. Dieses Ziel ist erreicht. Und es wird den Sozialdemokraten schwerfallen, diesen Erfolg wegzureden.

Kohl weiß, daß die nächste Legislaturperiode nicht mit „Konsolidierungspolitik“ bestanden werden kann. Es muß vielmehr ein Zeitraum reformerischer Entscheidungen werden; die große Renten-

reform und die große Steuerreform sind nur zwei Stichworte. Dabei können Köpfe wie Biedenkopf, die in der Lage sind, phantasievoll neue Wege zu diskutieren, überaus hilfreich sein. Biedenkopf weiß, daß er scheitern würde, verstünde er sich als „Gegenspieler“ des Kanzlers.

Dieser Koalition aus CDU/CSU und FDP, die respektable Leistungen vorzuweisen hat, stehen die Sozialdemokraten mit Johannes Rau gegenüber. Rau ist ein redlicher Mann, aber er selbst muß wissen, ob er sich nicht mit seiner Kandidatur überfordert. Es fällt auf, daß er sich der politischen Diskussion in Bonn hartnäckig verweigert. Rau will offenbar nicht für Entscheidungen und Strömungen in der SPD politisch haftbar gemacht werden. Diesen Kurs kann er wohl kaum durchhalten. Die eigenen Mitglieder werden ihn, zum Beispiel auf dem anstehenden Bundesparteitag, zwingen, Farbe zu bekennen – rot oder rot-grün.

Rau hat für sich, was ihm durchaus ehrt, Pflöcke eingeschlagen. Er hat öffentlich erklärt, daß er sich von den Grünen nicht zum Kanzler wählen lassen und auch mit ihnen zusammen nicht regieren würde. Statt dessen setzt er auf die absolute Mehrheit der SPD, die bei der letzten Bundestagswahl 38,2 Prozent errungen hat. Vielleicht ist Rau der einzige in der SPD, der an das Wunder von der absoluten Mehrheit glaubt. Jedenfalls steht er seit Wochen im verzweifeltsten Kampf, seiner Partei Zweifel zu nehmen, sie zu mobilisieren.

Aber bisher zumindest verweigern sich viele. Ihnen steckt noch die Bundestagswahl 1980 in den Knochen. Damals hat Helmut Schmidt seiner Partei eiserne Disziplin und – für manche bis zur ideologischen Selbstverleugung – Unterstützung des Kanzler-Kurses abverlangt. Das Ziel, über den „Traumgegner“ Strauß die stärkste politische Kraft zu werden, wurde dennoch nicht erreicht. Diejenigen in der SPD, die einen anderen Weg als die Regierung in der Energie- und der Sicherheitspolitik gehen wollen, haben die Erfahrung von 1980 noch präsent. Sie werden sich nicht noch einmal „kleinhalten“ lassen. Nicht zuletzt darin liegt das Dilemma der SPD.

Wird von Kohl eingebunden: Biedenkopf

FOTO: KZRPFA



Wird von Kohl eingebunden: Biedenkopf

FOTO: KZRPFA

Vorerst sind es eher Sanktionen gegen Frau Thatcher

Intrigenspiel um die Südafrika-Politik Großbritanniens / Von Reiner Gatermann

Die Commonwealth-Suppe „Südafrika“, in der zur Zeit all zu viele Köche ihre Löffel haben, ist nicht nur versalzen, sondern auch vergiftet. Vergiftet von politischen Intrigen; diplomatische Blindheit kommt hinzu. Die derzeitige Krise zeigt, daß diese „freiwillige Vereinigung von neunundvierzig souveränen Staaten“ tatsächlich nur noch ein historisches Relikt ist, dessen Schwergewicht im gesellschaftlichen Umgang miteinander und nicht in der – hoffnungslosen – Suche nach einer gemeinsamen Politik liegen sollte.

Denn dazu fehlen sämtliche Voraussetzungen wie einigermaßen konforme politische Zielsetzung, wirtschaftliche Interessen und soziale Vorstellungen. In diesem Völkergemisch, bestehend aus Demokratien, Einparteiensystemen und Militärdiktaturen, ist eine Monarchin überhaupt, die statutenmäßig nicht das Geringste zu sagen hat, denn Statuten existieren nicht, ebensowenig wie das Commonwealth als Organisation. Aber viele ihrer außerbritischen „Untertanen“ sehen in ihr immer noch ein politisch aktives Staatsoberhaupt und wollen es handeln sehen, zumal in Konflikten gegen Dritte.

In London schreckte jüngst die Nachricht auf, daß ein hohes Regierungsmitglied im engsten Vertrautkreis Frau Thatchers, der stellvertretende Ministerpräsident Lord Whitelaw, bei einem „privaten“ Mittagessen mit ein paar Journalisten versucht haben soll, die Königin ins Spiel zu bringen. Er ließ sie wissen, das Kabinett fürchte „eine Kollision mit der Königin“ in der Südafrika-Frage. Das war ein Seitenhieb auf seine Chefin, der NATO, Westeuropa und Ost-West-Beziehungen näher stehen als das undefinierbare Commonwealth, das nun auch noch ihre Politik bestimmen will.

Nun will der Lord von diesem Lunch nichts mehr wissen, aber das Wort von der „konstitutionellen Krise“ war in der Debatte. Dabei kann es zu einer „konstitutionellen Krise“ gar nicht kommen. Einmal, weil die Queen in der Völkergemeinschaft keine konstitu-

nelle Rolle zu spielen hat, weil es eine solche Rolle nicht gibt. Zum anderen, weil sie sehr genau weiß, wo ihre Position im Vereinigten Königreich ist. Die berühmte Formel, daß die Königin sogar ihre eigene Absetzung bekanntgeben müßte, wenn die Regierung sie dazu aufforderte, umschreibt die Lage treffend – die Königin kann gar nicht daran denken, aktiv Politik gegen die Regierung zu machen. Man wundert sich, wie solche unsinnigen Gerüchte ausgerechnet in England selbst aufkommen konnten.

Die nächste Ranküne folgte am Sonntag. Die „Sunday Times“ berichtete fast über die gesamte erste Seite: „Königin schockiert über die sich um nichts kümmernde Frau Thatcher“. Ungenannte hohe Hofbeamte sollen diese Besorgnis vermittelt haben. Der konkurrierende „Observer“ konnte jedoch gleichzeitig mitteilen: „Buckingham Palace verneint einen Bericht in der „Sunday Times“, daß es einen Konflikt zwischen der Queen und Frau Thatcher gebe.“

Diesem Intrigenspiel hat Frau Thatcher durch eigene Ungeschicklichkeit eine Vorlage gegeben. Bei der Commonwealth-Konferenz im Herbst 1985 in Nassau auf den Bahamas hatten die heutigen Sanktionen-Vorkämpfer sich mit der bescheidenen Lösung begnügt, eine „Eminent Persons' Group“ (führender Angehöriger des Commonwealth) zu Sondierungen nach Südafrika zu entsenden. Diesen Erfolg stellte Frau Thatcher selbst in Frage, als sie anschließend mitteilte, Großbritannien habe bei diesem Kompromiß kaum nachgegeben. Sie veranschaulichte dies, indem sie Daumen und Zeigefinger nur etwas mehr als einen Zentimeter spreizte. Über ihre Kollegen, die überwiegend schon damals weitergehende Sanktionen forderten, sagte sie: „Sie sind zu der Einsicht gekommen...“

Damals mehr oder weniger verschaukelte und jetzt noch in Frau Thatchers Fernsehinterview indirekt, aber unmissverständlich als „unmoralisch“ abgestempelt, hat das Commonwealth nun eine Front

IM GESPRÄCH Raschid Sfar

Nachfolger des Nachfolgers

Von Achim Reinde

Je schwächer das politische System, um so stärker muß die politische Führung sein. Auf Kenyatta folgte in Kenia Arap Moi, auf Senghor in Senegal Diouf, auf Ahikjo in Kamerun Biya und auf Nyerere in Tansania Mtwinyi. Wer – oder was – folgt auf Bourguiba? In Tunesien ist der Wechsel noch lange nicht vollzogen, und die Frage, ob das System so stark ist, daß es einen weniger Starken trägt, ist unbeantwortet.

Daß die Rolle des Nachfolgekandidaten in Tunesien undankbar ist, zeigt das Schicksal des langjährigen Premiers Mzali, der systematisch entmachtet und Anfang Juli abgesetzt wurde. Raschid Sfar, sein Nachfolger und als solcher verfassungsmäßiger Präsident im Falle des Todes des dreundschaftsjährigen Bourguiba, sollte eigentlich Nachfolger des Nachfolgekandidaten Mzali werden. „Wenn du mir nachfolgst, mache Raschid Sfar zu deinem Premier“, hatte Bourguiba Mzali geraten.

Der zweundschrifftjährige Sfar, verheiratet und kinderlos, ist ein technokratischer Musterknabe. Geboren in Mahdia in der Nähe von Sousse, trat er nach entsprechendem Studium in Tunis und Paris in die Finanzkarriere ein und wurde mit 27 Jahren Leiter der Steuerinspektion. Mit vierundvierzig war er Industrieminister, ein Jahr später Verteidigungsminister und seit April dieses Jahres zusätzlich Finanzminister. Das Wirtschaftsressort wird er als Premier behalten. Sein Nachfolger als Finanzminister wird der bisherige Planungsminister Ismail Khellil.

Fachkenntnis und Fähigkeit stehen bei Sfar außer Frage. Er gilt als brillanter Wirtschaftsfachmann. So einen braucht Tunesien nötiger als je zuvor. Die Wirtschaft ist in der Krise, der soziale Frieden gefährdet. Solange Bourguiba mit seinem Mythos hin-



Brillanter Technokrat: Tunesiens Sfar

FOTO: AP

ter Sfar steht, dem inhaftierten Volkstribunen, dem Gewerkschaftsführer Habib Achour und dem Sozialistenchef Ahmed Mestiri Paroli bietet, wird der neue Premier sich auf die Aufgabe konzentrieren können, die Rezession zu überwinden, und das ist schwierig und langwierig genug.

Bourguiba und seine Ratgeber brauchen einen solchen Mann. Doch das ist nicht alles. Es ist kein Geheimnis, daß die tunesische Innenpolitik in hohem Maße von Palastintrigen bestimmt wird. Werden die, die Sfar auf den Thron hoben, nicht irgendwann selbst die Macht innehaben wollen? Werden sie ihn nach getaner Tat fallen lassen oder gar vorher zum Sündenbock stempeln? Mzali, der weiß Gott kein schlechter Premier war, muß Sfar als warnendes Beispiel vor Augen stehen. Ihn gegenüber hat der Nachfolger des Nachfolgers nur einen realistischen Vorteil: Stunde um Stunde rückt das unausweichliche Ende des großen alten Bourguiba näher. Wer dann Premier ist, muß nicht Nachfolger sein. Doch er hat gegenüber anderen Präzidenten den Vorteil der Legalität.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die meiste zum Wasserschöpfen:

Vom Gesetz einmal abgesehen – auch umweltschädlich ist das Geldebeschaffungsprojekt spektakulär. Denn nun gilt nicht mehr das Verursacherprinzip („Wer den Schaden anrichtet, muß ihn auch beseitigen“), sondern das von Späth und Weiser erfindene Nutznießerprinzip: Die Verbraucher sollen zahlen, nicht die Bauern, die das Grundwasser (und die Böden) mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln jahrelang vergiftet haben. Da paßt es ins Bild, daß sich jetzt auch die Industrie des Landes weigert, sich an der Sanierung der rund 6500 ehemaligen Abfall- und Industriemülldeponien, die ebenfalls das Grundwasser gefährden, finanziell zu beteiligen. Nun sollen die Kommunen dafür herhalten. Den letzten beißen die Hunde.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die Überlebens- und Fall-Meister:

Die Bundesregierung muß darauf achten, daß sie in der Angelegenheit des Nebenberufs-Spions Meißner nicht den Schwarzen Peter zugeschoben bekommt. Wenn Bonn die DDR-Vertretung wie eine belagerte Festung aussehen läßt, verschleibt sich die Optik, wird von den DDR-Medien demagogisch ausgeschlachtet und von der Ostberliner Führung als Vorwand für eine Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen genutzt. Diese ist zwar zur Zeit ohnehin von der DDR eingeplant, wie die abgelehnten Städtepartnerschaften und

LE MATIN

Die Pariser Zeitung analysiert die Lage in Italien:

Das Aufeinanderprallen zwischen Bettino Craxi, dem starken Mann der Sozialistischen Partei Italiens, die ihre Rolle als Schlüsselinformation voll ausspielt, und Ciriaco de Mita, dem Vorsitzenden der Christdemokraten, der für seine Partei aufgrund ihrer Stimmenmehrheit die Führung innerhalb der Koalition beansprucht, blockiert gegenwärtig das Räderwerk des Bündnisses... Das Paradoxe ist, daß vorgezogene Wahlen – die von keiner der Regierungsparteien gewünscht, bei einem Andauern der Krise aber unvermeidlich werden – an dem Problem vermutlich nichts ändern würden. Dies zeigen erst kürzlich die Regionalwahlen in Sizilien, die die gegenwärtige Koalition gestärkt haben.

Schwarzwälder Bote

Das Oberösterreich Blatt analysiert die DGB-Bildung zur Kernenergie:

Gewiß: Der DGB hat das einstimmige Votum bekräftigt, daß – aus vielerlei Gründen – ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie für die Gewerkschaften nicht in Frage kommt. Aber überzeugend ist eine präzise Grenzziehung zwischen notwendiger, hinnehmbarer und überflüssiger Kernkraftwerkskapazität nicht gegeben. Der Grund dafür ist weder mathematisch noch kernphysikalisch, sondern wahlpolitisch.

Im Freiburger „Grün“ herrscht der Ausnahmezustand

Hausbesetzungen, Straßenschlachten, Piratensender, Farbschmierereien und Gefangenentafeln: Freiburg, die idyllische Stadt am Rande des Schwarzwaldes, droht zum Zentrum linksradikaler Chaothoren zu werden.

Von HARALD GÜNTHER

Im „Grün“ war früher einmal eine gute Adresse. Jetzt herrscht in dem kompakten Wohnviertel am Rand der Freiburger City der Ausnahmezustand. Die alten Bürgerhäuser, einen Steinwurf von der Universität entfernt, wirken heruntergekommen, mit dem Putz ist auch der spröde Charme der Jahrhundertwende abgeblüht.

Dafür zieht anderer Schmuck die Fassaden. „Tod des Stümpers“ hat eine gleich auf mehrere Hauswände gesprüht. Das gilt Baden-Württemberg, Landespolizeipräsidenten. Dazwischen Parolen gegen Reagan, die „Bullen“, Wackersdorf, Stammheim und die „NATO-Kriegspolitik“, für Nicaragua, Anarchie und Daisy Duck. Dem Oberbürgermeister ist ein stilisierter Grabhügel gewidmet. „Böhme“, steht daneben, „wir kriegen dich.“

„Im Grün“ gibt es kaum ein unbesetztes Haus. Studenten, Spontis, „autonome“ Linke und alternative Wohnungsgemeinschaften beherrschen das Viertel, seit es vor Jahren zum Sanierungsgebiet erklärt wurde. „Willi 36“, das besetzte Haus in der Wilhelmstraße, am Ausfalltor zur Innenstadt, ist eine Art Fanzine. Über „fünf Jahre Mietkampf“ hat es schon hinter sich. Eine wehrhafte Festung, deren Zwangsraumung bisher daran scheiterte, daß die Stadt gegen den einzigen Mieter, einen Strohmann der Szene, keinen „vollziehbar zivilrechtlichen Titel“ in der Hand zu haben glaubte.

Die Stadt zahlt die Alternativ-Kultur

Auch „Erbse 20“, das zweite von insgesamt vier besetzten Gebäuden in Freiburg, liegt in diesem Planquadrat, in der Erbprinzenstraße. Und natürlich die berühmte Grotensche Fabrik. Mit dem Geld-Segen der Stadt entfaltet sich in den Betriebsgebäuden einer ehemaligen Gießerei Freiburgs Alternativkultur.

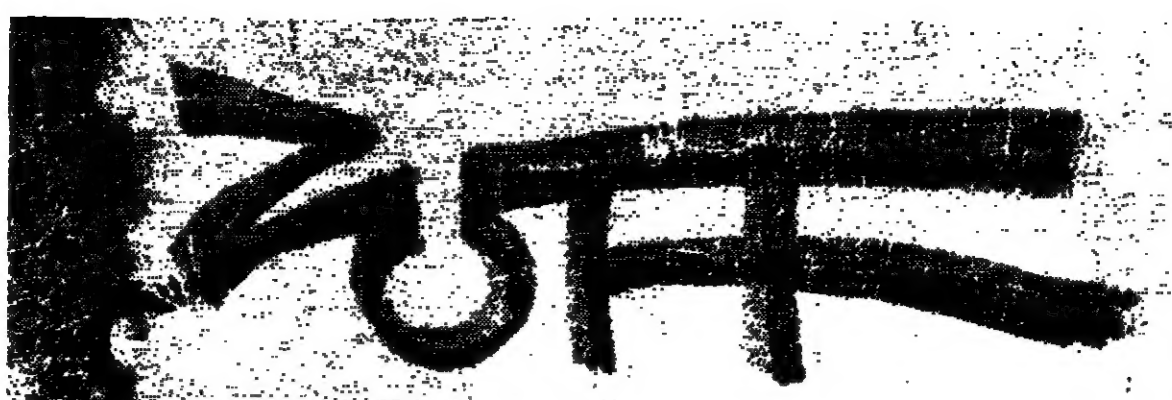
„Im Grün“ ist aber auch politisches Notstandsgebiet. Hier versik-

kern gewalttätige Demonstrationen nach getaner Arbeit, eskalieren „Straßenfeste“ zu Straßenschlachten, fliegen Steine und Fäuste gegen grüne Uniformen. Wenn in der Wilhelmstraße zwei Autos zusammenstoßen, muß die Verkehrsstreife in doppelter Besetzung anrücken. Zwei Mann, die den Unfall aufnehmen, zwei für Sicherungsaufgaben.

Gezielte Ermittlungen, ob bei der Personenhändlung oder auf der Suche nach dem Piratensender „Radio Dreyeckland“, den die Behörden nach wie vor in der Grotenschen Fabrik vermuten, sind nur unter massivem Kräfte-Einsatz möglich. Andernfalls zerbricht die Amtsbefugnis der Polizei an der gegnerischen Übermacht. Erst Mitte Juni wurden im Anschluß an eine Südafrika-Randale zwei festgenommene Frauen von Genesungsheimen wieder aus dem Streifenwagen geholt. Das war die zweite Gefangenentafel innerhalb von vier Wochen. Zwei Zivilhelfer wurden im Handgemenge schwer verletzt. „Man kann nur von Glück sagen“, meint Gerhard Beck, Pressesprecher der örtlichen Polizeidirektion, „daß noch keiner geschossen hat.“

„Im Grün“ ist sicher nicht ganz Freiburg. Aber Freiburgs Sicherheitsprobleme kulminieren in diesem Viertel. Die Breisgau-Metropole, 174 000 Einwohner, Tor zum Hochschwarzwald, von Studenten und Touristen ob seines südlichen Flairs geschätzt, weist nicht nur die höchste Kriminalitätsrate in Baden-Württemberg auf. Sie ist auch, wie es im Stuttgarter Verfassungsschutz-Bericht heißt, „Schwerpunkt linksradikaler gewalttätiger Aktivitäten“. Seit 1982, einem Jahr relativer Ruhe, hat sich die Zahl unfriedlicher Demonstrationen mehr als verdreifacht. Der angerichtete Sachschaden betrug allein 1985 rund 700 000 Mark. Und die Brutalität der Szene nimmt zu. „Freiburg“, bestätigt Landespolizeipräsident Alfred Stümpers, „ist zur Zeit die Stadt, die uns die größten Sorgen macht.“

Zwar dürfte der harte Kern der Chaothoren-Truppe nach wie vor aus nur 40 bis 80 Mann bestehen. „Typisch für Freiburg“, so Stümpers, ist jedoch das Phänomen, daß dieser Kreis „sehr rasch eine große Zahl gewalttätiger Störer mobilisieren kann“. Dann rollen ein paar Hundertschaften durch die Innenstadt, werfen Fensterscheiben ein, beschmieren öffentliche Gebäude, Banken und Kirchen. Hilfe bekommen sie neuerdings sogar aus einem ganz anderen Lager. Die



Farbschmierereien und gepinselte Parolen an Hauswänden gehören zum Alltagsbild in Freiburg: Sie machen die Ziele der Chaothoren deutlich.



Beliebtes Nachtlager und bevorzugter Treffpunkt ist das Ufer unter der Dreisam-Brücke: Die Punks sind willige Hilftuppen der Chaothoren.

Punkszene, eine Ansammlung hoffnungsloser Sozialfälle aus dem ganzen Bundesgebiet, fällt immer häufiger die Sturmstaffeln der radikalen Linken auf.

Das alles beschäftigt nicht nur die Polizeiführung. Auch Norbert Nothelfer, Südbadens Regierungspräsident, meinte vor Wochen, die Sicherheitslage der Stadt gebe „Anlaß zu ernster Sorge“.

Sicherheit der Bürger nicht mehr gewährleistet

Und in Stuttgart sah sich die CDU-Landtagsfraktion zu einer Parlamentsinitiative veranlaßt. Freiburg, klagten die Abgeordneten, stelle sich zunehmend als „Hauptstadt der Chaothoren“ dar, in der „die Sicherheit der Bürger nicht mehr in zureichendem Maße gewährleistet“ werden könne.

Damit war das politische Sommertheater eröffnet. Nothelfer, assistiert von der örtlichen CDU, hatte nämlich alsbald die Wurzel allen Übels aus-

gemacht. Und das war aus seiner Sicht die „Apparaturpolitik“ des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Rolf Böhme, seit Ende 1982 Chef im Rathaus, habe erst ein Umfeld entstehen lassen, in dem sich Hausbesetzer, Farbschmierer und Gewalttäter, wie Fische im Wasser, tummeln konnten. Von einer „Infrastruktur der Chaothoren“ war die Rede, von „rechtsfreien Räumen“ und „Angstrevieren“, die durch die „großzügige Grundstücksüberlassungspolitik“ der Stadt, namentlich „Im Grün“, entstanden seien. „Im Grün“, das jetzt endlich Schutz sein müsse. „Ich wünsche“, sagte Nothelfer, inzwischen ganz kommunale Aufsichtsbehörde, „daß Recht und Ordnung in dieser Stadt sich durchsetzen können.“

Das wünschen andere auch. „Die Masse der Bürger steht hinter ihnen“, ließ ein Pendler aus Kirchzarten, entsetzt über die „anarchistischen Zustände“ in Freiburg, den Regierungspräsidenten wissen. Das Leben dort müsse wieder „erträglich“ werden. Ein anderer Briefschreiber verlangte „unbedingt wieder“ eine Stadt, „wie sie einmal war“. Schön, sicher und sauber. Die Post fällt inzwischen in den dicken Ordner, die Telefone im Basler Hof, dem Amtssitz Norbert Nothelfers, stehen nicht mehr still.

Betroffene findet man überall. Den Geschäftsmann in der Kaiser-Joseph-Straße, dessen Umsatz zurückgeht, weil die auswärtige Kundschaft ausbleibt. Die Familie, die aus dem Stadtkern in eine ruhigere Randlage zieht, den Passanten, den betrunkenen Punker angepöbelt und dann vollgepinkelt haben, den Spaziergänger, der sich abends nicht mehr in den Colombipark wagt. Den CDU-Kreisgeschäftsführer, der ein Vierteljahr in einem besetzten Haus ausgehalten hatte, bevor er sein Büro verlegen mußte, weil der Besucherverkehr im Unrat steckenblieb. Oder den Inhaber eines mittelständischen Dentallabors, regelmäßig läßt er sein Firmen-gebäude von Wandmalereien säubern, die ebenso regelmäßig wiederkehren. Warum ihm, der nichts als falsche Zähne herstellt, ständig RAF-, SS- und Anti-Atom-Parolen an

die Wand gepinselt werden, bleibt eines der ungelösten Freiburger Rätsel.

Dennoch ist auch das typisch für die Szene. Keine andere Stadt im Bundesgebiet leidet so unter der Willkür ihrer Schmierfinken. Der Tourist nimmt's manchmal kaum wahr, staunt sogar, wie in diesen Tagen, über die vielen blitzblanken Häuserfronten in den Gassen um den Münsterplatz. Aber dann liegt das daran, daß wieder einmal die Reinigungstruppe unterwegs waren. Stadtverwaltung und Geschäftswelt lassen sich Freiburgs Sauberkeit viel kosten.

„Toleranz – es gibt kein anderes Rezept“

Um so betroffener ist der Oberbürgermeister über die in den letzten Wochen eskalierte Sicherheitsdiskussion. Denn Rolf Böhme sorgt sich um den Ruf der Stadt. Nicht so sehr wegen der Probleme, die er als Erblast mit sich herumschleppt, seit er dieses Amt bekleidet. Es ist die „negative Stimmungsmache“ der CDU, die in Böhmes Augen ein „absolutes Zerrbild“ der Lage vermittelt und das Ansehen Freiburgs zu beschädigen droht. Für ihn gibt es keine „rechtsfreien Räume“ oder „Angstreviere“. Dafür aber eine Politik der Toleranz, der sozialen Befriedung, wie sie Rolf Böhme nennt, die individuelle Entfaltungsmöglichkeiten schafft und den gutwilligen Teil der alternativen Jugendbewegung integriert. „Es gibt kein anderes Rezept“, sagt Böhme.

Oder doch? Regierungspräsident Nothelfer hatte der Stadt vor zwei Wochen einen Katalog vertraulicher „Anweisungen“ zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung zukommen lassen. Darüber wird jetzt intern gestritten. Ob das „Instrumentarium“, auf dessen Anwendung die Rechtsaufsichtsbehörde dringt, überhaupt greift, ist allerdings sehr die Frage. Der Teufel steckt im formaljuristischen Detail. Und so blieb es bisher beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Das war die dem Innenminister in Stuttgart abgehandelte Verstärkung der Polizeikräfte.

Bronze oder Eisen, alles kommt unter den Hammer

Es sind Kostbarkeiten, die das Herz eines Tennis- oder Golfspielers schneller schlagen lassen. Und es sind Erinnerungen an eine Zeit, als Sport noch eine Sache für Begüterte war. In London werden Golf- und Tennis-Requisiten versteigert.

Von HEIDI BÜRKLIN

Vielleicht, sagt Hilary Kay von Sotheby's hoffnungsvoll, „vielleicht ist hier etwas für Boris Becker dabei.“ In der Tat hätte der zweifache Champion hier einmal mühselos Gelegenheit, seiner Wimbledon-Trophäe weitere Tennis-Ikonen hinzuzufügen. Er bräuhete nur leicht die Hand zu heben.

Denn Sotheby's in London hat in seiner Sportfreunden gewidmeten Auktion heute erstmals Tennis einbezogen. Ein Star – und für Boris sehr geeignet – wäre da der festsche Tennis-Spieler, der gerade schwungvoll zu einer Rückhand ansetzt: in langen Hosen, mit aufgerollten Hemdsärmeln und so wohlgeschneitelt, wie man es seit Gottfried von Cramms Zeiten nicht mehr erlebt hat. Er ist aus Bronze und wurde von dem österreichischen Bildhauer Anton Rudolph Weinberger im Jahre 1912 modelliert.

„Es handelt sich hier wohl um einen frühen mitteleuropäischen Champion“, mutmaßt Sotheby's und beziffert ihn auf 2000 bis 3000 Pfund.

Wer für diesen Ballsport noch mehr hinblättern will, kann sich auch eine auf 10 000 Pfund geschätzte Tennismaschine in makellos weißem langen Kleid und Hut an die Wand hängen. Oder für 5000 bis 7000 Pfund das Konterfei des 14jährigen Lord Foley erwerben. Der posiert mit messerscharfer Falte in den Bermudas und einem Hemd, so blau wie der Himmel hinter ihm.

Da wird Tennis auf einer silbernen Zigarettenbox gespielt (200 bis 310 Pfund) und auch ein feuriger Ballwechsel auf einer kunstvollen Gürtelschnalle ausgetauscht (350 bis 500 Pfund).

Für Fans, die Tennis auch beim Essen nicht missen wollen, wird ein Untersatz serviert, natürlich in Form eines Schlägers, der elegant Salz, Pfeffer und Senf-Bälle balanciert (200 bis 300 Pfund).

In Deutschland entstand um 1900 ein Tennispärchen in Keramik, das man jedoch romantisch in Kostüm des 18. Jahrhunderts gesteckt hat (150 bis 180 Pfund).

Gelante Spieler können ihre Partnerin mit einer Brosche erfreuen: Dieser Schläger ist aus Gold und mit Diamantenrosen besetzt (500 bis 600 Pfund). Den Durst schließlich kann man aus einem Becher löschen, auf dem sich ein heißes Doppel abspielt (400 bis 600 Pfund).

Sollte diese Auktion als As ein-schlagen, dann soll Tennis auch weiterhin auf die Sportliste gesetzt werden.

Tradition hingegen hat das Golf-

Angebot. Pünktlich zur Zeit der britischen Golfmeisterschaften – diesmal werden sie in Schottland ausgespielt –, werden die Köder ausgelegt. Denn dann, so kalkuliert man im Auktionshaus, sind die Gemüter der Golf-Fanatiker genügend angeheizt, um auch in die Golfkunst zu investieren.

Deutsche, so zeigt die Statistik, behalten den kühleren Kopf. Dafür liefern sich Briten, Amerikaner, Japaner und auch Skandinavier die Bietgefechte.

Stars sind diesmal vier Golfschläger aus dem 18. Jahrhundert. Zwei Eisenschläger mit Eschenschäften verlangten nach einem starken Arm. Vor 66 Jahren wurden sie im Büro des Sekretärs des Golfclubs von Goodwood zufällig gefunden. Kann ihr Schätzpreis von je 2000 bis 3000 Pfund über den bisherigen Golfschlägerrekord von 4500 Pfund klettern und damit Golfgeschichte machen? Daß zwei weitere Schläger aus dem 18. Jahrhundert bis heute überlebt haben, ist eine Rarität, denn sie sind aus dem viel vergänglicheren Holz geschnitten (Schätzpreis je 1500 bis 2200 Pfund).

Wer nicht nur das Allerneueste auf dem Golfmarkt schätzt, mag sich auch für einen erstklassigen Schläger anno 1840 erwärmen (1200 bis 1500 Pfund). Ein Eisenschläger mit einem regulierbaren Schlagwinkel hingegen, der ein ganzes Set erspart, ist



5000 Pfund soll dieser bronzen Champion aus dem Jahre 1912 bringen. FOTO: SOTHEBY'S

heute für den Schätzpreis von 250 bis 350 Pfund zu haben.

Mehr skurril als erst gemeint war wohl eine Maschine zur Herstellung von Golfschlägern, die W. Heath Robinson „konstruierte“. Sein Gemälde wird auf der Auktion für 1200 bis 2000 Pfund geschätzt.

Rar und teuer sind die sogenannten „Federbälle“, handgenäht und mit Gänsefedern ausgestopft. Einer dieser Bälle von anno 1859 ist durch die handgeschriebene Mitteilung geeidelt, daß mit ihm einst der Prinz von Wales gespielt habe. Er ist dementsprechend auf 1800 bis 2200 Pfund taxiert.

Da kann man sich eine reichlich mit Girlanden garnierte Golftrophäe einkaufen (Schätzpreis 800 bis 1200 Pfund) und seine Cocktails in einer kleinen Golfstange aus Chrom zu rechtschütteln (350 bis 400 Pfund).

Auf einem englischen Keramikteiler von 1920 prostet sich schließlich zwei Gentlemen, einen Golfplatz vor Augen, zu. Darüber ist kunstvoll und schwungvoll der Titel gepinselt: „Das 19. Loch“.



Schloßberg in Freiburg: Sterne an der Fassade, Plakate und Demonstrationssporolen signalisieren – das Haus ist besetzt. FOTOS: THOMAS MEYER

Delta fliegt nach über 100 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegen Sie mit Delta durch die USA. Buchen Sie Delta-Flüge nach Atlanta. Oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth. In beiden Städten haben Sie bequeme Anschlußflüge nach 100 Städten in ganz USA.

Und auch ab New York und Boston hat Delta regelmäßigen täglichen Service in fast alle

Städte der USA.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie Delta direkt an. Die Tel.-Nr. in Frankfurt (069) 256030, in München (089) 1299061, in Stuttgart (0711) 2262191. Delta-Reservierungsbüros sind in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main, Maximiliansplatz 17, 8000 München, Königstraße 1b, 7000 Stuttgart. Flugplanänderungen vorbehalten.

DELTA.

The Airline Run By Professionals®

USA-Flüge auch ab Paris, London und Shannon, Irland.



Liste im AA Ursache der Asylantenflut?

E.N. Bonn

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, kritisierte gestern eine Liste des Auswärtigen Amtes, die festlegt, in welche Länder aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden darf. Sie sei dafür verantwortlich, daß auch Asylanten, die eigentlich Wirtschaftsfüchtlings sind, aus der Bundesrepublik Deutschland nicht wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden dürfen. In der Sendung „Bonner Perspektiven“ des ZDF forderte Barschel angesichts der gegenwärtigen Asylantenflut die Bundesregierung auf, diese Liste zu „durchforsten“, in der außer Ostblockländern auch Äthiopien, Libanon, Iran und viele weitere Länder verzeichnet seien.

In derselben Sendung meinte der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, die Bundesrepublik habe erst 63 000 politische Flüchtlinge aufgenommen, und ich glaube, daß wir uns das leisten können. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der wie andere führende CDU/CSU-Politiker eine Änderung des Asyl-Artikels 16 des Grundgesetzes fordert, meinte in der Sendung, ohne eine „Ergänzung“ der Gesetzeslage werde man im nächsten Jahr wahrscheinlich nicht wie 1986 rund 100 000, sondern 200 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik haben.

Verwaltungsgericht genehmigt Festival

dpa, Regensburg

Das geplante „Anti-WAAsinn-Festival“ in Burglengenfeld nahe des Baugebietes der Wiederaufbauanlage Wackersdorf darf am kommenden Wochenende stattfinden, entschied das Regensburger Verwaltungsgericht. Es erklärte zur Begründung, die Gefahr von Ausschreitungen am Bauzaun könnte

Wer sagt denn, es gibt keine Berufs-Chancen mehr?

In der WELT finden Sie jeden Samstag viele Stellen-Anzeigen für Fach- und Führungskräfte.

DIE WELT

durch ein Verbot des Festivals zumeisten. Die bayerische Landesregierung kündigte an, sie werde beim Verwaltungsgericht in München Beschwerde einlegen. Nach Erkenntnissen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz wollen potentielle Gewalttäter anreisen.

Engagement gegen Abtreibung wächst

Idea, Bonn

Die 1985 gegründete Initiative Christdemokraten für das Leben (CDL), die sich als konstruktive Opposition gegen die Abtreibung versteht, findet wachsende Zustimmung bei Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie an der CDU-Basis. In den letzten Wochen seien allein vier Kreisverbände der CDU geschlossen der CDL beigetreten. Die Zahl der Einzelmitglieder habe sich auf über 700 erhöht, teilte die CDL-Vorsitzende Johanna Gräfin von Westphalen (Münster), die Mitgliederversammlung in Bonn mit. Immer mehr Bürger werde bewußt, argumentierte sie, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens und damit verboten sei. Die hohe Zahl von Abtreibungen aufgrund sozialer Indikation bezeichnete die Gräfin als „Hohn auf den Rechtsstaat“.

„DDR“ würdigt Männer des 20. Juli

AP, Berlin

Die „DDR“ hat anlässlich des 42. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 die deutschen Widerstandskämpfer um Graf von Stauffenberg gewürdigt. Sie spricht von einer engen Verbindung zum Widerstand der Kommunisten. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ schrieb, die Grundlinien der von den Männern um Stauffenberg geplanten Politik hätten im Kern den antifaschistischen Zielen deutscher Kommunisten entsprochen. Man habe zum Beispiel Schlüsselerkenntnisse in das Eigentum der öffentlichen Hand überführen wollen.

DIE WELT (USPS 435-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Berliner machen jetzt ihrem Unmut Luft

Transparente mit: „Asylanten raus“ / Polizeischutz für Notunterkunft auf Neuköllner Sportplatz / Zustrom hält an

DIETER DOSE, Berlin

Erste Proteste der Bevölkerung, bis auf den letzten Platz belegte Notquartiere und unvermindert anhaltender Zustrom von Asylanten aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien – die Situation am Wochenende in West-Berlin. Von Freitagabend bis Sonntagmittag wurden rund 400 Asylbewerber von der Polizei, vor allem bei Kontrollen auf den Bahnhöfen der innerstädtischen Verkehrsmittel, aufgegriffen und in die Notunterkünfte gebracht.

Die Unterkünfte einschließlich der beiden Zelte platzen aus den Nähten, erklärt ein Mitarbeiter der Sozialbehörde. Weitere Quartiere müssen in Privathäusern geschaffen werden, um die Asylanten kurzfristig unterzubringen. 15 Mark pro Nacht und pro Bett zahlt der Senat. Die Asylbewerber erhalten sogenannte Kostenübernahmescheine. Etwa 250 Betten stehen in den Pensionen zur Verfügung.

Bürgerproteste im Stadtteil Neukölln: In der Walkenrieder Straße, mitten in einem Wohngebiet, wurde auf einem Sportplatz ein Zelt mit 120 Betten aufgestellt. Als am Samstag die ersten Asylbewerber eintrafen, nahmen die Anwohner eine drohende Haltung ein. Zeitweise mußte die Polizei den Schutz des Zeltes übernehmen. Schon am Freitagabend hatten etwa 50 Personen die Zufahrt zum Sportplatz blockiert und versucht, den Aufbau des Zeltes zu verhindern. Am Zau wurden Transparente („Asylanten raus“, „Wir sind und bleiben Deutsche“, „Wo soll unsere Jugend jetzt Fußball spielen?“) angebracht.

EKD: Kein Geld für Terror in Afrika

epd/idea, Hannover

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich erneut gegen Vorwürfe gewandt, sie unterstütze Gewalt und Terror in Südafrika. „Schlimm und unbegründet“, nannte EKD-Afrikareferent Rudolf Hinz entsprechende Darstellungen. Die von der EKD an den Südafrikanischen Kirchenrat gegebenen Gelder würden nicht zur Unterstützung des Afrikanischen Nationalkongresses genutzt. Das hatte das Fernsehmagazin „Report“ des Bayerischen Rundfunks behauptet.

Rund drei Millionen Mark hat der Südafrikanische Kirchenrat im vergangenen Jahr erhalten, teilte das EKD-Kirchenamt in Hannover mit. Davon seien 2,4 Millionen in einen Entwicklungsfonds geflossen, mit dem Projekte in armen und abgelegenen ländlichen Gebieten Südafrikas gefördert würden. 420 000 Mark seien bestimmt für Sozialhilfen an politische Gefangene und deren Familien. 1984 wurde aus EKD-Mitteln außerdem eine halbe Million Mark für einen Studien- und Stipendienfonds des Südafrikanischen Kirchenrates bewilligt. Dieser Zuschuß hat eine Laufzeit von drei Jahren. Außerdem erhielt der Südafrikanische Kirchenrat 1985 rund eine Million Mark von der Aktion „Brot für die Welt“ und vom Evangelischen Missionswerk. „Brot für die Welt“ stellte für den vergangenen Jahr eingerichtet „Nationalen Notfonds“ 500 000 Mark zur Verfügung. Daraus werden Opfer des Ausnahmestandes unterstützt.

Der Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Paul Brocher, im Presseamt: „Es sind Minderheiten, die speziell in der evangelischen Kirche – Kirchensteuermittel für die Finanzierung von kommunistischen ‚Befreiungsbewegungen‘ einsetzen, die dann wiederum, wie das in Afrika geschehen ist, Missionare und Missionsschwärmer ermorden.“

Die „Akte Volksgerechtigshof“ – Wettlauf mit der Zeit

DIETER DOSE, Berlin

Die Akte Volksgerechtigshof bei der Berliner Staatsanwaltschaft, Abteilung für Strafsachen mit politischem Bezug, wird im Spätsommer geschlossen. Bilanz jahrzehntelanger Ermittlungen: Zwei Anklagen, kein rechtskräftiges Urteil. Die „strafrechtliche Aufarbeitung“ der nationalsozialistischen Terrorjustiz bleibt unerledigt. Nur ein Verfahren steht noch an. „Aber ob es zur Anklageerhebung kommt, ist fraglich“, sagt Justizsprecher Volker Käthe.

Der Verdächtige ist ein ehemaliger Staatsanwalt, 77 Jahre alt, aus Süddeutschland. Ermittelt wird noch – Unterlagen stellte auch die „DDR“-Justiz zur Verfügung – über seine Beteiligung an Todesurteilen.

„Den Dolch im Talar“

Rund 7000 Todesurteile hat der Volksgerechtigshof zwischen 1934 und 1945 gefällt, allein 2008 im Jahre 1944. Die meisten Verhandlungen fanden in dem Gebäude in der Berliner Bellevuestraße, nahe dem Potsdamer Platz, statt, das am 3. Februar 1945 bei einem Bombenangriff zerstört wurde. An diesem Tag wurde gerade gegen den späteren Bundesrichter Fabian von Schlabrendorf verhandelt. Ro-

bracht. Auch am Sonntag versammelten sich mehrfach Gruppen von Bürgern aus Protest vor dem Sportplatzgelände.

Auf dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße hat die „DDR“-Grenzpolizei ihre Einsatzkräfte verstärkt. Auf den drei Bahnsteigen, auf denen die S- und U-Bahnzüge in Richtung West-Berlin abfahren, halten sich ständig Greifstreifen, bestehend aus mindestens je drei Mann, auf. Sie sollen verhindern, daß sich die Asylanten nach dem Passieren der Paß- und Zollkontrolle längere Zeit auf den Bahnsteigen aufhalten.

Aus Ost-Berlin kommende Reisende haben beobachtet, daß die Kontrollen der Asylanten auf dem Bahnhof Friedrichstraße durch die

„DDR“-Grenzorgane sehr zügig vorgenommen werden. „Man hat den Eindruck, daß man sie möglichst schnell loswerden will“, berichtet ein Reisender.

Das wird auch vom Ostberliner Flughafen Schönefeld berichtet. Sofort nach Ankomst der Maschinen fahren die Busse zum nahegelegenen S-Bahnhof, von dem die Ankömmlinge zur Friedrichstraße gelangen.

Vor allem die aus Istanbul in Schönefeld eintreffenden Maschinen sind bis auf den letzten Platz ausgebaut. Diesen Weg nach Berlin benutzen vor allem die Iraner. Die Behörden haben die Erkenntnis, daß der Asylantenstrom ähnlich wie „Gruppentruppen“ organisiert wird. So wurde in der Nacht zum Samstag auf dem West-

berliner Bahnhof Zoo eine Gruppe von 22 Iranern aufgegriffen, die geschlossen angekommen war.

Anfang der Woche soll die Ausländerbehörde in Berlin noch einmal verstärkt werden. Der Senat will versuchen, die Bearbeitungszeit der Asylträge von derzeit sieben Wochen auf drei Wochen zu verkürzen und einen schnelleren Weitertransport in die übrigen Bundesländer zu erreichen.

Berlins Behörden stehen unter Zeitdruck, denn Mitte August enden die Schulferien. Bis dahin müssen die gegenwärtig mit Asylanten belegten Turn- und Sporthallen wieder freigegeben werden. Ein Ende des Asylantenstroms ist aber nicht abzusehen. Inzwischen gehen die Befürchtungen der Behörden so weit, daß bis Ende Juli mit insgesamt 6000 Asylbewerbern gerechnet wird, nachdem es im Vormonat 3600 waren.

In einem Beitrag für die „Berliner Morgenpost“ hat der ehemalige Innenminister Heinrich Lummer (CDU) die Änderung des Grundgesetzes mit mehr Personal für die Behörden, so Lummer, sei es nicht die schnellere Verteilung der Asylanten, sondern verlagere es auf die steigende Flut der Asylbewerber, die für den Aufmerksamkeitsverlust der Behörden verantwortlich sei. „Wer vor Jahren die Änderung des Grundgesetzes forderte, um das Problem zu lösen, stand fast allein da und wurde verschrien. Jetzt, mit steigender Flut der Zahlen, wird der Chor größer.“



Endstation: Die Polizei wartet schon auf die Asylanten FOTO: AP

Städtetag lehnt den NRW-Medienentwurf ab

Heftige Kritik auch von den SPD-Oberbürgermeistern

WILM HERLYN, Düsseldorf

Auch der nordrhein-westfälische Städtetag hat sich entschieden gegen den Referentenentwurf der SPD-gelassenen Landesregierung für ein Landesmediengesetz ausgesprochen. Er verabschiedete einstimmig – also auch mit den Stimmen der SPD-regierten Großstädte – Empfehlungen zur Medienpolitik, die dem Entwurf teilweise grundsätzlich widersprechen.

Nur in einem Punkt widersetzten sich die Städte nicht dem Entwurf. Denn kommunale Träger sollen sich danach an privaten Rundfunkprogrammen auf lokaler Ebene höchstens bis zu einem Viertel – und nicht wie geplant bis zu einem Drittel – beteiligen können. In den wesentlichen Punkten aber widerspricht der Städtetag.

So geht der Gesetzesentwurf mit keinem Wort auf die wirtschaftlichen Folgen der Einführung von Lokal-TV ein. Dagegen erklärte nun der Städtetag, den „berechtigten“ wirtschaftlichen Belangen der „Printmedien“ sei Rechnung zu tragen. Vor allem sei darauf zu achten, daß die Zeitungsvielfalt nicht beeinträchtigt werde.

In seiner Reaktion auf den Entwurf spricht sich der Städtetag auch gegen ein striktes Verbot für Werbung an Sonn- und Feiertagen aus. Dazu bestehe keinerlei Veranlassung, erklärten auch sozialdemokratische Mitglieder des Städtetages.

Klärung gefordert

Ebenso wünscht der Verband nach einer Erklärung seines Vorsitzenden, des Krefelder Oberbürgermeisters Dieter Pütz, eine Klärung über die Regelung, daß jeder Programmanbieter bis zu 15 Prozent der Sendezeit für „nicht erwerbswirtschaftlich orientierte Organisationen“ zur Verfügung zu stellen habe. Dies kann sich nach Meinung Pütz' nicht

Wunsch nach Einfluß

Nach dieser Kritik, die auch aus dem SPD-Lager kommt, gibt es kaum eine Organisation des Landes, die den Referentenentwurf unterstützt. Allerdings werden auch Vorbehalte von überwiegend links angesiedelten SPD-Medienpolitikern und SPD-Journalisten laut, denen der Entwurf noch nicht weit genug geht. Sie wollen vor allem mehr Einflußmöglichkeiten der redaktionellen Mitarbeiter auf die Programme und fordern eine Präzisierung des Programmabtrages und Quoten für die Eigenproduktion.

Außerdem verlangen sie verschärfte Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen diese Auflagen. Der Entwurf enthält zu viele unbestimmte Rechtsbegriffe, die die Durchsetzung der Programmgrundsätze erschweren und zu weitreichenden Interpretationen ermöglichen würden. Wie auch die Gewerkschaften bemängeln diese Kriterien, daß SPD-Parteibeschlüsse übergangen seien, die eine öffentlich-rechtliche Organisation ohne jegliche Werbefinanzierung gefordert hätten.

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büsow, kündigte gegenüber der WELT am Wochenende an, die gebildete Kritik werde ihren Niederschlag finden in dem neuen Gesetzesentwurf. Dieser werde Mitte September vorgelegt.

Laienrichter blieb übrig

Ähnlich war die Problematik 1964, als der frühere US-Justizminister Robert Kennedy Strafanzeige gegen 20 Volksgerechtigshof-Juristen wegen ihrer Beteiligung an Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer des 20. Juli stellte, berichtet Käthe. 12 waren bereits tot, sechs nicht zu ermitteln. Gegen den ehemaligen Reichsanwalt Ernst Lautz kam es zu keiner Anklage, weil er schon im Nürnberger Juristenprozess verurteilt worden war. Übrig blieb ein Laienrichter. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

Rechtskräftige Verurteilungen von Volksgerechtigshof-Angehörigen – Fehlzusage. Freisler Schergen sind durchweg der Justiz durch die Maschinen geschlüpft. Auch der Fall des ehemaligen Nazi-Richters Hans-Joachim Rehse, der in den sechziger Jahren Aufsehen erregte, erledigte sich vor der letztinstanzlichen Ent-

Väter der APO treffen sich zur „Analyse“

dpa, Frankfurt

Die APO plant ein Comeback: 18 Jahre nach der Auflösung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wollen sich „geistige Väter“ der früheren „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) – ehemalige Studentenführer und andere „68er“ – in Frankfurt treffen, um die Rolle der linken Intelligenz in der aktuellen politischen Situation zu beraten. Nach den Vorstellungen der Organisatoren sollen zu der Tagung vom 21. bis 23. November mehrere hundert Alt-Linke und andere Interessierte kommen. Nach den Worten des SDS-Vorsitzenden der Jahre 1964 bis 1966, Helmut Schauer, soll das Treffen „Diskussionszusammenhänge herstellen“, aus denen heraus eine „Analyse der ‚Krise der industriellen Zivilisation‘“ entwickelt werden kann.

Mehrere Vorbereitungstreffen verzeichnet nach einem Bericht der Berliner „Tageszeitung“ (taz) eine gute Resonanz. Zu Wort meldeten sich Hochschulprofessoren wie Einar Altvater, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Peter von Oertzen, Ulrich Preuss und Ursel Schmiederer. Mit von der Partie sind, so die „Frankfurter Rundschau“, aber auch Parteimitarbeiter wie Tilman Nichter (aus der Bonner SPD-Baracke) oder Christian Semler (heute Berater von grünen Europageordneten). Die Gewerkschaftsbewegung ist durch Schauer selbst vertreten, der beim IGM Metall-Vorstand in der Abteilung Tarifpolitik arbeitet.

Der SDS war 1946 als Hochschulorganisation der SPD gegründet worden. Nachdem sich der Studentenbund zu einer Organisation mit radikalen linken Positionen entwickelt hatte, distanzierte sich die „Volkspartei SPD“ von ihr. Mitte der 60er Jahre wurde der SDS zur tragenden Säule der APO. Nach der SDS-Auflösung spaltete sich die radikale Linke auf in wesentlichen in maoistisch-orientierte „K-Gruppen“ und undogmatische „Spontis“.

Hillmermeier sieht FDP als „Sicherheitsbremse“

Der verbale Schlagabtausch wird zusehends härter

PETER SCHMALZ, München

Die Vokabeln, zu denen Bayerns Innenminister Karl Hillmermeier greift, wenn er auf Äußerungen des Bonner Koalitionspartners zu Gewalttätigkeiten und Demonstrationsstrafrecht antwortet, nehmen in jüngster Zeit an Deutlichkeit beachtlich zu. Nachdem er die liberalen Bundestagsabgeordneten Baum und Hirsch zu „Sicherheitsbremsen“ erklärt und ihnen eine „abgrundtiefe Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten“ bescheinigt hatte, nimmt der CSU-Politiker nun Bundesjustizminister Hans A. Engelhard ins Visier.

Nur „Allgemeinplätze“

Den Zorn des bayerischen Innenministers hatte sich das Bonner Kabinettmitglied durch Äußerungen in Bayreuth zugezogen: Um der Gewalttätigkeiten Herr zu werden, meinte der Justizminister, müßten nicht die Gesetze geändert werden, es mangle vielmehr angedacht überforderte Polizeibeamten am Vollzug bestehender Gesetze. Es fehle an flexibel einsetzbaren Polizeikräften, die in der Lage sind, außerhalb der zu schützenden Objekte, wenigstens einen Teil dieser Kräfte festzunehmen.

Für Innenminister Hillmermeier, vor Jahren selbst Justizminister in Bayern, sind diese Worte des Bonner Koalitionspartners, gebetsmühlenartig wiederholter Unsinn und „Allgemeinplätze“, die nichts anderes darstellen als den Ausdruck des schlechten Gewissens der FDP über ihre Bereitschaft, mit der sie bessere Vorschriften zur Bekämpfung gewalttätiger Ausschreitungen aus Menschenansammlungen heraus verhindert. Engelhard könne sich seine Bemalen, angesichts der Gesetzeslage vielfach undurchführbaren politikatistischen Empfehlungen sparen, er verwechsle offenbar theoretische Sandkastenspiele mit dem täglichen Einsatzgeschäft.

Das ist die kräftige Sprache des Wahlkampfes, der in Bayern mit Blick auf den 12. Oktober längst tobt und in dem sich CSU und FDP als erklärte Gegner gegenüberstehen. Das ist aber auch eine Sprache, die zum Teil die Wut und Empörung des Bürgerstills gegen die wackelnden Innenminister Hillmermeier widerspiegelt, der seine Beamten im Zweifelsfall Fronten-Krieg sieht: Vor Ort unter

den Angriffen der Stahlkugel-Schützen und von der politischen Bühne unter den Vorwürfen mangelhafter Arbeit.

In der Tat versichern erfahrene Einsatzleiter des Innenministeriums, sie hätten bei der gegenwärtigen Gesetzeslage keine Möglichkeit, Gewalttäter aus einer sich solidarisierten Menge herauszuholen. Es sei oft ein Spießrutenlaufen für die Polizisten, in eine solche Menge einzudringen, wobei Kniffe, Stöße und Tritte noch die geringsten Belästigungen seien.

Die Beamten ständen unter permanenter Lebensgefahr. Der Führer eines Sondereinsatzkommandos schildert folgenden Vorfall: Eine Einheit geht hinterher in eine Menschenmenge hinein, wobei plötzlich der letzte Mann verhaftet wird. „Friedliche Demonstrationen“ hatten ihn abgedrängt, zu Boden geworfen und waren dabei, ihn mit Faustschlägen zu traktieren. Der Polizeiführer: „Ein Faustschlag stecken wir weg, aber einige hundert können tödlich sein.“ Der Mann konnte von seinen Kameraden gerettet werden.

Auch die Versuche, außerhalb größerer Ansammlungen agierende verurteilte Chaoten festzunehmen, schlagen meistens fehl. Vor uniformierten Polizeikräften flüchten sie sich ohnehin unter den Schutz der „friedlichen Kulisse“, aber auch Zivilbeamte der speziell geschulten Sondereinsatzkommandos bleiben meist erfolglos. Ein in Wackersdorf erfahrener SEK-Beamter: „Die schöpfen sofort Verdacht, wenn einige von uns in ihrer Nähe auftauchen.“

Anlaß für Kritik

Insofern unterstützen die Beamten die Forderung des bayerischen Innenministers nach einer Gesetzesänderung. Aber sie sehen auch Anlaß für Kritik an ihrem obersten Dienstherren, der noch immer keinen Nachfolger für den seines Amtes enthobenen Regensburger Polizeipräsidenten vorgezogen konnte. Nur einen Präsidenten in die Wüste schicken, verbessert noch nicht die Einsatzfähigkeit der Einheiten vor Ort, heißt es aus Polizeikreisen. Aus dem Innenministerium ist zu hören, daß „sehr bald“ eine Lösung verkündet wird. Man rechnet damit, daß der Minister morgen einen neuen Polizeipräsidenten ernannt.



Ohne Listenplatz in NRW: Herbert Hupka hofft auf Hannover



Biedenkopf führt die Kandidatenliste an

Biedenkopf sieht in Rau nicht den Hauptgegner

Listenparteitag der NRW-CDU / Kein Platz für Hupka

WILM HERLYN, Essen

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf hat die Marschrichtung seiner Partei für die kommenden Bundestagswahlen angegeben. Er sagte, für die Union sei der entscheidende Gegner die SPD, nicht aber der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Johannes Rau. Er begründete dies mit seiner Ansicht, daß in den folgenden Monaten das Ansehen des NRW-Ministerpräsidenten auf Dauer verblasen werde. Dafür Sorge schon dessen eigene Partei, die Rau derzeit in NRW gefährliche Flanken öffne.

Dabei spielte Biedenkopf auf die uneinheitliche Beantwortung des Problems der Kernenergie durch die SPD an, bei der die Linke einen schärferen Kurs von Rau fordert, wie auch auf die Schulpolitik, die in den Einfluss von Ideologen gerät.

Dagegen hatte Rau vor Wochenfrist die Parole „Kohl oder Rau“ ausgegeben, was auf eine personalisierte Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten schließen läßt. Auch Biedenkopfs Stellvertreter Dieter Pütz, sagte, die Union werde Rau nicht persönlich diffamieren. Allerdings sei unübersehbar, daß NRW in einem sozialistischen Flitz erstickte. Die Isolierung von Kultusminister Schiewer, der Umgang des Wirtschaftsministers Jochimsen mit dem Reaktor in Hamm oder die Manipulationen des Städtebauministers Zöpel mit der Neuen Heimat seien Beispiele für Raus unfähige Regierung.

Biedenkopf erinnerte daran, daß vorwiegend die Stimmen aus der Arbeitnehmerchaft des Ruhrgebiets, die zuvor traditionell für die SPD votierten, die Wahlen 1983 für die Union entschieden hätten. Auch die Wahl am 25. Januar 1987 werde wieder in Nordrhein-Westfalen gewonnen oder verloren. Allerdings sei die CDU von

diesem Ziel noch „um einige Prozentpunkte“ entfernt. Damals hatte die Union ihr Ergebnis von 1980 von 40,6 auf 45,2 Prozent steigern können, während die SPD von 48,8 auf 42,8 Prozent absackte. Damit lag NRW nicht im Trend, sondern bestimmte ihn wesentlich für die Union. In absoluten Zahlen entsprache dies einem Votum von fünf Millionen Stimmen, sagte Biedenkopf am Wochenende in Essen vor der Landesdelegiertenversammlung, die die Landesliste für die Bundestagswahl aufstellte.

Dabei setzten sie ihren Vorsitzenden Biedenkopf mit nur einer Gegenstimme auf Platz 1. Auf den folgenden neun Plätzen rangieren Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Bildungsministerin Dorothee Wilms, Staatssekretär Horst Waffenschmidt, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Hauser, Staatsminister Friedrich Vogel, Staatssekretärin Irmgard Karwatzki, der Chef der CDU-Ruhr Norbert Lummer, Staatssekretär Wolfgang Vogt und der Präsident des Bauernverbandes Konstantin Freiherr von Heereman.

Das Thema Herbert Hupka, Vorsitzender der Schlesischen Landmannschaft, dem in seinem Wahlkreis Wuppertal die Direktkandidatur verweigert wurde, beschäftigt jetzt möglicherweise die niedersächsische CDU, die ihm vielleicht einen Platz auf ihrer Landesliste anbieten wird. Pütz'hofen bestätigte, es gebe Überlegungen und Gespräche, die in die Richtung Niedersachsen zielten. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang, daß aus den Vorgängen um Hupka keine „sachliche oder substantielle Veränderung“ in der deutschlandpolitischen Linie der CDU abzulesen sei. Hupka sei in einem „rein demokratischen Verfahren“ unterlegen.

هكذا من الأمل

Wie man in Schwarzafrika die Frage der Sanktionen sieht / Londons Timing

„Die Apartheid ist schlecht, aber man kann damit leben“

ACHIM REMDE, Kampala

Vom rassendiskriminierenden Apartheidsystem in Südafrika haben Grace und ihr Onkel Jenkins im Radio gehört. Der arg lädierte japanische Transistor muß ein gutes Dutzend Jahre alt sein, die Klangqualität ist erbärmlich. Doch er tut seinen Dienst und läuft fast den ganzen Tag. „Wir hören BBC“, sagt der höhere Beamte aus einem ugandischen Ministerium.

Sie hören auch von den täglichen Unruhen in Südafrika und finden es richtig, daß die Welt daran Anteil nimmt und das Regime in Pretoria unter Druck setzen will, damit die Apartheid beseitigt wird. „Gott ist weder schwarz noch weiß“, sagen sie, doch sie glauben nicht, daß das Apartheidssystem so schlimm ist wie die gesetzlose Herrschaft der Soldaten unter Idi Amin oder Milton Obote, die sie selbst erlebt haben. „Die haben Menschen ermordet, die nichts getan hatten“, meinen sie. „Wer sich in Südafrika ruhig verhält und nicht demonstriert, braucht keine Angst zu haben.“ Und: „Das Gesetz ist schlecht in Südafrika. Aber man kann damit leben.“

„In Uganda nicht ein paar Hundert, sondern Hunderttausende ermordet worden“, flüstert Jenkins zögernd hinzu, „und niemand in der Welt hat sich darüber aufgeregt. Niemand ist auf die Idee gekommen, Wirtschaftssanktionen gegen Idi Amin zu beschließen, und niemand hat Druck auf Milton Obote ausgeübt, damit er seine Soldaten besser unter Kontrolle hält. Ich beneide unsere schwarzen Brüder und Schwestern in Südafrika, weil sie soviel Anteilnahme erfahren.“ Auf den Einwand, daß die Festschreibung der Rassendiskriminierung in der südafrikanischen Verfassung einmalig auf der Welt sei, zucken sie mit den Schultern.

Kein fernes Problem mehr

Yoweri Museveni, der neue Machthaber in Kampala, hat sich nun auch dem Kreis derjenigen angeschlossen, die den Commonwealth-Spielen fernbleiben wollen, um die britische Regierung zu einem Wirtschaftsboykott Südafrikas zu zwingen. Jenkins findet das richtig. „Vielleicht wird man dann künftig auch besser aufpassen,

wenn irgendwo in Afrika wieder ein Idi Amin auftaucht.“

Die täglichen Berichte der in Afrika viel gehörten westlichen Radiosender – BBC, Voice of America und France Inter – über die fortschreitende Eskalation der Gewalt in Südafrika und die öffentliche Diskussion über Wirtschaftssanktionen haben dazu geführt, daß auch afrikanische Regierungen, für die die Apartheid ein eher fremdes Problem war, sich nun zur Stellungnahme gedrängt fühlen, und damit wächst die Zahl derer, die Sanktionen befürworten.

Gruppendruck

Ein in Uganda lebender Engländer meint zynisch, daß nun die Apartheid die Funktion habe, Afrika vor dem Vergessen zu bewahren, nachdem die Hungerkatastrophe überwunden sei. Andere in Afrika lebende Ausländer sind der Ansicht, daß afrikanische Politiker sich vom Westen verstärkte Hilfeleistung erhoffen, wenn sie darauf hinweisen können, daß ihre Volkswirtschaften, soweit sie von Südafrika abhängen, durch Sanktionen Schaden nehmen.

Fest steht, daß in Schwarzafrika ein Gruppendruck entstanden ist, dem sich auch die nur schwer entziehen können, die eigentlich gegen Sanktionen sind. Dazu gehören Zaire und Gabun, von denen keine Stellungnahme mehr zu erhalten ist, vor allem aber das kleine Lesotho, das von Südafrika wirtschaftlich vollkommen abhängig ist. „Natürlich sind wir gegen Sanktionen“, erklärt ein Diplomat dieses Landes in seltener Offenheit. „Aber wir wagen nicht mehr, es laut zu sagen.“

Unter diesen Umständen beweist der ivoirische Präsident Houphouët-Boigny einzigartigem Mut, indem er in der Sanktionsfrage keinen Deut wankt und darüber hinaus öffentlich in einem Interview mit dem „Figaro-Magazin“ am 28. Juli erklärte, daß nicht die Apartheid, sondern die Rückständigkeit in der Entwicklung das schlimmste Problem Afrikas sei. Er gibt auch offen zu, daß es nicht für lohnenswert hält, an den jährlichen Gipfelkonferenzen der Organisation für Afrikanische Einheit teilzunehmen, deren nächste Ende Juli in Addis Abeba stattfindet. Beherrschendes Thema: Sanktionen gegen Südafrika.

Noch viele Termine für Howe vor einer Entscheidung

gfm, London

Der Südafrika-Konflikt hat in London diplomatischen Hochbetrieb ausgelöst. Am vergangenen Freitag griff man zu dem ungewöhnlichen Schritt, Zimbabwes Regierungschef Robert Mugabe auf dem Flughafen von Harare unummittelbar vor dem Start seines Außenministers Sir Geoffrey Howe in die Hand drücken zu lassen, in dem noch einmal der Standpunkt Großbritanniens zu Sanktionen gegen Südafrika dargelegt wurde. Mugabe war so überrascht („Das hier auf der Straße“), daß er den Umschlag sofort öffnete.

Die Mission half jedoch wenig, weitere Regierungen beschloßen, den Commonwealth-Spielen in Edinburgh fernzubleiben. Allerdings sieht man in London das Kommuniqué der Frontstaaten als „nicht ganz so schlimm, wie befürchtet“. Offenbar war man sich in Harare auch nicht „völlig einig. Man fordert Frau Thatcher auf, sich in einer „kategorischen Stellungnahme“ für Sanktionen gegen Südafrika auszusprechen. Würde sie ihren Standpunkt ändern, könnte man sich auch ein Edinburgh-Teilnahme denken. Überraschend traf Großbritanniens Außenminister Sir Geoffrey Howe am Freitag in Washington auch noch mit Präsident Reagan zusammen. Er sprach anschließend von einem „Gefühl gemeinsamer Absichten“.

Bevor Sir Geoffrey am Mittwoch in Pretoria mit Südafrikas Präsident P. W. Botha zusammentrifft, wird er heute und morgen in Brüssel an der Sitzung des EG-Außenministerrats teilnehmen und über seine erste afrikanische Gesprächsrunde, bei der er Sambia, Zimbabwe und Mosambik besucht, berichten. Es ist immer noch nicht klar, ob Sir Geoffrey jetzt Gelegenheit bekommt, Nelson Mandela, den offiziellen Führer des kommunistischen ANC, zu sprechen. Dieser soll wie andere schwarze Führer, darunter Bischof Desmond Tutu, im Besuch des Briten, der im Auftrag der EG reist, abgelehnt haben. Für den 28. Juli ist ein zweites Gespräch zwischen P. W. Botha und Sir Geoffrey angesetzt und am 3. August beginnt in London die Mini-Commonwealth-Konferenz, bei der sieben Mitgliedsstaaten über weitere Schritte gegen Südafrika beraten werden.

„Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa“

WELT-Gespräch mit NATO-Oberbefehlshaber General Rogers / Den Waffenmix mit der Pershing 2 beibehalten

Von C. GRAF BROCKDORFF

NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers tritt entschieden der Vorstellung entgegen, daß man in einem Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion auf den NATO-Waffenmix von Pershing 2-Raketen und Cruise Missiles verzichten sollte. In einem WELT-Interview spricht er sich deutlich gegen eine mögliche Wiederholung der sogenannten Waldspeziergang-Formel von Genf aus, wonach die Sowjetunion eine bestimmte Anzahl von ballistischen SS-20-Raketen behalten, die NATO aber nur lufttunende „Tomahawk“-Marschflugkörper stationieren sollte.

Rogers benutzte die Gelegenheit eines einhalbstündigen Gesprächs in seinem Hauptquartier Shape bei der belgischen Stadt Mons aus, Europa davor zu warnen, sich von der amerikanischen SDI-Organisation unter Generalleutnant James Abrahamson die Initiative für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Raketenabwehr aus der Hand nehmen zu lassen. „SDI bewegt sich sehr schnell vorwärts“, sagte er. Im Augenblick verarbeite die SDI-Organisation Einzelanträge für eine europäische Architektur zur Raketenabwehr an europäischen Firmen, wobei ein Auftrag für die Bundesrepublik vorgesehen sei. „Ich möchte nicht, daß die NATO das Nachsehen hat und wir hier in Europa in eine Position geraten, in der wir eine unannehmbar Lösung für ein Problem erhalten, das uns betrifft.“

unannehmbar, weil etwas ohne unser Zutun geschaffen würde.“ Es war auffallend, wie oft der amerikanische General, dessen offizieller Titel „Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa“ lautet, europäische Standpunkte bezog.

Zur Frage eines künftigen Abkommens über Mittelstreckenraketen sagte Rogers: „Ich glaube nicht, daß unsere Abschreckung annähernd so gut wäre, wenn wir nur lufttunende Systeme (Marschflugkörper, die Red.) hätten, und nicht auch ballistische Raketen. Die Sowjets wissen das. Deshalb sind sie so daran interessiert, die Pershing 2 bei uns zu entfernen. Zum ersten Mal haben wir hier jetzt ein Waffensystem mit nuklearem Gefechtskopf, mit dem wir ihren Boden erreichen können. Pflötzlich sind sie in der Lage, in die sie uns seit Jahren gebracht haben. Die Hauptbedrohung ist für sie die Pershing 2 wegen

deren Zuverlässigkeit und deren Eindringfähigkeit. Wenn wir die Pershing 2 aufgeben würden und die Sowjets behielten ihre Kurzstreckenraketen SS 21, SS 22, SS 23 und dazu noch die SS-20-Mittelstreckenraketen – alle auf uns gerichtet – dann würde das einen erheblichen Verlust an Abschreckung bedeuten. Unsere Cruise Missiles würden dann zwar immer noch ihr Gebiet erreichen können, aber Tatsache ist, daß es sich um ein luftatmendes System handelt, das viel langsamer fliegt, und das abgeschossen werden kann. Es ist aber unter gegenwärtigen Bedingungen sehr schwierig, eine Pershing 2 abzuschließen.“

Rogers enthüllte: „Wir haben in diesem Hauptquartier unseren Standpunkt. Ohne Aufforderung haben wir ihn weitergeleitet. Und wir haben ihnen (den westlichen Verhandlungsführern, die Red.) gesagt, daß wir hier Verantwortung für die Sicherheit Westeuropas tragen.“ Er sagte weiter: „Um also die Frage zu beantworten: Ja, den Waffenmix sollten wir beibehalten.“

Rogers ist gerade 65 Jahre alt geworden. Sein Stab bemüht sich, das Arbeitspensum des energiegeladenen Generals zu bremsen. Ohne Erfolg. Die offizielle Amtszeit von General Rogers läuft Ende Juni 1987 aus, wenn sie nicht verlängert wird. Nach seinen Worten ist es nötig, daß Europa sich um die eigene Raketenabwehr bemüht. Er bedauert, daß niemand in Europa sich dafür verantwortlich fühle. Sein Hauptquartier Shape habe vor einer Woche eine langfristige Raketenabwehr-Planungsstudie fertiggestellt und an das NATO-Hauptquartier in Brüssel weitergeleitet. Dennoch sei man weit davon entfernt, daß die Europäer sich vereint um das Thema Raketenabwehr bemühten. Rogers benutzt die neue Abkürzung, die in seinem Hauptquartier entwickelt wurde, um unumführbar zu machen, daß es sich um

eine regionale, auf europäische Zwecke zugeschnittene Abwehr handeln sollte. „TBMD“, „Theater Ballistic Missile Defense“, was soviel bedeutet wie: „Abwehr ballistischer Raketen auf dem Schauplatz Europa“.

Rogers begründet ihre Notwendigkeit mit der gewachsenen Bedrohung Europas durch sowjetische Raketen kürzerer Reichweite. Sie würden übrigbleiben, selbst wenn das Potential an sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen als Verhandlungsergebnis verringert werde: „Die SS 21, SS 22 und SS 23 werden in den Mittelstreckenverhandlungen bisher nicht berührt. Sie können nicht nur mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt werden. Sie können konventionelle oder chemische Gefechtsköpfe tragen. Wir haben herausgefunden, daß sie sehr zielgenau sind. Mit genauen konventionellen Gefechtsköpfen können sie unsere Häfen, Befehlzentralen, Luftstützpunkte, Raketenbasen und nuklearen Waffenspeicher angreifen.“

Wenn es Krieg geben sollte, müßte ich deshalb noch früher die Freigabe nuklearer Waffen beantragen, nur um dann über meine Schulter zu sehen und festzustellen, daß als Konsequenz der geschilderten Lage bereits eine Masse meines nuklearen Potentials vernichtet worden ist. Was also ist zu tun? Wir brauchen eine aktive Raketenabwehr.“

Weiter sagte Rogers: „Nach meiner Meinung muß es sich um eine europäische erforschte, entwickelte und produzierte Raketenabwehr handeln. Das bedeutet nicht, daß man nicht eng im Informationsaustausch mit der SDI-Organisation (in Washington, die Red.) zusammenarbeitet. Aber gegenwärtig zeichnet niemand hier in Westeuropa verantwortlich für die ballistische Raketenabwehr unseres Gebiets.“

Alles sei eine Frage der Prioritäten: „Wie hoch auf der Prioritätenliste des einzelnen Bürgers hier in Westeuropa stehen Frieden und Freiheit?“ fragt



Mohamud an die Europäer: General Rogers

FOTO: DPA

Rogers. „Die Vereinigten Staaten werden nicht, können nicht und sollten nicht eine ballistische Raketenabwehr für Westeuropa kaufen. Diese Raketenabwehr muß uns zufriedenstellen, die wir hier in Westeuropa leben.“ Ähnlich vehement äußert sich ein amerikanischer Truppenabzugs aus Westeuropa, wobei er im Gespräch darauf hinweist, daß er in seinen sieben Amtsjahren als Oberster Befehlshaber bei seinen Reisen durch die Vereinigten Staaten noch nie eine derart antieuropäische Stimmung vorgefunden habe wie jetzt. Rogers: „Zum Truppenabzug läßt sich in drei Punkten sagen:

1. Es würde den vitalen Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen, die Truppen zurückzubringen.
2. Die Allianz würde sich auflösen, wenn die USA alles zusammenpacken und abziehen würden. Die Briten haben schon jetzt Probleme, ihre Rheinarmee nicht zu kürzen. Kanada wäre nicht unglücklich, seine Streitkräfte zurückzuziehen, wenn die USA das Beispiel gäben. Die vormaligen stationierten Truppen der anderen Nationen würden auch abziehen, mit der Begründung, sie hätten es ja nicht so weit wie die Amerikaner, um zurückzukehren.
3. Ich habe immer wiederholt, daß dies die Sowjetunion ihrem Ziel näherbringen würde, nämlich der Einschüchterung und Erpressung Westeuropas mit ihrer massiven Militärmacht. Bis zum Erbrechen („ad nauseam“) habe ich wiederholt: Das ist die Hauptgefahr, der wir uns in Westeuropa gegenübersehen. Nicht der Angriff aus heiterem Himmel!“

Nach einem Augenblick des Nachdenkens fügt Rogers hinzu: „Unsere Truppen sind hier. Wir wissen, daß wir uns auf sie verlassen können. Die Sowjetunion weiß, daß die Vereinigten Staaten eine Verpflichtung haben, diese 326 400 Soldaten nicht im Stich zu lassen und für die Sicherheit dieser 326 400 Personen zu sorgen. Deshalb müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, diese 326 400 männlichen und weiblichen Soldaten hier in Westeuropa zu behalten. Wenn sie abgezogen würden, gäbe es die Verpflichtung nicht mehr. Ich denke, dann würden die Nationen Westeuropas sich in einer Lage sehen, in der sie als Konsequenz ein Arrangement mit der Sowjetunion suchen würden.“

(SAD)

In Iran wird auch Gemüse zum Luxus

Einzelheiten aus dem Alltag im heutigen Persien / Bachtjar und Schah als Alternative

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Berichte aus dem Iran sind selten geworden. Journalisten können sich nicht frei bewegen. Selbst Vertreter von Presseorganen, die den Kampf des Revolutionsführers Khomeini gegen den Schah publizistisch unterstützen hatten, haben Schwierigkeiten, eine Einreiseerlaubnis zu bekommen oder ungehindert ihren Recherchen nachzugehen. Das dürfte noch schwieriger werden. Denn die Lage im Innern des Landes und in der Hauptstadt verschlechtert sich nach Augenzeugenberichten täglich, die Lebensumstände würden immer unhaltbarer. Große Unzufriedenheit erfasse zunehmend auch ärmere Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittelpolitik und die Repression der Revolutionswächter im übrigen nicht mehr widerstandlos hinnehmen.

Nicht viel zu verlieren

Ein Busfahrer aus Teheran erzählt: „Vor gut zwei Wochen wollten die Revolutionswächter mehrere Busse für Fahrten an die Front beschlagnahmen. Wir sagten nein. Als sie Gewalt anwenden wollten, sammelte sich plötzlich eine größere Menschenmenge um uns herum an. Viele nahmen eine drohende Haltung gegenüber den Revolutionswächtern ein. Es kam zu einem Handgemenge. Schüsse fielen. Ich lief davon. Später erzählte man mir, daß ein Verletzter gab, aber auch unter den Revolutionswächtern. Die Menschen verlieren die Furcht vor ihnen.“

Viel haben die Iraner offenbar nicht mehr zu verlieren. Fleisch, das man wie andere Grundnahrungsmittel nur nach langem Schlängensehen bekommen kann, wenn überhaupt, kostet pro Kilo je nach Qualität zwischen 90 und 145 Tuman, für die iranische Hauptnahrung Reis muß man pro Kilo hundert Tuman bezahlen. Offiziell wird der Kurs mit 28 Tuman für eine Mark angegeben. Vor der Machtübernahme durch die Mullahs vor gut sieben Jahren war eine Mark schon für 4,5 Tuman zu haben.

Eine realistische Vorstellung von der heutigen Kaufkraft der iranischen Währung bieten jedoch andere Zahlen: Ein Arbeiter verdient pro Monat 2500 Tuman, ein Beamter mit 15 Jahren Dienstzeit kommt auf fünf bis sechs Tausend Tuman, eine Summe, die man für die Miete eines kleinen Appartements in Teheran auf den Tisch legen muß. Die Miete für ein kleines Zimmer im Armenviertel im Süden Teherans kostet 800 Tuman.

Der Brotpreis wird dank massiver staatlicher Subventionen noch bei drei Tuman pro Kilo gehalten, Obst jedoch ist bereits so teuer, daß eine durchschnittliche Familie es sich schon nicht mehr leisten kann. Auch Gemüse wird zum Luxus. Ein Kilo Kartoffeln oder Gurken kostet 40 Tuman, Zwiebeln ebenfalls. Waschmittel und Seife sind Mangelware. Die Eigenproduktion wird exportiert. Das Land braucht Devisen für die Kriegführung“, sagt ein Lehrer aus Isfahan. Milchprodukte seien im wahrsten Sinn des Wortes nur noch

zu „erhaschen“. Für einen Becher Joghurt stünden manche zwei Tage vor dem Laden. „Wenn ich wüßte, daß meine Frau und die Kinder von dem nächsten Regime zu essen bekommen, würde ich lieber heute als morgen auf die Straße gehen, um zu protestieren“, meint ein Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, weil auch seine Fabrik geschlossen wurde. Stromausfälle und -unterbrechungen (pro Tag bis zu dreimal je drei Stunden) machen die Produktion für viele Werke unmöglich.

Vielsagende Parolen

Die Unzufriedenheit äußert sich in Parolen, die nachts an die Hauswände geschnitten werden. Sie lauten zum Beispiel: „Landmann steh auf, rette unsere Jugend vor dem Krieg!“ Oder: „Es lebe Bachtjar!“ Und: „Bachtjar, komm und bring den jungen Schah mit!“ Shapur Bachtjar, der letzte Premier des verstorbenen Schah, leitet von seinem Exil in Paris aus die Widerstandsbewegung, die im Volk den größten Anhang hat. Eine Testdemonstration im Mai des vergangenen Jahres brachte mehr als eine Million Menschen auf die Beine. Bachtjar, der einen unblutigen Wechsel durch den Aufmarsch der Volksmassen anstrebt, aber offensichtlich auch gute Verbindungen in die Armee unterhält, scheint jetzt nicht nur in Paris und London, sondern auch in Washington als die Alternative der Vernunft zum Regime der Mullahs angesehen zu werden.

Slowenien, eine Selbstmordrepublik?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Selbstmord der 17-jährigen ungarischen Schönheitskönigin Csilla Molnar – der ersten, im vergangenen Jahr gewählten „Miss Ungarn“ – hat erneut die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gerichtet, daß Ungarn gemeinsam mit Österreich zu den europäischen Ländern mit der höchsten Selbstmordrate gehört. In enger geographischer und geschichtlicher Nachbarschaft zu beiden Ländern nimmt die jugoslawische Teilrepublik Slowenien den ersten Platz in der Selbstmordstatistik ein.

Die slowenischen Behörden sind alarmiert, weil im vergangenen Jahr 702 Bewohner der nordwestlichen Teilrepublik – das sind 36 auf 100 000 Einwohner – ihrem Leben selbst ein Ende machten. Schon 1984 waren es 688, 1983 661 und 1982 679. Die Tendenz scheint also leicht steigend zu sein. Besonders besorgniserregend ist die Zunahme von Selbstmorden unter Jugendlichen und sogar unter Kindern. So nahmen sich in Slowe-

nien – einem Land mit 1,8 Millionen Einwohnern – im Jahre 1984 22 Minderjährige im Alter zwischen zehn und 19 Jahren das Leben. Das entspricht einer Zahl von drei Prozent der Selbstmordrate insgesamt.

Allein die Zahl der jugendlichen Selbstmörder ist in Slowenien höher als die im Lande registrierten Fälle von Mord und Totschlag (19 Fälle). Slowenische Wissenschaftler, so etwa der Laibacher Suizid-Forscher Professor Lev Mircinski, führten als Ursache der Selbstmordwelle unter Jugendlichen ungelöste Berufsprobleme sowie allgemeine Perspektiv- und Aussichtslosigkeit an. Sie weisen darauf hin, daß sich Probleme der Erwachsenenwelt immer stärker in die jüngeren Jahrgänge verlagern. So haben die meisten 15- bis 16-jährigen bereits sexuelle Erfahrungen.

Unter den Erwachsenen grassiert der Selbstmord offenbar bei jenen Menschen besonders stark, die den radikalen Umschwung vom einstmaligen blühenden Leben zur unper-

sönlichen Industriegesellschaft nicht verkraften. Warum Slowenien eine so erschreckend hohe Selbstmordrate aufweist – wobei Söhne aus „gutem Hause“ und auch Kinder kommunistischer Prominenz sich immer wieder unter den Opfern finden – kann noch nicht beantwortet werden. Spielt die Geographie eine Rolle – wie die ähnlichen Ziffern aus Ungarn und Österreich vermuten lassen?

In Jugoslawien ist nur ein weiterer Landesteil ähnlich stark in der Selbstmordstatistik vertreten: die Provinz Vojvodina. Auch sie war wie Slowenien einst Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie – und außerdem ist die landschaftliche und psychologische Affinität zum benachbarten Ungarn unverkennbar. Eines steht allerdings außer Zweifel: Die Selbstmordrate hat nicht mit akuten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krisen zu tun. Im Gegenteil: Slowenien geht es im jugoslawischen Maßstab gemessen materiell immer noch am besten.

ATTENTION BRITISH CITIZENS LIVING ABROAD

1	BROWN (Andrew Brown, of 6 Orchard Grove, Maidstone, Kent)	DON'T BE X CLUDED!
2	SMITH (John Phillip Smith, of 21A Highfield Road, Enfield, Middlesex EN6 2DR)	
3	JONES (Albert David Jones, of 11 Charlton Court, London NW1)	

If you were registered as an elector in the UK within the last 5 years you can now vote in UK parliamentary and European Parliament elections.

Your vote will be cast in the constituency in which you were last registered before leaving the UK.

In order to qualify you will have to fill in a declaration form and return it by 10th October 1986 (15th September if you were previously resident in Northern Ireland).

Forms and an explanatory leaflet are available from your nearest diplomatic or consular post.

PLEASE LET OTHER BRITISH CITIZENS KNOW THAT THEY MAY ALSO BE ELIGIBLE TO VOTE IN THE UK.

Die Zeitung rund ums Auto

Gott der Herr nahm heute meinen inniggeliebten Mann, unseren herzensguten Vater und Schwiegervater, meinen lieben Schwiegersohn und unseren liebsten Opa

Eugen Saier

* 17. September 1926 † 17. Juli 1986

im Alter von 59 Jahren völlig unerwartet zu sich in die Ewigkeit.

In Liebe und Dankbarkeit:

Else Saier geb. Heindl

Ulrich Saier
und Jutta Saier mit
Hanns-Ulrich und Tom

Ute Bareiß geb. Saier
und Hermann Bareiß mit
Christian und Hannes

Anna Heindl

Alpirsbach-Peterzell, den 17. Juli 1986

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 22. Juli 1986, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof in Alpirsbach-Peterzell statt.

Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

Völlig unerwartet ist unser verehrter Chef und geschäftsführender Gesellschafter

Eugen Saier

* 17. September 1926 † 17. Juli 1986

verstorben.

Wir verlieren mit ihm ein Vorbild, dessen ganzes Leben erfüllt war von der Fürsorge für unsere Unternehmen und seine Mitarbeiter.

Er war der Gründer unserer Firmengruppe. Vitalität, Energie und Tatkraft, gepaart mit hohem kaufmännischem Wissen und Können, waren die hervorragenden Merkmale seiner Persönlichkeit.

Sein Leben und sein Wirken sind Vorbild, und Verpflichtung für uns.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitarbeiter, Betriebsräte, Geschäftsleitung und Gesellschafter der Firmen

Kunststoffwerk Eugen Saier
GmbH & Co.

Alpirsbach-Peterzell

GFV-Gesellschaft für
Verschlußtechnik
mbH & Co.

Alpirsbach-Peterzell

E + E Plastic
GmbH & Co. KG

Jettingen

Alpirsbach-Peterzell, den 17. Juli 1986

Glemp: Nur in der Liturgie ein wenig Freiheit

dpa, Rom

Der Primas von Polen, Kardinal Józef Glemp, hat sich skeptisch über die auf dem 10. Kongress der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) angekündigten Reformen geäußert. Auf einer Pressekonferenz in Alghero (Sardinien) kritisierte Glemp nach einem Bericht der römischen Tageszeitung „La Repubblica“, daß sich seit dem Ende Juni stattgefundenen Parteikongress der PZPR nichts geändert habe.

„Die Kommunisten überwachen, kontrollieren und kommandieren. Nur in der Liturgie ist uns ein wenig Freiheit erlaubt“, sagte Glemp. Kritisch äußerte sich der Primas auch über diejenigen Intellektuellen, die Polen in den vergangenen Jahren verlassen haben. Man dürfe das eigene Land nicht im Stich lassen, wenn es in Schwierigkeiten sei, meinte Glemp. Der Kardinal hatte in Alghero einen Friedenspreis entgegengenommen und aus diesem Anlaß eine Pressekonferenz gegeben.

Dissidenten wollen engere Kooperation

JGG, Köln

Polens Untergrund strebt eine engere Zusammenarbeit mit Dissidenten aus anderen Ostblockländern an. So hat der Vorsitzende der „Kämpfenden Solidarność“ und Chefredakteur des im Untergrund erscheinenden „Niederschlesisches Bulletin“, („Biuletyn Dolnoslaski“), Kornel Morawiecki, die jetzt in Paris lebende sowjetische Dissidentin, Natalia Gorbaniewskaja, gebeten, ehrenhalbes Redaktionsmitglied zu werden. In einem offenen Brief wurde die Ausscheidung von ihr angenommen und als „große Ehre“ bezeichnet. „Ich habe die Hoffnung, daß ich die Zeit erleben werde, da euer Programm Wirklichkeit wird und das sowjetische Imperium auseinanderbricht.“

Wie aus polnischen Oppositionskreisen dazu zu hören ist, wollen andere polnische Untergrundzeitschriften dem Beispiel des „Niederschlesisches Bulletin“ folgen und emigrierte Dissidenten aus der Sowjetunion, der CSSR und Ungarn zur Mitarbeit einladen. Tschechische und slowakische Oppositionelle, die noch in der CSSR leben, arbeiten bereits unter Pseudonym mit.

Managua wird nicht kapitulieren

Ortega wirft Washington „Völkermord“ vor / Bischöfe klagen über „Volkskirche“

DW, Managua

Sieben Jahre nach dem Sieg der Sandinisten über den Diktator Anastasio Somoza ist von der Euphorie nichts mehr zu spüren. Das ist nicht nur ein Ergebnis des Kampfes der Contras gegen die neuen Machthaber, sondern auch des Drucks von innen auf ein Regime, das seinen diktatorischen Charakter kaum noch verschleiern und immer stärker in die Isolierung gerät. Hinzu kommt die Armut, eine Folge der Mißwirtschaft.

An der Spitze des gewaltlosen Widerstandes gegen die Sandinisten steht die katholische Kirche des Landes. Die Bedeutung der Kirche, die furchtlos die Wahrung der Menschenrechte einfordert, hat das Regime zu einer harten Linie veranlaßt. Die Bischöfe Nicaraguas haben sich jetzt in einem in Washington veröffentlichten Schreiben an Amtsbrüder in aller Welt über eine wachsende Bedrohung beklagt. „Die moralische und körperliche Unversehrtheit von Bischöfen, Priestern, religiösen Menschen und Gläubigen ist ständig bedroht, von Skandalen, Massenkund-

gebungen, Todesdrohungen oder Ausweisungen aus dem Land, wenn sie in Treue fest zur Kirche und der Verteidigung der Menschenrechte stehen“, heißt es in dem Brief, der von dem Weihbischof von Managua, Bosco Vivas Robelo, unterschrieben ist.

Besonders beklagt wird die Gründung der sogenannten Volkskirche. Hier haben sich katholische Gläubige zusammengefunden, die die Regierung unterstützen und die Unabhängigkeit von der Amtskirche anstreben. Diese Organisation stehe, so der Brief, „völlig im Dienste der Regierung und ist der gefährlichste Arm der von dieser Regierung bei ihren Versuchen benutzt wird, die Kirche zu spalten“.

Die Installierung einer sandinistischen Regierung vor sieben Jahren hat die Lage der Menschenrechte nicht verbessert. Das zeigen nicht nur die Klagen über Bedrohungen, sondern selbst die Zahlen, die die Regierung veröffentlicht hat. 1800 politische Häftlinge sind nach Angaben von Innenminister Tomas Borge in den nicaraguanischen Gefängnissen

inhaftiert. Die Regierung beschuldigt sie „konterrevolutionärer Handlungen“. Die von der Regierung unabhängige Menschenrechtskommission hält diese Angaben für geschönt. Sie beziffert die Zahl der politischen Gefangenen in Nicaragua auf mehr als 6500 Menschen. Hinzu kämen 2500 ehemalige Angehörige der Nationalgarde Somazas.

Der Regierung steht das Wasser bis zum Hals. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme blieb Präsident Daniel Ortega nichts anderes übrig, als vor 1500 Menschen an dem Jubiläumstag einzustehen: „Es wird noch mehr Schwierigkeiten geben, aber wir werden nicht wegen Hungers kapitulieren.“ Kuba und die Sowjetunion konnten diesen „Hilferuf“ zum ersten Mal via Satellit direkt empfangen.

In beleidigendem Ton stellte der Präsident die US-Hilfe an die Contras auf eine Stufe mit nationalsozialistischen Verbrechen. US-Präsident Reagan wetteifere mit Nero und Hitler, indem er „das nicaraguanische Volk mordet“.

Moskau attackiert Diplomaten-Schule

rt, Moskau

Der Moskauer Parteichef Boris Jelzin hat massive Vorwürfe gegen die Diplomaten-Akademie in der sowjetischen Hauptstadt erhoben und sie wie andere Schulen des Auswärtigen Dienstes als Brutstätten für Sonderrechte und Korruption hingestellt. Die Tageszeitung „Moskowskaja Prawda“ meldete am Sonntag, Jelzin habe auf einer Parteiveranstaltung gerügt, daß 70 Prozent der Akademie-Hörer aus Funktionärsfamilien stammten. Rund 40 Prozent der Dozenten seien untereinander verwandt. In einer der Fakultäten sei die Zahl der schwarzarbeitenden Lehrkräfte viermal höher als die der regulären Ausbilder.

Der Stadtverband der Partei habe sich in die Belange der Akademie lange Zeit nicht eingemischt, zum Schaden der Ausbildungsqualität, wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und Disziplin, sagte der Politbüro-Kandidat. Ähnlich ernst sei die Lage am Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau und in anderen Ausbildungsstätten.

Genscher holt sich letzte Informationen bei Nitze

Wird umstrittenes Abkommen doch in Moskau unterzeichnet?

dpa/AP, Bonn

Kurz vor seinem Abflug zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in der Sowjetunion ist Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Köln-Bonner Flughafen gestern vormittag noch mit dem Sonderbeauftragten von US-Präsident Ronald Reagan für die Genfer Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, zusammengetroffen. Bei dem Gespräch informierte Nitze den FDP-Politiker über den Entwurf der amerikanischen Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge sowie über den letzten Stand der Genfer Verhandlungen. Der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten war der letzte in einer Reihe von Gesprächspartnern, mit denen sich Genscher auf die Unterredungen in Moskau vorbereitet hatte.

Nach den Worten von Außenminister Genscher liegt die eigentliche Bedeutung seines Besuchs darin, daß die Bundesregierung an dem wieder in Gang gekommenen West-Ost-Dialog aktiv teilnehmen will. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte er, Bonn halte es für wichtig, in Moskau in aller Ausführlichkeit und Intensität über das West-Ost-Verhältnis, vor allem auch über die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West zu sprechen.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen (CDU), sagte über das Klima vor dem Genscher-Besuch, die Bundesregierung sehe zur Zeit optimale Chancen für faire Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten.

Bonnns Interesse an Gipfel

Im Südwestfunk erklärte Stavenhagen gestern, die Deutschen hätten aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer Geschichte durchaus das Recht, den amerikanischen Bündnispartner energisch zu drängen, jetzt bei den Abrüstungsverhandlungen zügig voranzugehen. Das Ziel müßten natürlich faire Verträge sein.

Genscher kündigte an, er werde in Moskau auch das Interesse Bonns an einem zweiten Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow unterstreichen. Ein solches Treffen, das natürlich auch substantielle Fortschritte bringen solle, sei wichtig. Es komme jetzt darauf an, daß die Bun-

desregierung ihr eigenes Verhältnis zur Sowjetunion und ihren Verbündeten nutze, um Verständnis für die deutschen Probleme und Sorgen herbeizuführen, aber gleichzeitig auch dazu beitrage, daß es Fortschritte im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis gibt. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ veröffentlichte gestern ein Kurzporträt des deutschen Außenministers und brachte in dem Begleittext die Hoffnung zum Ausdruck, daß der dreitägige offizielle Moskau-Besuch Genschers „zum besseren gegenseitigen Verständnis“ zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland beitragen werde.

Porträt in der „Iswestija“

Das Blatt wies zwar darauf hin, daß Genscher wiederholt in die Sowjetunion gereist sei, vermißte aber den Hinweis, daß es auf dessen letzte Visiten in Moskau keine Gegenbesuche eines sowjetischen Außenministers in Bonn gegeben habe.

In der Sowjetunion wird Genscher mit seinem Amtskollegen Schewardnadse, aber voraussichtlich auch mit Parteichef Gorbatschow und Staatspräsident Gromyko zusammenkommen. Für Gorbatschow hat der Bundesaußenminister eine Botschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl im Gepäck, in der der Kanzler die Bereitschaft der Bundesregierung bekräftigt, die Beziehungen zur Sowjetunion auf allen Ebenen auszubauen und zu vertiefen.

Vor der Abreise Genschers wurde gestern auch Optimismus in Bezug auf das geplante Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion verbreitet. Aus der Umgebung des Ministers verlautete am Vormittag, obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, werde jetzt davon ausgegangen, daß die Vereinbarung während des Aufenthaltes des deutschen Außenministers noch unterschrieben werden könne.

Von den Grünen wurde Genscher aufgefordert, auch das Thema Tschernobyl anzusprechen. Der Bundestagsabgeordnete Suhr forderte, der Außenminister solle darauf dringen, daß die Atomreaktoren in Tschernobyl nicht wieder in Betrieb genommen würden.

Mubarak gibt „gigantische Probleme“ zu

dpa, Kairo

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak ist zuversichtlich, daß sein Land die akuten wirtschaftlichen Probleme lösen kann. In einer mehr als zweistündigen Rede zum Auftakt des vierten Kongresses der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) erklärte Mubarak in Kairo unter dem Belfall der Delegierten: „Die ägyptische Wirtschaft liegt nicht auf der Intensivstation, Ägypten tanzt nicht auf einem Vulkan.“

Der Staatschef, der sich zufrieden über das Ergebnis seiner jüngsten Reise nach Rom, Paris, London und Bonn äußerte, gestand ein, daß Ägypten „gigantische Probleme“ habe. Er deutete unter anderem an, daß Kairo eine Umschuldung mit ausländischen Gläubigern anstrebe. „Die Schuldenlast wird in diesem und im nächsten Jahr einen Höhepunkt erreichen, und wir versuchen eine Umschuldung.“ Ägypten ist mit rund 70 Milliarden Mark im Ausland verschuldet.

Geringe Chancen für Andreotti

dpa, Rom

Die Bemühungen des bisherigen italienischen Außenministers Giulio Andreotti, eine stabile Neuaufgabe der Fünf-Parteien-Regierung unter seiner Führung einzuleiten, sind nicht von Erfolg gekrönt. Noch am Freitag hatte Andreotti Staatspräsident Francesco Cossiga um eine Verlängerung der Frist für seine Bemühungen zur Regierungsbildung bis Montag gebeten.

Wegen der zwischen Sozialisten und Christdemokraten andauernden Gegensätze mußte am Sonntag eine geplante Begegnung der Parteisekretäre der fünf Koalitionspartner (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale) abgesagt werden. Kern der Auseinandersetzung ist die Frage, welche Partei den Ministerpräsidenten stellt. Eine Neuaufgabe der Regierung unter dem Sozialisten Bettino Craxi wollen die Christdemokraten nur zulassen, wenn sie zeitlich bis zum kommenden Frühjahr begrenzt ist. Die Sozialisten bestehen aber darauf, daß Craxi bis zum Ende der Legislaturperiode 1988 ohne zeitliche Auflagen weiterregieren darf.

Mit Dank und Hochachtung nehmen wir Abschied von

Ernst Blickle

26. 3. 1913

15. 7. 1986

In tiefer Trauer, Liebe und Dankbarkeit
im Namen der Kinder und aller Angehörigen

Edeltraut Blickle geb. Pähr

Bruchsal, Weitenruß 4

Ernst Blickle

26. 3. 1913

15. 7. 1986

Wir werden unsere Arbeit in seinem Sinne fortsetzen

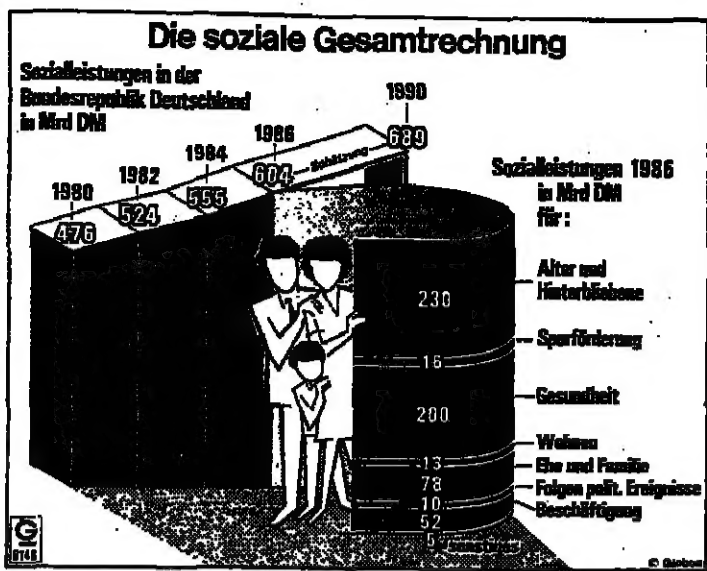
Geschäftsleitung,
Betriebsrat und Belegschaft der
SEW-EURODRIVE-Unternehmensgruppe

Bruchsal, Industriestraße 42

Die Urnenbestattung wird in aller Stille erfolgen.

Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten
wir um eine Spende zugunsten der Deutschen
Krebshilfe e.V., Konto-Nr. 90 90 90, Deutsche Bank, Bonn





Die Sozialleistungen in der Bundesrepublik haben eine neue Rekordmarke erreicht, von einem Abbau kann nicht die Rede sein. In diesem Jahr steigen die Aufwendungen auf die Rekordmarke von 604 Mrd. Mark, 49 Mrd. Mark mehr als 1984. Gegenüber 1980 beträgt das Plus 128 Mrd. Mark. Der größte Bruchteil im Sozialbudget 1986 ist mit 230 Mrd. Mark für die Versorgung der älteren Mitglieder und der Hinterbliebenen vorgesehen.

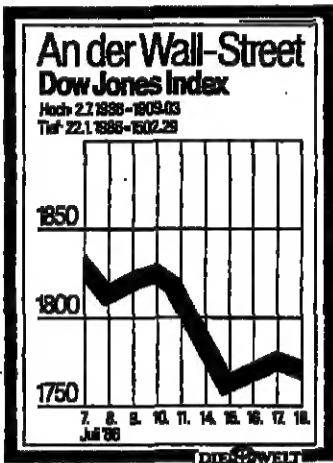
FÜR DEN ANLEGER

Resten: Experten sehen Spielraum für einen leicht abwärts gerichteten Zinsrend auf dem deutschen Markt. (S. 11)

Aktien: Deutsche Kursrückgänge kennzeichnen in der vergangenen Woche das Geschehen an wichtigen internationalen Börsen. Neben der Wallstreet schlossen auch Toronto, London und Zürich schwächer. Eine Ausnahme bildete Tokio.

Wertpapiere: Die Emissionstätigkeit bei Festverzinslichen verlor im Juni auf dem Niveau des Vormonats. Indische Emittenten begaben Rentenwerte von nominal 13,6 Mrd. DM, teilte die Bundesbank mit. Junge Aktien wurden im Kurswert von 0,9 Mrd. DM abgesetzt.

Bundesbank: Die Währungsreserven sind in der Woche vom 15. Juli aufgrund von Zinsgutschriften auf Auslandsanlagen um 0,4 auf 82,5 Mrd. DM gestiegen. Die Aus-



WELTWIRTSCHAFT

UdSSR: Die Industrieproduktion ist im ersten Halbjahr 1986 nach amtlichen Angaben um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Öl: Saudi-Arabien hat seine tägliche Fördermenge über den von der Opec gesetzten Rahmen von 4,35 Mill. Barrel auf mehr als fünf Mill. Barrel hochgefahren. Die irakische Regierung kündigte für

1987 eine beträchtliche Erhöhung der Ölförderung an.

Philippinen: Die Zentralbank hat die Importkontrollen für 262 Produkte im Zuge des Liberalisierungsprogramms aufgehoben.

Brüssel: Die EG-Finanzminister beginnen heute mit den Beratungen über den Haushaltsplan der Gemeinschaft für 1987.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Autos: Der US-Konzern Ford will 40 Prozent des Kapitals des staatseigenen italienischen Herstellers Alfa Romeo, Mailand, übernehmen. Durch die Kooperation mit Ford soll der Ausstoß der Alfa-Romeo-Werke verdoppelt werden. (S. 11)

Mittelstand: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat in einer Studie herausgefunden, daß kleine und mittlere Unternehmen durchaus nicht immer dynamischer und dem Strukturwandel besser gewachsen sind als ihre großen Kollegen. (S. 11)

MÄRKTE & POLITIK

Waschmittel: Immer mehr Hausfrauen waschen umweltfreundlich. Phosphatfreie Waschmittel kommen in der Bundesrepublik nach Angaben der Bundesanstalt für Wirtschaftsinformation auf einen Marktanteil von 25 Prozent. (S. 11)

Strukturpolitik: Ein Mangel an Gewerbeflächen und zu hohe Energiekosten hemmen das Wachstum im westlichen Ruhrgebiet und in der Niederrhein-Region, hat ein Standort-Gutachten für die IHK Duisburg ergeben. (S. 10)

Wohnungsmarkt: Noch nicht optimal, nennt das Ifo-Institut die Steuer-Neuregelung, die am 1. Januar 1987 in Kraft tritt. Der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung fördere vor allem schuldenfreie Objekte und nicht den Neuwert. (S. 10)

NAMEN

Monopolkommission: Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlacht, hat die Kritik der SPD an der Berufung des Wirtschaftsprofessors Carl-Christian von Weizsäcker zurückgewiesen. In einem Brief an den SPD-Abgeordneten Uwe Jens schreibt Schlacht, von einer grundlegenden Richtungsänderung in der Kommission, die Jens befürchtete, könne keine Rede sein.

Häls AG: Der ehemalige Vor-

standsvorsitzende, Prof. Karl Mönkemeyer, vollendet am Donnerstag das 70. Lebensjahr. Mönkemeyer kam 1952 zur damaligen Chemische Werke Hüls AG, wurde 1964 in den Vorstand berufen und war von 1972 bis 1980 Vorstandschef des Chemie-Unternehmens.

Wer sich allzuernst grün macht, den fressen die Ziegen. Johann Wolfgang von Goethe

Das Problem der Durchsetzung neuer Energien liegt im Markt

Riesenhuber: Vielfach besteht nur noch ein sehr begrenzter Forschungsbedarf

HEINZ HECK, Bonn

Heute tagt in Bonn eine Staatsekretärsrunde, die die sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen für die Bundesrepublik aus dem Reaktorunfall Tschernobyl beraten soll. Zu den Vorarbeiten gehört auch ein Auftrag des Kanzlers an Forschungsminister Riesenhuber, der die zusätzlichen Möglichkeiten zur Einsparung und zur besseren Ausnutzung von Energie sowie zur Nutzung alternativer Energiequellen zu prüfen hat.

In der Staatsekretärsrunde sind unter Vorsitz des Kanzlers die Ressorts Finanzen, Forschung, Gesundheit, Inneres, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft vertreten. Riesenhuber hat das Ergebnis seines Prüfungsauftrags Anfang Juli dem Kanzler in einem Schreiben mitgeteilt, ohne es allerdings vorher mit den übrigen Ressorts abzustimmen. Er erinnert daran, daß es bei vielen Energietechniken nur noch um einen „sehr begrenzten Forschungsbedarf“ gehe. Das Problem liege „in der Durchsetzung der neuen Energietechniken im

Markt, jenseits der Ressortgrenzen des Forschungsministeriums“.

Sein Katalog mit insgesamt fünf Vorschlägen zielt auf Steuervergünstigungen, Zuschußprogramme etwa für die Landwirtschaft, Neugestaltung von Stromabnahmeverträgen und Testprogramme für Sonnenenergienutzung. Insgesamt hält er die Kosten seiner Vorschläge für „überschaubar“. So würden sich die Steuerminderungen über die nächsten zehn Jahre kaum „auf wesentlich mehr als 200 Millionen Mark addieren“. Größere Programme könnten natürlich leicht entwickelt werden, jedoch scheinen sie mir in der derzeitigen Situation kaum realisierbar zu sein.

Als Fazit verweist Riesenhuber auf das Urteil von Fachleuten. Danach sei zu bezweifeln, daß sowohl bei der regenerativen Energie als auch bei der „schon außerordentlich erfolgreichen“ Energieeinsparung „noch sehr große Potentiale durch staatliche Maßnahmen erschlossen werden können, insbesondere solange der Ölpreis niedrig ist“. Den Vorteil sieht er eher auf der politischen Ebene, denn

es könne „deutlich gemacht werden, daß alle abschabaren Möglichkeiten mit wirtschaftlich vertretbaren Instrumenten gefördert werden“.

Zu den Vorschlägen im einzelnen: Die Investitionszulage für ausgesuchte energiesparende Maßnahmen sollte von derzeit 7,5 auf 20 Prozent erhöht werden (Paragraph 4a Investitionszulagengesetz). Bei einer Beschränkung der Erhöhung auf gewerbliche Anlagen zur Nutzung der Windenergie sowie von Biomasse und Biogas rechnet er mit nicht mehr als 10 Millionen Mark jährlichem Steuerausfall. Für innovative und erneuerbare Energietechnik wie Wärmepumpen, Solar- und Anlagen zur Wärmerückgewinnung, zur Nutzung von Windenergie, Biomasse und -gas sowie Anschluß an Kraft-Wärme-Kopplung Fern- und Nahwärmesysteme empfiehlt er eine Verkürzung der Abschreibungsfristen.

Auf die Energie, vor allem die Stromwirtschaft sollte eingewirkt werden. Einspeisevergütungen und Durchleitungspreise für regenerative Energien attraktiver zu gestalten.

Widersprüche entnerven Anleger

An der Wall Street fiel der „Dow“ weiter zurück – Notenbankprognose zu optimistisch?

H.A. SIEBERT, Washington

Ungewißheit bestimmt weiterhin das Klima an den US-Aktienmärkten. In der zweiten Wochenhälfte sah es so aus, als sei das Schlimmste überstanden. Die Stabilisierung scheiterte jedoch an der sich ausbreitenden Konjunkturschwäche, an der nach der im Juni wieder gesunkenen Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung sowie den düsternen Einzelhandelsumsetzungen nun nicht mehr zu zweifeln ist.

Hinzu kamen widersprüchliche Prognosen, die vor allem Freitag große Verwirrung stifteten und zeitweise beinahe panikartige Kurschwankungen auslösten:

● In ihrem Halbjahres-Report an den Kongress reduzierte die US-Notenbank ihre Februar-Vorhersage, nach der das wirtschaftliche Realwachstum in Amerika im Vergleich der vierten Quartale 1985 und 1986 3 bis 3,5 Prozent ausmachen sollte. Dennoch hält sie aber 2,5 bis 3 (Inflationsrate: 2,5 bis 2,75) Prozent für möglich. Für

1987 schließt sie drei bis 3,5 Prozent nicht aus.

● Dagegen nahm das größte Brokerhaus der Welt, Merrill Lynch, eine viel drastischere Revision vor: Nach real 2,9 Prozent im ersten Quartal 1986 hat die Wertschöpfung in der April-Juni-Periode überhaupt nicht zugenommen. Im dritten Quartal ist mit einem Wachstumswachstum von einem und im vierten sogar mit minus ein Prozent zu rechnen.

Die US-Notenbank, die den akkommodierenden Geldkurs fortsetzen will, führt Amerikas müde Konjunktur auf das Handelsdefizit (1985: 148,5 Mrd. Dollar) zurück, das einen großen Teil der Nachfrage ins Ausland verlagert und zu Lasten der heimischen Erzeugung und Investitionen geht. Folgt man der „Fed“, dann steht die Wende aber bevor, da, wie es weiter heißt, „der niedrigere Dollarwert das Wachstum der Importe beizubehalten und die Exporte stimuliert“. Diese Ansicht wird sonst nicht geteilt, und zwar mit Hinweis auf die in

wichtigen Bereichen überhöhte US-Ausfuhrstruktur sowie Qualitäts- und Produktivitätsmängel. Für Merrill Lynch reichen die Verbrauchermachfrage und der Wohnungsbau nicht aus, um für den Rest des Jahres das Wachstumstempo merklich zu beschleunigen. Die betrieblichen Investitionen bleiben auch 1987 schwach.

Die Wall Street votierte für Merrill Lynch und „Fed“-Chef Paul Volcker wird am Mittwoch vor dem Bankenausschuß des Senats Mühe haben, die Prognose zu begründen. Im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Index noch einmal um 43,45 Punkte (Freitag: 1777,98 Punkte) ab, die Freitag 0,55 und 0,29 Punkte zulegte, aber die Woche aber um 3,16 auf 136,35 bzw. 5,86 auf 236,36 Punkte fiel. Kritisch kann es werden, wenn die Unternehmensgewinne im zweiten Quartal wie im Falle IBM weiterhin schlecht ausfallen.

Enttäuschte Hoffnungen im Handel

dpa/VWD, München

Nach deutlichem Umsatzplus im vergangenen Herbst hat das Winterhalbjahr die Hoffnungen des Einzelhandels enttäuscht. In einer Umfrage zu den Lagerbeständen ermittelte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) erst im April und Mai wieder wachsende Umsätze beim Handel, der dadurch seine Zurückhaltung bei Bestellungen wegen zu großer Lager wieder aufgeben könnte. Die Industrie hatte im Mai Fertigwaren aus 3,6 (Februar: 3,9) Wochen Produktion auf Lager.

Nach wie vor günstig beurteilt das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe seine Fertigungsergebnisse von 3,9 (Februar: 4,2) Produktionswochen. Die Branche Steine und Erden gab sich zuversichtlich, Lieferengpässe beklagten Zellstoff, Papier- und Pappezeuger. Zufrieden ist auch das Investitionsgütergewerbe mit 3,8 (Februar: 3,9) Wochenproduktion auf Lager. Der Fahrzeugbau fand seine geringsten Autobestände ausreichend, während die Büro- und Datentechnik immer noch auf zu vielen Fertigprodukten festsaß. Nach Lieferengpässen beklagten die Hersteller elektronischer Gebrauchsgüter nun Lagerdruck. Das Verbrauchsgütergewerbe war mit unverändert 3,1 Wochenproduktionen auf Lager unzufriedener, produzierte aber mehr. Textil- und Schuhhersteller klagten über Absatzprobleme.

AUF EIN WORT



„Auch für den Einzelhandel ist die Aufnahmefähigkeit des Marktes keine unabänderliche Größe. Sie ist vielmehr durch aktives und vor allem innovatives Handeln der Anbieter zu beeinflussen.“
Dr. Walter Deuss, Vorstandsvorsitzender der Karstadt AG, Essen.
FOTO: JUPP DACHINGER

Positive Handelsbilanz für „DDR“

rrt, Berlin

Das produzierte Nationaleinkommen der „DDR“ ist im ersten Halbjahr 1986 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,3 Prozent gestiegen. Das geht aus der am Wochenende veröffentlichten Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik hervor. Nahezu der gesamte Zuwachs beim produzierten Nationaleinkommen, das in etwa mit dem Bruttoinlandsprodukt vergleichbar ist, resultierte aus gesteigerter Arbeitsproduktivität. Diese sei in der Industrie um 8,6 Prozent gestiegen. Die absoluten Zahlen der Wirtschaftsgrößen werden nicht aufgeführt.

Die Außenwirtschaftsbeziehungen seien weiter gestiegen und ausgebaut worden, heißt es in der Mitteilung weiter. Der Exportüberschuss habe insgesamt 1,8 Milliarden Valuta-Mark, deren Wert rechnerisch etwa 0,77 DM entspricht, betragen. Auch im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern habe die „DDR“ wiederum eine positive Handelsbilanz erzielt. Der Außenhandelsumsatz mit den sozialistischen Ländern habe 59 Milliarden Valuta-Mark betragen. Dies entspreche zwei Dritteln des gesamten Außenhandelsumsatzes. Laut Mitteilung nahm der Export des Maschinenbaus und der anderen Zweige der verarbeitenden Industrie in das nichtsozialistische Ausland um sechs Prozent zu.

Wolken über dem Germanengrill

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das Touristland Italien bekommt immer stärker die Konkurrenz der anderen Mittelmeerländer zu spüren. Dieses alarmierende Signal zielt sich wie ein roter Faden durch eine Untersuchung, die jetzt der italienische Fremdenverkehrsminister Lelio Lagorio vorgelegt hat. Kein Wunder, daß sich Regierung und Fremdenverkehrsverbände inzwischen einig darüber sind, daß die Förderung des Ausländertourismus möglichst schnell zentral koordiniert werden muß.

Als Ursache für das nicht nur im Verhältnis zu Spanien, sondern auch zu allen anderen Mittelmeerkonkurrenten wesentlich langsamere Wachstum des Ausländertourismus in Italien nennt das Fremdenverkehrsministerium vor allem die Preise. Gegenwärtig kostet ein Urlaubstag in Italien im Durchschnitt 20 Prozent mehr als in

Spanien und sogar 70 Prozent mehr als in Griechenland. In den vergangenen Jahren übertraf die Preisentwicklung im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe Italiens konstant die Inflationsrate, die seit zehn Jahren ebenfalls konstant die in allen anderen westeuropäischen Ländern übertrifft.

Nicht nur die höheren Preise sind es, die die Attraktivität des Mittelmeereschwimmens schwächen. Nicht mehr auf der Höhe der Anforderungen erscheinen auch viele Infrastrukturen im Tourismus. Nach einer Erklärung des Präsidenten der staatlichen italienischen Luftfahrtgesellschaft Alitalia, Umberto Nordio, werden die meisten Flughäfen Italiens bereits in den neunziger Jahren dem Bedarf nicht mehr gewachsen sein. Dabei gehören schon heute Flughäfen wie Fiumicino in Rom zu den am schlechtesten funktionierenden der

Welt. Dasselbe gilt von den Erholungs- und Urlaubsstätten selbst. Sonnenschirme und Liegestühle an den „Germanengrills“ allein reichen in den kommenden Jahren nicht mehr aus, um die ständig anspruchsvoller werdenden Urlauber anzuziehen.

Gar nicht angeschnitten hat die ministerielle Untersuchung die Umweltverschmutzung. Dieses Problem wird in den nächsten Jahren jedoch immer wichtiger werden, nachdem schon jetzt große Teile der italienischen Küsten verschmutzt sind und das Baden an vielen Stellen bereits verboten werden mußte.

Im Jahre 1985 wurden an der italienischen Grenze 53 Millionen Auslandsreisende gezählt. Davon waren 28 Millionen sogenannte Ausflügler, die ihren Aufenthalt auf einen Tag beschränkten. Rund 43 Prozent aller Touristen waren Bundesdeutsche.

Neue Strategie für die EG

Von RUDOLF SPRUNG

Vor fast genau einem Jahr hat sich die Kommission der EG das sehr ehrgeizige Ziel gesetzt: Bis 1992 alle Grenzen innerhalb der EG zu öffnen und den Binnenmarkt, wie er zum Beispiel in den USA besteht, zu vollenden. 320 Millionen Bürger sollen zu einem Markt zusammenwachsen.

Die Realität heute, rund 30 Jahre nach Gründung der EG, sieht immer noch anders aus. Immer noch gibt es Grenzkontrollen.

Immer noch gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Regelungen, laufend werden neue nationale Vorschriften erlassen, zum Schutz der Gesundheit, zur Sicherheit der Bevölkerung. Immer noch weichen die Mehrwert- und Verbrauchssteuern in den Mitgliedstaaten stark voneinander ab.

Zielte die bisherige Strategie der Kommission darauf ab, in zeitraubenden Verfahren nach dem Einstimmigkeitsprinzip diese unterschiedlichen Regelungen durch einheitliche, alle Einzelheiten umfassende Gemeinschaftsregelungen zu ersetzen, so hat die Kommission nun unter der engagierten Führung des für den EG-Binnenmarkt zuständigen EG-Vizepräsidenten Lord Cockfield eine neue Strategie entwickelt: Harmonisierung nur noch der zwingenden Erfordernisse von Gesundheit und Sicherheit, im übrigen Beschränkung auf Mindestanforderungen, gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen nationalen Vorschriften oder Verweis auf Normen.

Die Bundesregierung unterstützt diese neue Strategie, da sie wesentlich besser geeignet erscheint, den EG-Binnenmarkt bis 1992 zu verwirklichen. Sie entlastet den Rat von Detailarbeit, bietet erhebliche Deregulierungsmöglichkeiten und belebt den Wettbewerb.

Dennoch bleibt das Ziel mit Zielmarke 1992 äußerst ehrgeizig. Die EG-Kommission hat in ihrem Weißbuch ca. 300 Einzelvorhaben zur Vervollständigung des Binnenmarktes aufgelistet. Dabei geht es um wichtige wirtschaftspolitische Felder. Sie erfordern vielfach ein rigoroses Umdenken.

Eine besonders große Bedeutung kommt der Angleichung der unterschiedlichen Mehrwert- und Verbrauchssteuern zu. Sie sind es vor allem, die derzeit noch Formalitäten beim Grenzübertritt erforderlich machen. Zwar liegen erste Vorschläge auf dem Tisch, so hat zum Beispiel die Kommission angeregt, sich auf eine Annäherung im Rahmen einer Spanne von plus/minus 2,5 Prozent zu beschränken; bei der Mehrwertsteuer wird von ihr beispielsweise eine Spanne zwischen 14 bis 19 Prozent erwähnt; der deutsche Regelsatz von 14 Prozent läge danach noch innerhalb dieser Spanne.

Bei den Verbrauchsteuern möchte sich die Kommission auf fünf wesentliche Steuerarten konzentrieren, die übrigen Verbrauchsteuern (zum Beispiel auf Kaffee, Tee und Zucker) sollten entfallen, wie dies auch in Deutschland von verschiedenen Seiten gefordert wird. Mit den Vorschlägen sind wir weitgehend einverstanden. Konkrete Fortschritte sind allerdings gerade in diesem Bereich noch ausgeblieben.

Der Rat hat die Kommission deshalb Mitte Juni aufgefordert, bis zum April 1987 ein Gesamtpaket zur Harmonisierung der Strukturen und Sätze der Mehrwert- und Verbrauchssteuern zu entwerfen. Erst dann wird sich über die Realisierungschancen konkret etwas sagen lassen. Viele weitreichende wirtschafts-, steuer- und haushaltspolitische Rückwirkungen werden dann noch zu klären sein.

Der Handlungsdruck ist aller-

dings groß, denn ohne Fortschritt in diesem Bereich können die Grenzkontrollen nicht aufgehoben werden.

Schwierige Probleme bestehen auch in der Verkehrspolitik. Eine schrittweise Liberalisierung während der Übergangszeit bis 1992 ist erforderlich, verbunden mit einer Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere der fiskalischen Belastungen, also eine Angleichung der sehr unterschiedlichen Mineralöl- und Kfz-Steuerbelastung für LKWs in den Mitgliedstaaten. Ein anderer wichtiger Bereich ist die Schaffung eines einheitlichen Marktes für Versicherungsleistungen. Auch hier sollte sich die betroffene Wirtschaft rechtzeitig auf Öffnung der Märkte einstellen und die sich bietenden Chancen nutzen. Die hier vorhandenen Deregulierungspotentiale sollten voll genutzt werden. Dies gilt auch für den Luftverkehrsbereich.

Bis 1992 soll der Binnenmarkt nach den Vorstellungen der EG-Kommission vollendet sein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie den Rat im Rahmen einer neuen Strategie von Detailarbeit entlastet.

Bisher leidet auch die Freiheit des Kapitalverkehrs daran, daß eine Reihe von Mitgliedstaaten immer noch Restriktionen und Schutzklauseln anwendet. Die Kommission hat kürzlich ein stufenweises Liberalisierungsprogramm vorgelegt. Dieses wird von der Bundesregierung unterstützt. Sie hat immer wieder gedrängt, daß sich auch der Produktionsfaktor Kapital frei innerhalb der EG bewegen muß.

Sehr wichtig für den freien Güterverkehr sind auch Fortschritte in dem weiten Bereich der technischen Handelshemmnisse. Gerade hier muß sich die neue Strategie der Kommission „Regelung nur der zwingenden Erfordernisse“ bewähren. Im technischen Bereich muß das Harmonisierungsmodell des Normenverweises zügig auf möglichst weite Produktbereiche angewandt werden.

In der Öffentlichkeit besonders lebhaft diskutiert wird immer der Lebensmittelsbereich. Wo es um Fragen der Gesundheit geht, ist auch in Zukunft die Harmonisierung der Vorschriften, und zwar auf relativ hohem Niveau, erforderlich. Soweit es nicht um Gesundheit, sondern um Qualität und Geschmack geht, sind flexiblere Methoden des Binnenmarktes unausweichlich. In jedem Fall ist die volle Information und die Vermeidung von Irreführung des Verbrauchers durch eine verbesserte Kennzeichnungsregelung zu gewährleisten.

Es sind also noch viele Hindernisse auf dem Weg zur Vervollständigung des Binnenmarktes bis 1992 zu überwinden. Um das Ziel dennoch in etwa zu erreichen, ist vor allem eine Verbesserung des Entscheidungsverfahrens in Brüssel erforderlich. Im Dezember 1985 haben sich die EG-Mitglieder geeinigt, daß die über Maßnahmen zur Verwirklichung des Binnenmarktes künftig weitgehend mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird – allerdings nicht bei der politisch sensiblen Steuerharmonisierung. Dies sollte für die notwendige Beschleunigung der Beschlussfassung sorgen.

Hinzu kommen muß eine verstärkte Aufklärungs- und Werbekampagne in den einzelnen Staaten, um die vielfältigen nationalen Widerstände zu verringern. So bietet ein gemeinsamer Binnenmarkt eine einmalige Chance, Verkrustungen aufzubrechen, die Wirtschaft von einem übermächtigen Vorschriftendruck zu entlasten, zu deregulieren, die Produktionskosten zu senken, die fruchtbare Arbeitsteilung zu vertiefen. Einen Weg zurück kann es nicht geben.

Dr. Rudolf Sprung ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft.

Saure Kirschen

HH. – „Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle hat die Einfuhrzölle für bestimmte Sauerkirschenerzeugnisse ausgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt diesen entschlossenen Schritt als wichtige Voraussetzung für einen besseren Marktverlauf bei der jetzt beginnenden Kirschenernte.“ So freundliche Worte widmet Kiechles Fraktionskollege Susset einem schlichten Importstopp für Sauerkirschenerzeugnisse, den der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) „als sachlich nicht gerechtfertigt“ kritisiert.

Ausgerechnet im Vorfeld einer neuen Gatt-Runde darf es selbstverständlich an „schlagkräftigen“ Beispielen unserer liberalen Importeinstimmung nicht fehlen – ebenso

selbstverständlich mit der kleinen Einschränkung, daß man hier und da entschlossen „für einen besseren Marktverlauf“ sorgen muß.

Die Europäische Gemeinschaft trifft diesmal keine Schuld. Susset selbst konstatiert nicht ohne bedauernden Unterton, daß zwei deutsche Vorstöße für einen Importstopp auf EG-Ebene gescheitert seien. Er macht zugleich – wahrscheinlich unfreiwillig – klar, daß Kiechles entschlossener Schritt kontraproduktiv ist, wenn er argumentiert, daß die Obstbauern „weitgehend auf die industrielle Verwertung angewiesen“ seien. Wie aber soll die Industrie wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie zwingend auf teure Rohstoffe angewiesen ist? Geht ihr Absatz aber zurück, so der deutschen Kirschenbauern auch. Es ist unverzeihlich, daß der BGA versäumt hat, Kiechles Schritt auch als kurz-sichtig zu kritisieren.

Versicherer planen Fonds

Investmenttöchter der Dresdner Bank als Partner

DANKWARD SEITZ, München
Einen direkten Einstieg in die Investment-Branche planen einige deutsche Versicherungsunternehmen. So liegt seit wenigen Tagen beim Bundesamt für die Kreditwesen ein Antrag für die Gründung einer neuen Kapitalanlagegesellschaft, an der die Vereinigte Versicherungsgruppe (VVG), München, nach eigenen Angaben mit 25 Prozent beteiligt sein wird. Die restlichen Anteile am Grundkapital von 10 Mill. DM werden zunächst von zwei oder drei (noch nicht genannten) Versicherern und den zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörenden Dresdnerbank Investment Management und DIT Deutscher Investment-Trust gehalten.

Zu einem späteren Zeitpunkt ist dann vorgesehen, wie der stellvertretende VVG-Vorstandsvorsitzende Christoph Dorschel erläuterte, den Kreis der Versicherungsgesellschaften auf sieben aufzustocken. Im „Endstadium“ werden dann die beiden Dresdner-Bank-Töchter an der neuen Gesellschaft mit zusammen 25 bis 30 Prozent beteiligt sein; bei ihnen wird auch die Geschäftsführung und das Fondsmanagement liegen. Ihre Tätigkeit aufnehmen soll die neue Investmentgesellschaft, die den Planungen zufolge schnell auf ein An-

fangsvermögen von insgesamt 500 Mill. DM kommen soll, bereits im Oktober dieses Jahres.

Mit dem Start dieser Gesellschaft will die VVG dann nach Angaben von Dorschel einen eigenen Fonds mit Anfangs 50 Mill. DM auflegen, der sowohl als Ablauffonds wie auch als Instrument der Vermögensanlage genutzt werden kann. Ähnliches dürfte auch die anderen beteiligten Versicherer planen. Nicht geplant ist, so Dorschel, die bisher von der VVG aufgelegten zwei Spezialfonds mit einem Fondsvermögen von derzeit rund 400 Mill. DM in die geplante Kapitalanlagegesellschaft einzubringen.

Vor einigen Tagen hatte bereits die Alte Leipziger Versicherung, Oberursel, ebenfalls die beabsichtigte Gründung einer Investmentgesellschaft für Publikums- und Spezialfonds gemeinsam mit einer Frankfurter Bank angekündigt. Genauere Angaben wollte dazu die Gesellschaft noch nicht machen, da die entsprechenden Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Branchenkenner glauben, daß die Alte Leipziger dabei mit der BHF-Bank, Frankfurt, im Gespräch ist und diese mit 40 Prozent an der Gesellschaft beteiligen will.

Im Umweltschutz erfolgreich

Clouth Gummiwerke erreichten eine Umsatzsteigerung

Fy. Köln
Die zu gleichen Teilen Conti-Gummi und Philips Kommunikation gehörende Clouth Gummiwerke AG, Köln, arbeitet weiter mit großem Nachdruck auf die Vermarktung hochwertiger Technologie hin. „Neue Projekte auf dem weiten Gebiet des Umweltschutzes geben uns die Möglichkeit, weiter erfolgreich zu sein“, erläutert Vorstandssprecher Alfred Krainer. Beispiele dafür seien Rauchgasentschwebungsanlagen für Kraftwerke und schalldämmende Elemente in der Verkehrstechnik.

Das Geschäft 1985 folgte der Entwicklung der Kautschukbranche. Besondere Erfolge wurden im Bereich Fördertechnik erzielt. Der Sektor Auskleidungen blieb wegen zeitlicher Verschiebung von größeren Aufträgen gegenüber den Planzahlen zurück. Gute Zuwachsraten hatte dagegen der Bereich Verkehrstechnik in innovativen Produkten.

Die Clouth-Gruppe setzte 1985 einschließlich der griechischen Tochtergesellschaft Imas 313 Mill. DM um, der Umsatz der Clouth AG stieg um 8,7 Prozent auf 281 Mill. DM. An dem Zuwachs waren alle Geschäftsbereiche beteiligt. Der Exportanteil blieb mit 21 Prozent in etwa konstant. Der Auftragseingang erreichte 285 (280) Mill. DM. Der Bestand lag am Jahresende mit 129 Mill. DM auf Vorjahreshöhe. Im Jahresdurchschnitt wurden rund 1500 Menschen beschäftigt.

Das Gesamtergebnis ging – durch Sondereinflüsse bedingt – zurück. Erhebliche Mittel mußten für zukunftsichernde Maßnahmen im Sach- und Personalbereich aufgewendet werden. Der Jahresüberschuß von 2,7 (2,7) Mill. DM reicht aber wieder für die 16-Prozent-Dividende. Im laufenden Jahr werden die Investitionen (1985: 11 nach 16 Mill. DM, bei 11 nach 10 Mill. DM Abschreibungen) wieder stark steigen.

Der dynamische Mittelstand – lediglich eine Mär?

Eine Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau kratzt am Image kleiner und mittlerer Unternehmen

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Deimler-Benz, Siemens, Thyssen, Bosch oder Bayer – riesige Konzerne mit großen Namen stehen gemeinhin für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Doch Innovation, Kreativität, Anpassungsfähigkeit, schnelle Reaktion auf Markterfordernisse – all diese Synonyme für das „richtige“ Wirtschaften schlechthin sind gar nicht so sehr Sache der Giganten, sondern finden sich viel stärker in jenen kleinen und mittleren Einheiten (bis zu 100 Millionen DM Umsatz und 500 Beschäftigten), zu denen 999 von 1000 deutschen Unternehmen überhaupt zählen, die 51 Prozent der Umsätze in der Wirtschaft erzielen, 44 Prozent der Investitionen tätigen und zwei von drei deutschen Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.

So jedenfalls die gängige Meinung, auch der meisten Wirtschaftspolitiker. Eine Studie der Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau aber hat dieses Klischee jetzt mit deutlichen Fragezeichen versehen. Tatsächlich, so ein Ergebnis der Untersuchung mit dem Titel „Kleine und mittlere Unternehmen im Strukturwandel“, geht es auch im Mittelstand recht gemischt zu: Den relativ dynamischen Klein- und Mittelunternehmen, die es wirklich gibt, steht eine „breite

Schicht schwächerer und wenig innovativer Unternehmen“ gegenüber, die die Erfolge der ersten Gruppe teilweise wieder aufzuheben.

Die Hypothese, daß kleinere Unternehmen den Anforderungen des gegenwärtigen Strukturwandels besser gewachsen seien als ihre großen Konkurrenten, sei nicht uneingeschränkt zu bestätigen. So gebe die statistische Abschätzung zwar Hinweise darauf, daß die Beschäftigungsexpansion im Mittelstand in den letzten Jahren stärker ausgefallen ist als bei Großunternehmen.

Doch eindeutig sei das nicht feststellbar, und alle bisherigen Untersuchungen konzentrierten sich ausschließlich auf überlebende Unternehmen. Die Arbeitsplatzausfälle durch Pleiten, an denen kleine, junge Unternehmen in den letzten Jahren den Löwenanteil hatten, bleiben also unberücksichtigt. Daß sie ein durchaus beachtenswertes Gegengewicht ausmachen könnten, wird mit der durchschnittlichen Zahl von zehn bis 13 verlorenen Arbeitsplätzen je Unternehmen insoweit noch unterstrichen.

Zudem ist, so die kritische Anmerkung des Autors Norbert Irsh, ein schneller Belegschaftswachstum nicht unbedingt ein Zeichen größerer Leistungsfähigkeit. Es könne genau-

sogut bedeuten, daß größere Unternehmen erfolgreicher nach arbeitsparenden Prozessinnovationen und Rationalisierungsmöglichkeiten gesucht hätten, oder daß die kleineren in stärkerem Maße zur Teilleistung übergegangen seien. Fazit: „Die Beschäftigtenentwicklung ist als unternehmerisches Erfolgskriterium von nachgeordneter Bedeutung.“

Aber auch anhand anderer Kenngrößen vermag Irsh die besondere Dynamik kleinerer Wirtschaftseinheiten nicht so recht zu entdecken. So sei zum Beispiel der Anteil der großen Unternehmen am Umsatzkuchen der Gesamtwirtschaft von 37 Prozent im Jahr 1970 auf 49 Prozent im Jahr 1982 stetig gewachsen. Allerdings gilt auch hier eine Anmerkung, die der Autor zur Beschäftigungsentwicklung macht:

Selbst, wenn vor allem kleine Unternehmen in den 70er Jahren zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hätten, müßte sich dies nicht zwangsläufig in höheren Beschäftigtenanteilen der Gruppe der kleineren Unternehmen niederschlagen, da die dynamischen unter ihnen möglicherweise in höhere Größenklassen abgewandert sind.“ Im Klartext: Viele der wirklich erfolgreichen Mittelständler der 70er Jahre sind heute gar keine mehr, ein zu-

sätzliches Problem jeder statistischen Analyse zu diesem Sachverhalt.

Auch von der überdurchschnittlichen technischen Kreativität und der Innovationsleistung, die den Unternehmen-Davids gerne nachgesagt wird, hält Irsh nicht allzu viel: „Zwar sind in Einzelfällen und vor allem in bestimmten Branchen kleine Unternehmen auf diesen Gebieten zu außerordentlich hohen Anstrengungen fähig, und sie erzielen dann auch entsprechende Erfolge. Für die überwiegende Mehrheit trifft dies jedoch nicht zu.“

bleibt noch die wahre Meßlatte allen unternehmerischen Erfolgs, die Rendite. Doch auch hier sieht es für die Mittelständler eher trübe aus. Zwar verdienen sie nach wie vor besser als große Unternehmen. Indessen: „Ihr Rentabilitätsvorsprung ist deutlich, wenn auch nicht völlig abgeschmolzen.“

Insgesamt also hat sich die gesamtwirtschaftliche Position der Mittelständler in den letzten Jahren eher verschlechtert. Die „tatsächliche wirtschaftliche Macht“ der großen und größten Unternehmen dagegen dürfte, so Irsh, „aufgrund von Kapitalbeteiligungen, personellen Verflechtungen und Lieferabhängigkeiten noch wesentlich stärker zugenommen haben.“

„Rotaprint-Konkurs unvermeidlich“

VWD, Hamburg

Der Zusammenbruch von Rotaprint GmbH, Berlin, ist nach Auffassung des Hamburger Rechtsanwalts Gerd Weiland unvermeidlich. Er erklärte, der Konkursantrag dürfte in den nächsten Tagen gestellt werden.

Die Entscheidung des Senats, bis zur Vorlage eines überzeugenden Sanierungskonzepts keine weiteren Hilfen zu gewähren, nannte Weiland unvermeidlich. Die von Senator Pieroth vermittelten Detailinformationen könne das Unternehmen in absehbarer Zeit nicht erstellen. Ob die Betriebsstätte Königsbrunn in Niedersachsen mit 160 Arbeitsplätzen und die übrigen Firmen erhalten bleiben könnten, sei zur Zeit ungewiß.

Weiland hat ein Konzept erarbeitet, das nach seinen Angaben durch eine Straffung von Produktion und Organisation die Sanierung der Gruppe und die Erhaltung von rund 800 Arbeitsplätzen in Berlin sicherstellt.

„Phosphatfrei“ setzt sich durch

dpa, Düsseldorf

„Sehr zufrieden“ ist die Düsseldorf-KG&A mit dem phosphatfreien „Perall“. Sechs Monate nach der Einführung des Produkts verlassen bereits sechs von zehn Paketen der führenden deutschen Waschmittelmarke das Werk als „phosphatfrei“. Damit hat sich dieses Waschpulver nach dem Urteil der Henkel KG&A „am Markt durchgesetzt“.

Phosphatfreie Waschmittel hatten Ende Mai in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 26 Prozent erobert, davon kamen fast zwei Drittel von Henkel. Und mit einem Anteil von 39 Prozent liegt das neue Perall auch unter den phosphatfreien Saubermachern an der Spitze.

Bei einer insgesamt stark verringerten Phosphatbelastung stammt nach Henkel-Angaben nur noch ein Viertel der Phosphatmenge aus Waschmitteln, 1978 hatte dieser Anteil noch 40 Prozent betragen.

Renditetief ist nicht in Sicht

Leicht abwärts gerichteter Zinstrend zu erwarten

Wenn auch das Renditetief von Mitte April (5,35 Prozent) noch längst nicht in Sichtweite ist, spricht doch einiges für einen leicht abwärts gerichteten Zinstrend: niedrigere Ölpreise und stabiler Preisindex, geringere Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch allzu hohe Brutto-Kapitalauf-

nahmen, die stärkere Position der DM im EWS. Die Geldmengenzuwicklung kann – kehrt sie in den Zielkorridor zurück – der Bundesbank Spielraum schaffen, über niedrigere Sätze bei den Wertpapierpensionsgeschäften das Terrain für Leitzins-Senkungen vorzubereiten. (Fy.)

Emittenten	18.7.	11.7.	30.12.	28.12.	30.12.
86	86	85	85	84	83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,49	5,33	5,21	5,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,86	5,90	5,34	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,62	5,64	5,90	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,99	5,91	6,31	6,94	8,29
Kreditanstalten u. Körperschaften	5,66	5,66	5,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,31	5,30	5,64	6,24	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,39	6,30	6,72	7,14	7,90
Inländische Emittenten insgesamt	5,66	5,67	6,03	6,94	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,44	6,44	6,82	7,20	8,08

Alfa Romeo mit Ford einig

dpa/VWD, Mailand

Die Mailänder Automobilgesellschaft Alfa Romeo und sein potentieller Partner, der US-Konzern Ford, haben sich über die möglichen Formen einer Zusammenarbeit geeinigt. Dies verlautete aus gut unterrichteten Kreisen in Mailand. Beide Firmen hatten vor zwei Monaten vereinbart, spätestens am 21. Juli die Machbarkeitsstudie für eine Kooperation beziehungsweise eine Beteiligung von Ford an Alfa Romeo abzuschließen.

Wie es heißt, sollen sich Alfa Romeo und Ford nicht nur über die Form der industriellen Kooperation,

sondern auch über die finanzielle Verflechtung bereits in Einzelheiten geeinigt haben. Der US-Konzern soll sich dabei damit einverstanden erklärt haben, sich zunächst mit einer 40-Prozent-Minorität zu begnügen. Gegenwärtig ist das Alfa-Romeo-Kapital zu 84 Prozent in der Hand der IRI-Bereichsholding Finmeccanica und zu 16 Prozent in der Hand der Staatsabteilung IRI selbst.

Im industriellen Bereich sollen die beiden potentiellen Partner vereinbart haben, die Alfa-Romeo-Produktion von jetzt unter 200 000 auf über 400 000 Stück jährlich mehr als zu verdoppeln. Jeweils die Hälfte davon soll auf das Norditalienwerk Arese bei Mailand und das Süditalienwerk Pomigliano d'Arco bei Neapel entfallen. Zumindest anfangs sollen davon 75 Prozent auf Autos mit der Marke Alfa Romeo entfallen, während der Ford-Anteil erst in einer zweiten Phase angehoben werden soll.

Grünes Licht für eine eventuelle Ford-Beteiligung müssen nicht nur die Staatsabteilung IRI und das Staatsbeteiligungsministerium erteilen, sondern auch die Regierung.

Jeden Samstag in der WELT

Schon mal was von Polymathie gehört?

Gerade in der Finanzberatung dürfen Sie von der Berliner Bank Polymathie erwarten. Denn ein vielseitiges Universalwissen – und nichts anderes heißt Polymathie – ist das Erfolgsrezept all unserer Niederlassungen direkt vor Ort.

Das liegt daran, daß bei uns jede Niederlassung mit selbständigen Fachabteilungen ausgestattet ist. Die dortigen Experten für das Kredit-, Devisen-, Wertpapier- oder Auslandsgeschäft beraten Ihr Unternehmen effizient und kompetent. Daß dieses vielseitige Know-how Ihnen ständig direkt zur Verfügung steht, garantiert kurze Wege sowie eine umfassende, wirkungsvolle Betreuung.

Und nicht zuletzt hat solch professionelle Polymathie dazu geführt, daß die Berliner Bank mit einer Konzernbilanzsumme von 27 Mrd. DM heute eine der größten privaten Geschäftsbanken Deutschlands ist.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden kann.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN · DÜSSELDORF · FRANKFURT · HAMBURG · HANNOVER · MÜNCHEN · STUTTGART · LONDON · LUXEMBURG



TENNIS / Federation-Cup der Damen in Prag: Martina Navratilova umjubelt, deutsche Mannschaft greift morgen ein

Hinter dem neuen Stadion pfeifen die Lokomotiven

H. J. POHMANN, Bonn
Bereits gestern begann in Prag mit den Qualifikationsspielen der Federation-Cup der Tennis-Damen, der mit dem Davis-Pokal bei den Herren vergleichbar ist. Die deutsche Mannschaft wird erst morgen ins Geschehen eingreifen. Erster Gegner wird der Sieger der Partie Belgien gegen Finnland sein.

Was bereits vor den Spielen als großer Erfolg bezeichnet werden kann, ist das neugebaute Stadion im Státní tenisový klub. Am 9. Mai wurde der Centre Court im 1893 gegründeten Klub offiziell vom Cheforganisator, dem ehemaligen Wimbledon-Sieger Jan Kodeš, eröffnet. Unter dessen Anleitung entstand ein Tenniszentrum, das in den kommunistischen Ländern einmalig ist.

Für 110 Millionen Kronen (offizieller Wechselkurs: ein Dollar = neun Kronen) stampten die Prager Ver-

der teilweise fanatischen Besucher zwischen den Ballwechseln bis hin zu den Lokführern auf dem benachbarten Rangierbahnhof (sie lassen in kritischen Situationen schon mal die Sirenen ihrer Lokomotiven aufheulen) wird hier der Heimvorteil bis zum letzten Ball voll ausgenutzt.

Eine Erfahrung, die auch das deutsche Team noch machen muß. Obwohl Steffi Graf, Claudia Kohde-Kilsch, Bettina Bunge und Claudia Porwik vor einem eventuellen Finale gegen die CSSR erst im Halbfinale gegen die USA mit Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd gewinnen müssen. Diese Auslosung war auch Diskussionsthema im deutschen Team, das sich ungerecht behandelt fühlt. Denn das DTB-Team wurde lediglich auf Platz drei gesetzt. Nur wurden dabei wohl in der Führungsetage des DTB die vergangenen zwei Jahre vergessen.

Da wurden zwar für die Wettbewerbe in São Paulo und Nagoya jeweils die stärksten Teams gemeldet, am Start war dann jedoch, speziell nach der vorjährigen amateurlastigen Vorbereitung, nur die dritte Kategorie. Ein Umstand, der in Japan sogar zu einem Antrag der Schweden führte, die Bundesrepublik für zwei Jahre vom Wettbewerb auszuschließen. Nur dank des damaligen Teamchefs Jürgen Fassbender konnte derlei Mißgeschick abgewendet werden: „Ich habe zwei Tage lang auf die Verbände eindringen müssen, dann endlich war unsere Teilnahme gesichert.“

Doch bis nach 1982 (damals gab es im Finale eine Niederlage gegen die USA) ist in Prag wirklich die stärkste deutsche Mannschaft aufgetreten. Und es hat sich gezeigt, daß es noch etliche Gespräche zwischen den Aktiven und dem DTB. Dabei entwickelte Sportwart Dr. Peter von Planer das richtige Gespür und die richtige Sprache, um die Individualisten zum gemeinsamen Start zu bewegen. Nach einem Trainingslager im Tausch scheint dann auch für die Öffentlichkeit alles unternommen worden zu sein, um Kritiken vorzubeugen.

Nett aufgetreten präsentierten sich die vier Mädchen einmal bei SAT 1 während eines Trainingsspiels oder beim ZDF im Studio. Immer wieder wurde die gute Stimmung hervorgehoben, und daß „die Sache mit dem Doppel noch reifen muß“.

Doch ganz so positiv war es wohl im Trainingslager nicht. Denn Teamchef Klaus Hofmann steckte die Fronten in der „Welt am Sonntag“ klar ab: „In diesem Jahr werden wir den Pokal nicht gewinnen.“

In der Tat sieht es im Team des DTB mit der Weltweitenglistenspielerin Steffi Graf gar nicht so rosig aus, wie es scheinen mag. Zu schwach spielte Claudia Kohde-Kilsch (Fünfte der Computerrangliste) auf den Grand-Slam-Turnieren in Paris und Wimbledon, um die junge Steffi Graf im Doppel mitreißen zu können. Im Gegenteil, den entscheidenden Part spielt mittlerweile die 17-jährige Steffi Graf, die schon jetzt die Führungsrolle im Team übernommen hat. Deshalb ist es auch ein Fehler, die sensible Claudia im Doppel auf der ungeliebten Rückhandseite spielen zu lassen. Hier gehört Steffi Graf mit ihrem Selbstvertrauen hin. Sie hätte auch auf der linken Seite die Chance, bei ihren Aufschlagreturs ihre Rückhand zu umlaufen und die Vorhand bei entscheidenden Bällen einzusetzen.

Über mangelnden Zuschauerzuspruch wie im vergangenen Jahr im japanischen Nagoya müssen sich die ITF-Funktionäre diesmal nicht sorgen. Die letzten drei Tage sind trotz der für den Normalbürger nicht zu erschwingenden 160 Kronen teuren Tickets ausverkauft.

Was ein ausverkauftes Stadion in Prag für die Heimmannschaft wert sein kann, ist für den Außenstehenden immer wieder erstaunlich. Angefangen vom rhythmischen Klatschen



Martina zu Hause bei Vater Miroslav und Mutter Jana. Der Fotograf der staatlichen Agentur CTK hatte nur kurz Zutritt.

FOTO: AP

Blumen am Flugplatz, Fotograf im Wohnzimmer

Der Duft von Blumen erfüllte die Luft, die Ankunftsfläche des Flughafens war überfüllt. Eine Atmosphäre herzlicher Neugier war zu spüren, als Martina Navratilova in ihre Heimat zurückkehrte. Elf Jahre nach ihrer Flucht aus der CSSR wurde ihr Landsleute leicht gemacht. Nichts war zu spüren von der frostigen Ablehnung, die einigen ebenfalls in den Westen entflochtenen Eishockeyspielern entgegengebracht wurde, als die nach 15-jähriger Abwesenheit erstmals wieder tschechoslowakischen Boden betreten hatten.

Martina Navratilova wurde überaus freundlich empfangen. Obwohl sie als Amerikanerin zurückkehrte. Sie ist damit nicht nur Angehörige eines politischen Gegners sondern kam auch zurück, um in der alten Heimat einen sportlichen Wettbewerb für die neue Heimat zu gewinnen. Eigentlich ist sie also eine Gegnerin in mehrfacher Hinsicht.

Doch ihre sportliche Überlegenheit, ihre Stellung außerhalb jeder Norm und ihr weitgehender Verzicht auf politische Abrechnung mit ihrem Geburtsland haben sie beinahe unantastbar gemacht. Obwohl sie lange Zeit im offiziellen CSSR-Sprachgebrauch als „unerwünschte Person“ galt, wurden sie von mehreren hundert Fans begeistert empfangen. Nicht einmal ihre laut geäußerte Angst („Wer weiß, vielleicht passiert mir etwas in Prag. Was ist zum Beispiel, wenn ich in einen Autounfall verwickelt werde?“) wurde von der CSSR-Bewölkerung als Diskriminierung empfunden.

Statt dessen schlug ihr Wohlwollen entgegen. Alle ihre Aktionen und Äußerungen stießen auf großes Interesse. So drängten sich gestern mittig bei ihrem ersten Training mehr Men-

schen im Státní Stadion als bei den gleichzeitig stattfindenden ersten Qualifikationsspielen.

Sogar die große Rivalin Hana Mandlíková, die wie Martina Navratilova in Prag geboren wurde, sich aber im Gegensatz zu ihr aus Überzeugung zu ihrem Heimatland bekennt, reagierte entgegenkommend: „Ich finde, es ist eine große Sache, daß Martina nach Prag zurückgekehrt ist und ihr Land wieder sieht. Sie soll das Ganze nicht so emotional sehen. Ich weiß aber, daß ihr das alles sehr nahe geht. Ich habe ihr gesagt, denke nicht so viel darüber nach, komm einfach her und spiele.“

Genuß das aber gelang der stets sehr emotional reagierenden Martina Navratilova nicht. Die Katholikin, mit der sie sich auf den Tennisplätzen der Welt zur absoluten Nummer Eins hochgespielt hat, wandelt sich außer-

halb des rein sportlichen Handelns genau im Gegenteil.

Ihrer Rückkehr nach Prag hatte sie voll gespannter Erwartung entgegengefeuert. Das Wiedersehen mit den Eltern, zu denen sie auch nach der Flucht ein herzliches Verhältnis aufrechterhalten konnte und die Rückkehr in das Haus, in dem sie aufwuchs, trieben ihr Tränen der Rührung in die Augen. In den Tränen lösten sich ihre Zweifel und Anspannung der letzten Tage. „Natürlich werde ich zu Hause in Brno und nicht im Interconti-Hotel in Prag wohnen“, sagte sie. „Meine Großmutter lebt noch, und außerdem gibt es noch Cousins und Tanten, die ich alle wiedersehen möchte.“ Um wirklich Zeit und Ruhe für ihre Verwandten zu haben, erlaubte sie nur einmal für kurze Zeit einem Fotografen der CSSR-Agentur CTK Zutritt in die Privatsphäre der Familie.

poh/dpa

GOLF / Langer verspielte Spitzenplatz bei Offenen Britischen Meisterschaften. Sein schneller Trost:



Wie rollt und fliegt der Ball bei Stürmböen? Etwas ratlose Nicks von Jack Nicklaus und Bernhard Langer (rechts).

FOTO: AP

„Vater geworden zu sein ist mehr wert als alle Open-Siege zusammen“

GERD A. BOLZE, Turnberry
Bernhard Langer hatte schnell seinen Optimismus wiedergefunden. Und das war leicht, obwohl er in der dritten Runde der Offenen Golf-Meisterschaften von Großbritannien im schottischen Turnberry einen Spitzenplatz verspielt hatte. Langer: „Man kann nicht alles haben. Vater geworden zu sein ist für mich mehr wert als alle Open-Siege zusammen. Aber ich bin sicher, nach dem Masters-Turnier im letzten Jahr gewinne ich auch diese Open in Großbritannien irgendwann einmal. Am liebsten wäre ich gestern abend noch heimgefliegen nach Augsburg, um meine Frau Vikki und meine Tochter Jackie Carol zu sehen.“

Ein Sieg in Turnberry war nur noch Wunschdenken, nachdem der 28-jährige alte Weltklasse-Spieler aus Anhausen in Sturm, Regen und Kälte nach 72 und 70 Schlägen mit enttäuschenden 76 bei allerdings sehr schwerem Par 70 auf den achten Rang zurückgefallen war.

Langer, immer noch Zweiter der Welttrangliste, kommentierte seine Chancen vor der letzten Runde so: „Ein Platz unter den ersten fünf ist Realität, ein Sieg bei sieben Schlägen Rückstand auf den führenden Greg Norman nur noch Utopie.“ Die Tage von Turnberry bestätigten eine alte Golf-Weisheit: Auch Weltstars ergeht es nicht anders als den Millionen Wochenend-Golfern. Spielen sie gut, dann ist der Platz prima, golfen sie schlecht, war meistens der Platz schuld oder das Wetter.

Vor Meisterschaftsbeginn nach den unter besten Witterungsbedingungen durchgeführten Übungsstunden war die einhellige Meinung der namhaften Cracks: „Ein enorm schwerer, aber ein sehr fairer Platz – das Par 70 wird schwer zu spielen sein.“ Als dann in der ersten Runde in der plötzlich eingebrochenen Kälte (nur noch 10 Grad Celsius) die Stürmböen bis Windstärke acht alle Messungen und Aufzeichnungen über Schlaglängen und zu benutzenden Schläger wegbliesen, die Ergebnisse in die Höhe trieben und eine Par-Runde des kleinen Ian Woosnam (Wales) das Beste war, da blieb in den Kritiken vom angeblich fairen Platz nicht mehr viel übrig.

So klagte der favorisierte Severiano Ballesteros nach seinen 76 Schlägen (der Spanier wirkt oft nicht nur arrogant, er ist es auch) über die viel zu lange Spieldauer von über fünf Stunden und vor allem über den unmöglichen Platz. Da schimpften viele über viel zu enge Spielbahnen von

teils nur 25 Meter Breite. Oder über das viel zu hohe Gras (das sogenannte Rough) an den Spielbahnrändern, in dem man sich beim Herausziehen des Balles die Handgelenke zerren mußte, falls der Ball überhaupt zu finden sei.

„Einige Grün sind hier breiter als die Spielbahnen“, klagte auch Bernhard Langers Trainer Willi Hofmann. „Unmöglich, daß man aus Sicherheitsgründen, um nicht ins Rough zu kommen, vom ersten und 18. Abschlag nur einen Eisenschläger nehmen muß“, kritisierte der schon legendäre US-Masters-Champion Jack Nicklaus (USA).

„Ein brutaler Kurs“, hatte sogar der 31-jährige Australier Greg Norman nach seinen 74 Schlägen geäußert. Norman, den sie wegen seiner weiß-blonden Haare, seiner scharfen Worte und seiner gewaltigen Golfschläge den „großen weißen Hai“ nennen, gelang aber tags darauf auf diesem angeblich „brutalen“ Platz, diesmal bei fast Windstille, mit sagenhaften 63 Schlägen ein Platzrekord. Hatte er auf dem letzten Grün das Loch nicht zu stark stackiert und drei Putts zum Einlochen des Balles gebraucht, er hätte sogar den Open-Rekord (63) gebrochen. Einen Eagle und acht Birdies, aber auch drei Bogeys registrierte Norman auf seiner Zählkarte. Er spielte wie im Rausch und rief die fast 28 000 Zuschauer immer wieder zu Beifallstürmen hin.

Danach war dann von dem Australier, der in Florida lebt und die diesjährige US-Geldgewinnliste mit der Rekordsumme von rund 548 000 Dollar anführt, kein Wort mehr über einen „brutalen Platz“ zu hören. Es war wieder ein „sehr schwerer, aber durchaus fairer Kurs“. Auch Weltstars reden halt nicht anders als Wochenend-Golfer.

Wie schwer es auch die Favoriten in diesen Meisterschaften unter den erschwerten Bedingungen hatten, bewiesen drei prominente Namen für viele: Mit je 151 Schlägen mußten der schottische Titelverteidiger Sandy Lyle (78-73), der bis dahin am höchsten dotierte Severiano Ballesteros (78-75) und Jack Nicklaus (78-73) so gar um das Weltspieltitel zittern. Sie schafften gerade noch 151 Schläge, die dazu ausreichten, zu den besten 77 der 153 Teilnehmer zu gehören, die zu den letzten 36 Löchern antreten durften. Zu den prominentesten Ausgeschiedenen gehörten mit je 152 Schlägen die Amerikaner Rogers als Open-Sieger 1981 (80-72), Kite (78-74) und Miller (75-77).

NACHRICHTEN

DFB gründet Hilfswerk

Duisburg (dpa) – Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat ein Hilfswerk für bedürftige mexikanische Kinder gegründet. Dies gab in Duisburg der Delegationsleiter der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Mexiko, Egidius Braun (Aachen), bekannt.

Titel an Kühn und Kiliat

Monheim (dpa) – Albin Kiliat (München) und die Aachenerin Monika Kühn gewannen die ersten Titel bei den deutschen Meisterschaften der Wasserspringer in Monheim. Mit 683,06 Punkten errang Kiliat vom Drei-Meter-Brett seinen 17. Titel bei nationalen Meisterschaften.

Bronze für Jugoslawien

Madrid (sid) – Die Basketball-Nationalmannschaft von Jugoslawien erkämpfte sich bei der Weltmeisterschaft in Spanien den dritten Rang. Sie besiegte Brasilien mit 117:91. In der Begegnung um den siebten Rang besiegte Israel den Olympia-Vierten Kanada mit 97:84.

Olafsson nach Düsseldorf

Düsseldorf (dpa) – Handball-Bundesligaklub TuRu Düsseldorf verpflichtete den Isländer Páll Olafsson (26). Olafsson absolvierte für Island 102 Länderspiele und erzielte in der letzten Saison für den Bundesligaaufsteiger Grünweiß Dankersen 101 Tore.

Becker sagt ab

Bozen (sid) – Der zweifache Wimbledon-Sieger Boris Becker hat seine Teilnahme an dem mit 220 000 Dollar dotierten internationalen Tennis-Turnier in Boston (21. bis 27. 7.) abgesagt. Der 18-Jährige als Leiharbeiter laboriert laut Angaben der Organisatoren an einer Knieverletzung.

Frankie Sloothaak siegte

Tiruchengode (dpa) – Sieger im Großen Preis von Tiruchengode (Oberplatz) wurde der Mühliener Springreiter Frankie Sloothaak. Nachdem Sloothaak in der mit 60 000 Mark dotierten S-Pflicht in zwei Umläufen mit seinem reitfähigen Holsteiner Farmer fehlerlos blieb, verwies er im Stechen den ebenfalls fehlerfreien Norbert Nussoll aus Damm auf Platz zwei (38,09 Sekunden) auf Platz zwei.

Basketball-Angestellte

Hagen (dpa) – Die Basketball-Bundesliga-Mannschaft des SSV Hagen wird künftig nicht mehr im Hauptverein, sondern als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb geführt. Dies beschloß die Abteilungsversammlung des Bundesligaklubs, der damit die Konsequenzen aus der Aberkennung der Gemeinnützigkeit für den 1300 Mitglieder starken Hauptverein zog. Im Februar dieses Jahres hatten Steuerfahnder Verträge gefunden, aus denen hervorging, daß einige Bundesliga-Spieler von ortsnahen Unternehmen entlohnt wurden.

Spielerwechsel nach Asyl

New York (sid) – Der CSSR-Eishockey-Nationalspieler Frantisek Musil wird zukünftig bei den Minnesota North Stars in der nordamerikanischen Profi-Liga spielen. Musil soll einen Mehrjahresvertrag unterschreiben haben. Der 31-Jährige alte Verteidiger hatte in der Botschaft der USA in Belgrad um politischen Asyl gebeten und war am gleichen Nachmittag mit dem Generalmanager der North Stars Lou Nanne über London in die Vereinigten Staaten geflogen.

Ringer setzen Signal

Schiffersstadt (sid) – Die Junioren-Weltmeisterschaften der Ringer in beiden Stilarten in Schiffersstadt setzen neue Zeichen für den internationalen und besonders für den olympischen Sportverkehr. Mit der Teilnahme der Mannschaft aus beiden Teilen Koreas, die in der Länderwertung des freien Stils die Plätze vier (Nordkorea) und sechs (Südkorea) belegten, wurde auch ein Signal für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul gesetzt.

Nilsson bleibt in Köln

Köln (sid) – Der deutsche Eishockey-Meister Kölner EC hat den Vertrag mit seinem schwedischen Trainer Hardy Nilsson um drei Jahre bis 1989 verlängert. Der 39-Jährige führte das Kölner Team in der letzten Saison in seinem ersten Trainerjahr in der Bundesliga auf Anhieb zum vierten Titelgewinn.

Keine Kunstwettbewerbe

Athen (sid) – Die Internationale Olympische Akademie hat auf ihrer 26. Session abgelehnt, wieder olympische Kunstwettbewerbe einzuführen. Zwischen 1912 und 1948 waren Kunstwettbewerbe beständig, wenn auch weitgehend unbedeutender Bestandteil der Olympischen Spiele. Sie litten vor allem unter dem niedrigen Niveau der teilnehmenden Künstler und den ungelösten Bewertungsproblemen der Jury.

Sieg für Stepanek

Travemünde (dpa) – Der Berliner Alexander Stepanek gewann das mit 25 000 Dollar dotierte Tennisturnier von Travemünde durch ein 6:2, 6:0 über den Australier Karl Limberger.

Für Trainer steht der Meister schon fest: München

Bis zum Start der Fußball-Bundesliga am 8./9. August bleibt den Klubs noch ausreichend Zeit, in Form zu kommen, die Kondition aufzubessern und die richtige Zusammensetzung der Mannschaft zu finden. Was immer auch noch alles getan wird: Für die meisten der 18 Trainer steht bereits jetzt schon fest, wer am Ende der Saison Meister sein wird. Für 13 Bundesligatrainer heißt der neue deutsche Fußballmeister wieder Bayern München. Am ehesten wird wieder Bremen zugeordnet, den Münchnern den Kampf um den Titel zu erschweren.

Wie noch in jeder Saison gehen die Bayern auch diesmal davon aus, daß sie ganz vorne landen werden. Der erfolgreiche Trainer Udo Lattek hat sich in seinem 22. Trainerjahr selbst das hohe Ziel gesetzt: „Ich will mit dem FC Bayern den Hattrick schaffen.“ Der 51-Jährige alte Trainer wurde bereits mit den Münchnern (1972 bis 1974) und mit Mönchengladbach (1975 bis 1977) dreimal hintereinander Meister.

Wie bereits im Vorjahr erwartet Udo Lattek einen Zweikampf mit den Bremern. Allerdings räumt er auch Uerdingen, Stuttgart und Hamburg gute Titelchancen ein. Sein Bremer Kollege Otto Rehagel glaubt: „Neben Bayern und Werder kommen auch Uerdingen, Gladbach, Stuttgart und Leverkusen für

den Titel in Frage.“ Eindeutig für die Bayern sprachen sich diese 13 Trainer aus: Feldkamp (Uerdingen), Coordest (Stuttgart), Ribbeck (Leverkusen), Gerland (Bochum), Schaafstall (Schalke), Bongartz (Kaiserslautern), Höher (Nürnberg), Keßler (Köln), Brei (Düsseldorf), Weise (Frankfurt), Saffig (Dortmund), Fuchs (Hamburg) und Hoss (Blau-Weiß 90 Berlin).

Den mutigsten Tip gab Klaus Schlappner ab, ohnehin bekannt für markante Sprüche. Der Mannheimer Trainer sagt diesen Ausgang voraus: „Ich räume Uerdingen und Stuttgart die größten Titelchancen ein. Beide Teams sind ausgewogen und haben sich gezielt verstärkt.“ Dagegen war Ernst Happel, kein Freund solcher Spielereien, einmal mehr zugeknöpft. Der Hamburger Trainer ließ sich gerade diesen Satz entlocken: „Das interessiert mich nicht. Ich gebe keinen Tip ab.“

So sehr verführerisch Vorhersagen auch immer sein mögen, die Bundesliga-Szene ist ständig in Bewegung. Am Wochenende hat es noch einmal einen nicht uninteressanten Transfer gegeben. Auch melden die Klubs schon die ersten schlimmeren Verletzungen nach den zahlreichen Vorbereitungsspielen. Und schließlich wurde auch wieder im Interotto-Wettbewerb gespielt – jedoch ohne bemerkenswerte Erfolge.

Schalke 04 hat mit Bernd Grabosch von Fortuna Köln einen Spieler verpflichtet, der in der letzten Saison in der Zweiten Liga zu den stärksten Mittelfeldspielern zählte. Die Schalcker zahlten eine Ablösesumme von 350 000 Mark. Grabosch unterschrieb einen bis zum 30. Juni 1988 datierten Vertrag. Im Gegenzug wurden die Schalcker auch ihren Mittelstürmer Dieter Schatzschneider los, der an den Kölner Zweitligaklub ausgetauscht wurde. Schatzschneider, in Hamburg und Schalke gescheitert, spielte bereits 1983 in Köln.

Bernd Grabosch ist nach Wegmann (Dortmund), Hannes (Gladbach), Jugendnationalspieler Prus (Rheine) und Bistram (Kiel) der fünfte Zugang. Die Schalcker investierten insgesamt 2,75 Millionen Mark für Verstärkungen. Viel Glück scheinen die Schalcker aber bisher noch nicht mit ihren Neuverpflichtungen zu haben. Denn Hannes pausiert mit einer Wadenzerrung, und Jürgen Wegmann fällt wegen eines Mittelfußbruchs mehrere Wochen aus.

Pech auch für den Verteidiger Dirk Schlegel vom Bundesliga-Aufsteiger Blau-Weiß 90 Berlin. Der vom VfB Stuttgart nach Berlin gewechselte Schlegel fällt für mindestens drei Monate aus. Bei einem Freundschaftsspiel in Hof zog er sich nach einem Zusammenprall ei-

nen Innenband- und Außenbandriß am rechten Knie zu.

Uerdingens Trainer Karl-Heinz Feldkamp dagegen bangt um seinen Stürmer Wolfgang Schäfer, der mit Verdacht auf einen Jocheinbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Schäfer zog sich die Verletzung beim Interotto-Spiel bei Lausanne Sports zu. In der Schweiz blismierten sich die Uerdinger beim 0:2 ebenso wie die weiteren drei DFB-Klubs in diesem internationalen Wettbewerb. Nach dem 3:4 beim holländischen Zweitligaklub Nijmegen muß Fortuna Düsseldorf ebenso wie der rheinische Nachbar aus Krefeld um den Gruppensieg und die damit verbundene Prämie von 15 000 Schweizer Franken bangen.

Düsseldorf kann Platz eins mit einem Sieg am Mittwoch über den FC Lüttich noch aus eigener Kraft schaffen, Uerdingen ist dagegen auf die Schützenhilfe von Standard Lüttich gegen den „DDR“-Vertreter Union Berlin angewiesen.

Den Gruppensieg verspielt hat Bundesliga-Absteiger Hannover 96 durch eine 0:1-Niederlage bei Legia Warschau. Das 1:3 des 1. FC Saarbrücken beim schwedischen Meister Örgryte Göteborg bedeutete dagegen die fünfte Niederlage im sechsten Spiel für den Bundesliga-Absteiger. Vor 1000 Zuschauern boten die Saarbrücker eine enttäuschende Vorstellung.

Pankraz, Jean Paul und der Stoßverkehr

Ein neuer Autokleber schiebt sich störend ins Straßenbild. Er zielt vor allem Heckscheiben und trägt die Aufschrift „I like Genuß sofort“. Das dümmliche Pidgin-Deutsch der Parole, ursprünglich eine Reklame für Nescafé, ist geeignet, Aggressionen freizusetzen. So mancher Verkehrsteilnehmer mag versucht sein, das Fahrzeug des jeweiligen Bekenntners hinterücks zu rammen, um diesem zum „sofortigen Genuß“ eines Auffahrunfalls zu verhelfen.

Aber nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt des Aufklebers mutet töricht an, so daß man sich über seine Häufigkeit wundern muß. Genuß und Sofortigkeit schließen sich nämlich weitgehend aus, wie schon das Kind weiß, das sein Eis mit Bedachtigkeit schleckt. Der Genuß des ersten Schmelkes ist umso größer, je länger das Kind auf die Eiswafel hat warten müssen, und der zweite, dritte und vierte Schleck steigern den Genuß an der Sache noch beträchtlich, so daß es gilt, nicht zu gierig zu sein.

Mit der Struktur „erwachsener“ Genuße verhält es sich nicht anders. Wenn man ihn sofort und ohne alle Anstrengung habhaft werden kann, sind sie keine, und wenn man sie einmal hat, kommt es darauf an, sie zu strecken und hinauszuziehen, sie ihrer Sofortigkeit zu entkleiden, damit sie sich auch wirklich genießen lassen. Die ganz raffinierten Genießer sind sogar der Meinung, daß der größte Genuß erst im Nachhinein eintritt, daß man erst „danach“ sagen kann, ob man eine Sache tatsächlich genossen hat oder nicht. „Die Probe eines Genusses“, sagt Jean Paul, „ist seine Erinnerung“.

Aber was ist das überhaupt, ein Genuß? In einem psychologischen Lexikon findet Pankraz die Definition: „Unmittelbare Stellung einer Begierde, besonders der Begierde nach Verbotenen, Süßem oder Narkotisierendem“. Das erscheint ihm denn doch allzu kurz gefasst. Man kann ja alle möglichen Sachen genießen, auch Immaterielles, auch Situationen, Maßnahmen, Lebenslagen. Und auch mit der behaupteten Unmittelbarkeit ist es in vielen Fällen nicht weit her. Wenn einer zum Beispiel seine Karriere, sein glückliches Familienleben oder sein gesundes, behagliches und finanziell abgesichertes Alter genießt, dann ist das eindeutig ein langer, durch vielerlei Umstände vermittelter Prozeß.

Der unmittelbare, sofortige Genuß scheint vor diesem Hintergrund eher eine spezielle Form existenzieller Qual zu sein. Moment einer fatalen Daseinsdialektik. „So taumel ich von Begierde zu Genuß! Und im Genuß vermachte ich nach Begierde“, seufzt Faust, und er sieht dabei keinesfalls sonderlich glücklich aus. Von außen betrachtet wirkt er sogar abstoßend und mit-leiderregend. „Genießen macht gemein“, konstatiert derselbe Faust im zweiten Teil von Goethes Drama und meint damit genau jenen schnellen Genuß mit anschließendem Katzenjammer.

Der erwähnte Jean Paul hat in seinem Erziehungsheftlein „Levana“ geschrieben: „Jeder Genuß, und zwar der feine eines Kunstwerks, gibt dem Menschen eine selbstische Gebärde und entzieht ihm Teilnahme. Daher ist er nur

Bedingung eines Bedürfnisses, nicht der Tugend. Hingegen Heiterkeit – der Gegensatz des Verdrußes und Trübsims – ist zugleich Boden und Blume der Tugend. Denn Tiere können genießen, aber nur Menschen können heiter sein.“

Die Entdeckung der Heiterkeit als Widerpart des Genusses war zweifellos ein großer Wurf Jean Pauls. Pankraz würde indessen nicht so weit gehen, dem Genuß jegliche höhere Aura abzusprechen und ihn ins Reich des bloß Tierischen zu verweisen (übrigens mißtraut er auch der Kategorie des „bloß Tierischen“). Ein Leben ohne Phasen reinen Genießens ist gar nicht vorstellbar. Auch die Bibel (Jesus Sirach, 14,14) empfiehlt, Gelegenheiten zu „erlaubtem Genuß“ nicht ungenutzt vorbeigehen zu lassen. Es gibt zudem Formen des Genießens, die sich jedes behagliche Schmecken versagen, die sich in einer hochbewußten, empathischen Wahrnehmung des Daseins erfüllen und die damit selbst schon von höherer Heiterkeit zeugen.

Auch sie sind freilich ausschließlich auf Verbrauch des Daseins und auf Unterscheiden sich genau dadurch negativ von der Heiterkeit des grundsätzlich nicht zu befriedigenden Strebens und Sehns, der höchsten, göttlichsten Form der Heiterkeit. Nur sie ist davor gefeit, jemals stockig oder sauer zu werden, nur sie kennt kein Ende, sondern immer nur Neuanfang, nur in ihr kann sich der Mensch ganz weggeben, ohne dabei ins Nichts zu fallen. Daß der Hedonismus, die Philosophie der perfekten Genußbefriedigung, das unerfüllbare Streben ausblendet, macht seine Schwäche aus und rückt auch noch seine größten Vertreter, Epikur und Schopenhauer, letztlich in die zweite Reihe der großen Nachdenker.

Viel wäre allerdings schon gewonnen, wenn unsere heutigen „I-like-Genuß-sofort“-Hedonisten wenigstens auf Epikur und Schopenhauer hören. Sie würden dann unaufgefordert, das in jedem Ding mehr Genuß erjagt als genossen wird, daß der höchste Genuß in Gesundheit und Schmerzlosigkeit liegt und daß im selben Maße, in dem die Genüsse zunehmen, die Empfindlichkeit für sie abnimmt, weil das Gewohnte nicht mehr als Genuß empfunden wird („Welt als Wille und Vorstellung“, II,4, Kap. 49).

Oder sollte sich Pankraz mit den Autoklebern völlig getäuscht haben? Befänden sie sich etwa auf dem höchsten Erkenntnisstand? Ist mit ihnen gemeint, daß man sich über die Fragwürdigkeit üblicher Genüsse durchaus im klaren ist und daß man sich deshalb nicht mehr auf den Genuß eines erschreckenden Drinks zur „Happy Hour“ werten mag, sondern seinen „Genuß“ „sofort“, nämlich jetzt und hier im abendlichen Stoßverkehr, haben will? In diesem Fall wäre bei den übrigen Verkehrsteilnehmern höchste Vorsicht geboten. Denn Genießer von Stoßverkehr fahren überaus riskant.

Pankraz



Frühstück bei Möhring: Berlin, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße, zur Sommerzeit

Die großen Straßen der Welt (I): Berlins Kurfürstendamm, Caféhaus und Laufsteg des Weltgeistes

Er fängt gleich „ne Numma jröBa“ an

Die einst von Baudelaire beschworene Gestalt des „Flaneurs“ ist nicht ausgestorben. Nach wie vor behaupten die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen ihren festen Platz im Reiseprogramm professioneller Weltenbummler und Kunstfreunde. – In einer kleinen sommerlichen Serie stellen wir ab heute in loser Folge Große Avenuen und Prachtboulevards in Europa und anderswo vor. Den Anfang macht der Kurfürstendamm in Berlin.

Boulevard der Dämmerung – „Spekulationsplatz“ – „Laufsteg des Weltgeistes“ – Berlins größte Caféhaus – Die Synonyme für Berlins Kurfürstendamm sind so kunterbunt und widersprüchlich wie seine Geschichte. Gerade eben, elf Tage zwischen Juni und Juli, war die 3459 Kilometer lange Hauptstraße des Westteils der Stadt auch noch „Längste Galerie der Welt“, mit Exponaten in rund 140 ihrer Läden, in 45 Galerien und mit 24 leuchtenden Kinoleuchten überdacht. Der Grund: Ein Jahr vor Berlins 750. Geburtstag begehen die für den Kurfürstendamm „mystifizierten“ Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf ihren 100. Geburtstag.

Im Auftrag des Kanzlers Bismarck war im Jahre 1894 ein Teil der ehemaligen Reitstrecke des Kurfürsten Joachim II. zwischen dessen geleitetem, 1549 erbauten Jagdschloß Grunewald und der Stadt, in der er regierte, mit schlesischen Steinen gepflastert worden. Zwei Jahre später dann wurde die Strecke eine „richtige Straße“, wurde freigegeben für die erste Dampfstraßenbahn. Damit war endlich der erste Schritt getan zur Erfüllung von Bismarcks Kabinettsorder vom Juni 1875, für den Westen der neuen Reichshauptstadt eine „respektable Prachtstraße im Stil weltwunderrührender französischer Avenuen“ zu schaffen, etwas Ordentliches für die „bequeme Circulation der Berliner Bevölkerung ins Freie“.

Der Auftrag zur Baugegestaltung ging damals an einen Kaufmann namens Wilhelm Carmern. Der machte sich aber, trotz Bismarcks Unterstüt-

zung, damit nur zum Gespött der Leute, und weil zunächst kein Mensch von besagtem Areal etwas haben wollte, kam es zu der nicht unbedingt prächtig-französischen Breite von 53 Metern, mit zwei rutenbreiten Reitwegen für die preußischen Junker in der Mitte. Erst Anfang unseres Jahrhunderts, nach des Kanzlers Tod, war der Boulevard halbwegs „fertig“. 1904 nahm Bismarck den Kurfürstendamm auf und lobte vor allem das „Café des Westens“.

Schon seit 1882, da Herr von Siemens hier der Welt erstes Elektrizitätswerk einführte und wenig später ein gewisser Buffalo Bill auf dem Grundstück des heutigen „Ku'Damm-Ecks“ Lassoakustische vorführte, sind diese „3,5 km Charme und Chic“ (so die einflussreiche Berlin-Werbung von heute) für jede Menge illustre Namen gut gewesen – auf jeden Fall bis 1933, als der Große Neuvallier der bunten Vielfalt von „Dadaisten, Surrealisten, Linken und Konservativen, Revolutionären und Liberalen“ jäh ein Ende machte.

Hier wohnten Robert Koch und Tilla Durieux, Carl Hagenbeck mit seiner „Indien-Schau“, ein, später Max Reinhardt und Arlberg Wäcker, Thomas Wolfe und Jesse Owens, Max Torgler, die Kollwitz, der Liebermann und der Corinthe, Ernst Deutsch, Fritz Massary und der junge Billy Wilder, der für die „BZ“ schrieb. Man denkt an das „Kabarett der Komiker“ und an Werner Finck, an die Revuen und Lichtspiel-Oasen der Zwanziger, an Cabarets und Theater, Freizeits und Vergnügung in Volksmunde „Café Größenwahn“.

Rasche Metamorphosen waren von Anfang an Charakteristikum des Ku'Dammes, der noch 1913 nur 45 Anwohner mit allerdings kräftig konzentrierten drei Millionen Mark an Vermögen zählte. 1945 waren von den mittlerweile 235 Häusern, von denen kein einziges unversehrt geblieben war, auch nur gerade 43 bewohnt. Doch mit typischer Berliner Schnelligkeit regte sich hier wieder die Lust am Leben, und mit Wehmut denkt

man heute zurück an diese Zeit, an Bruno Fritz bei den „Insulanern“, an die originalen „Stachelschweine“ oder den internationalen Glanz der ersten Filmfestspiele.

Fast sinnbildlich für den Boulevard mag anmuten, daß ihm vorne und hinten stets so etliches an Hausnummern gefehlt hat und heute noch fehlt. Der jetzige Ku'Damm fängt gleich mit 11 an. An die 130 Restaurants und Gaststätten säumen den Boulevard der 390 Bäume und 90 000 Blumen, über 90 Modehäuser und Boutiquen, Pucci und Saint Laurent neben Jeans und Ramsch. Jeweilige drängen sich hier neben großen Autosalons, von denen niemand weiß, warum sie nicht endlich sinnvoll aufgestockt werden. Burger King und McDonalds gibt es hier wie das noble Café Leysier, Wertheim wuchtet hier in den Himmel hinauf, und dort versucht sich Möhring in altem Flair gleich neben Unilever, versteht sich.

Wipperfleid ist nicht mehr da, und die edle Bücherstube Marga Schoeller, einzigartige Fundgrube für noch den kosmopolitischen Intellekt, eine Art deutscher Shakespeare & Co., mußte um die Ecke in die „Kneise“ ausweichen, weil die Miete astronomisch wurde. Die Quadratmeterpreise liegen am Ku'Damm schon um die 3500 Mark, in der Nähe der Gedächtniskirche sogar zwischen 6000 und 8000 Mark.

Wilhelm Hausenstein nannte den Ku'Damm einst einen „gefärbten Garten der Lust“. Solche Visionen erhalten heute einen bitter-ironischen touch, wenn man etwa sieht, wie das Ku'Damm-Eck in seinen Blue Movies Pornographisches feilbietet, klassische Gründerzeit-Fassaden modernen architektonischen Strukturen von Schnellkonsum-Tempeln weichen mußten und an Cicero oder U-Bahnhof Kurfürstendamm unverändert gibt es in dem Staat, dessen Führer immer wieder warnend die Gefahr einer Wiederkehr des „Faschismus“ beschwören, real existierende Konzentrationslager. Ihr Kenn-

Ein weiteres Ärgernis ist das, was

entnernte Landeskonservatoren und Senatsbaudirektoren „Schaschlik-Mentalität“ oder „Bulettenstimmung“ nennen. Auch werden dort, wo früher Bilder ausgestellt waren, heute oft nur noch Pullover verkauft. Aber der Flaneur, der als Tourist nach Berlin kommt und die berühmte Meile abwandert, sie mit anderen berühmten Boulevards Europas vergleichend, registriert immer noch genügend Schwung, Intimität und spezifischen Stil.

Gottlob ist der Ku'Damm noch nicht derart komplett von postmodernen Schick-Micki eingeht wie etwa der Hamburger Rathausmarkt oder die Frankfurter Zeil, Gewiß, hier und da werden Versuche unternommen, durch das Aufstellen von Feuermeldern mit Pickelhauben obendrauf vergangene Atmosphäre zu produzieren. Aber, Hand aufs Herz, die hochgelobten „Hardenbergleuchten“ und modernen Wasserpumpen in klassischem Exterieur bestätigen ja nur, daß eine Vorliebe des Ku'Dammes schließlich seit eh und je der Kitsch gewesen ist.

Kitsch und Kunst, Schnellimbis und Jil Sander, Peter Steins 71-Millionen-Bühne unten und Eiermanns 20 000 kleine Blaufenster in seinem Kirchen-Achtkant oben, Popschöwe und Eden, der Folksänger mit der Gitarre und der großläufige Asylanter aus Ost-Berlin, der Pakistani und der Levanter, der Amerikaner bei Kranzler und der Japaner im Eck, die Notgemeinschaft der 150 Geschäfte und die insgesamt fast 100 000 Flaneure tagtäglich: der Kurfürstendamm ist nun mal schon immer ein Boulevard der Gegensätze gewesen, ein quicklebender, quirliger, kontrastreicher Organismus, in unaufhörlicher Veränderung, Metamorphose begriffen.

Und so gesehen symbolisiert er auch heute wie eh und je den Charakter der Stadt um ihn her, einer Stadt, die „rund um die Uhr geöffnet“ hat und noch allem die lebendigste in Deutschland ist.

ALEXANDER SCHMITZ

JOURNAL

Sensationeller Fund aus der Bronzezeit

Inw. Münster
Einen aufsehenerregenden Fund haben Archäologen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster gemacht: Bei Rettungsgrabungen im Wettlauf mit einem Bagger entdeckten sie in einer Sandgrube eine etwa dreieinhalbtausend Jahre alte bronzene Gürteldose, wie sie von Frauen während der Bronzezeit an Lederbündeln getragen wurden. Das Schmuckstück hat einen Durchmesser von 18 Zentimetern und ist mit Ornamenten reich verziert. Als erstes und bis zum Fund in Münster einziges Exemplar dieser Art war im Jahre 1911 bei Rheda eine bronzene Gürteldose entdeckt worden.

Auch Genf erhält eine Buchmesse

dpa, Genf/Frankfurt
In Genf wird im nächsten Jahr erstmals eine internationale Buchmesse veranstaltet. Vom 13. bis zum 18. Mai 1987 soll diese Schau als Messe des gesamten Printbereichs einschließlich Presse, Zeitschriften und Druckgewerbe angelegt werden. Das künftige jett das Bärenblatt für den Deutschen Buchhandel in seiner jüngsten Ausgabe an. Die Genfer Bücherschau wird von Preisvergaben und Autorensitzungen umrahmt. Bisher liegen Aussagen von Teilnehmern aus sieben Ländern vor.

Das 27. Filmfestival von Taormina eröffnet

epd, Taormina
Das 27. Internationale Filmfestival von Taormina wurde soeben im Teatro Antico eröffnet. Den Auftakt machte Paul Mazursky's „Down and out in Beverly Hills“. Zwölf neue Filme aus zwölf Ländern werden in der Wettbewerbs-Sektion gezeigt. Sie beginnt mit einem Streifen des Glasgower Regisseurs Charles Gormley, „Heavenly Pursuits“, der humorvoll-distanziert den Glauben an Wunder in Schottland thematisiert. Der Jury gehören u. a. der japanische Regisseur Nagisa Oshima, die englische Produzentin Lynda Myles und die kanadische Regisseurin Lea Pool an.

Grimm-Professur für Tankred Dorst

dpa, Kassel
Der Schriftsteller Tankred Dorst übernimmt die nächste „Grimm-Professur“ an der Gesamthochschule Kassel. Wie seine Vorgänger soll Dorst sechs Vorlesungen über sein Werk halten und voraussichtlich auch eine Schreibwerkstatt veranstalten. Erster Gastprofessor war der Autor Dieter Kllm.

Deutsche Architektur aus der Ferne

DW, Stuttgart
Der Deutsche Architekturpreis – unterstützt von der Ruhrgas AG – ist inzwischen zu einer Institution geworden. Ebenso die Publikation, mit der die Ergebnisse bekanntgemacht werden. „Architektur in Deutschland '85“ (Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 119 S. mit 102 Fotos und 52 Plänen, 28 Mark) stellt den vorjährigen Preisträger und die fünf Auszeichnungen vor, dazu sechs Objekte, denen eine Anerkennung zugesprochen wurde. Außerdem schildern vier Autoren aus dem Ausland „Deutsche Architektur, aus der Ferne gesehen“.

Retrospektive auf Filme von Peter Weiss

DW, Lübeck
Die 28. Nordischen Filmtage Lübeck vom 30. 10. bis 2. 11. zeigen parallel je vier Spielfilme neuester Produktion aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der „DDR“. Eine Informationschau ist dem skandinavischen Kinder- und Jugendfilm gewidmet. Der surrealistische Film „Fata Morgana“ von 1959 eröffnet anlässlich des 70. Geburtstages des 1982 verstorbenen Schriftstellers eine Retrospektive auf „Peter Weiss und den Film“.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Ich bin nicht ich, sondern jemand ganz anderer, der mir verblüffend ähnlich sieht.“ Zu diesem Schluss kommt der Titularrat Jakoff Petrowitsch Golljädin nach verwirrenden Erlebnissen, die ihn vor der Kulisse des nebeldurchzogenen Petersburg zum Wahnsinn treiben. In den Straßen dieser Stadt trifft er in jener Nacht, da er während einer Feier aus dem Haus seines Gönners geworfen wird, seinen Doppelgänger, dem er am folgenden Tag auch an seinem Arbeitsplatz in einem anonymen Ministerium gegenübersteht. Die Erzählung wurde zwar nicht wie Dostojewski an seinen Bruder schrieb, sein Meisterwerk, aber immerhin eine brillante Studie über Identität, Schizophrenie und Wahnsinn.
no
Fjodor M. Dostojewski: „Der Doppelgänger. Eine Petersburgische Dichtung“, dtv, 238 S., 8,80 Mark.

Frankfurt: Jan Saudek

Seine Bühne ist immer ein Keller

Mit der „Family of men“ fing es an. Jan Saudek hatte zwar schon vorher fotografiert, aber erst die Ausstellung von Edward Steichen gab seiner weiteren Arbeit Form und Halt. Das macht die Retrospektive „Jan Saudek – 35 Jahre Fotografie“ bewußt, die das Fotografiemuseum Frankfurt (Leinwandhaus) zeigt.

Jan Saudek, 1935 in Prag geboren, ist nicht aus dem Stamme Schweiß. Sein Erbe rührt wohl eher vom „Ackermann aus Böhmen“. Ihn fasziniert der Lebenszyklus von Liebe, Geburt, Jugend, Alter, Tod – der auch die „Family of men“ bestimmte. Seine Bühne ist jedoch nicht die weite Welt. Ihm genügt ein Keller mit abbröckelndem Putz und einem Fenster, das das Tageslicht nur indirekt einläßt. Hier entstehen alle Aufnahmen. Mit wechselnden Personen. Hier fotografiert er – stets in gestellter Pose – seine Freunde, seine Frauen, seine Kinder.

Er hat keine Pin-ups im Sinn. Es sind Bilder, die die Spuren des Lebens zeigen. In Bildfolgen, in denen er dieselbe Person in derselben Pose mit denselben Requisiten im Abstand von fünf oder zehn Jahren aufgenommen hat. Oder in Inszenierungen des Ent- oder Bekleidens, bei denen die Person scheinbar einen ganz anderen Charakter gewinnt. Manchmal setzt er sie auch in Beziehung zu dem Fenster, das dann die unterschiedlichsten Projektionen aufnimmt: Wolken, Erscheinungen, irrealer Ausblicke.



Inszenierung des Entkleidens: „Diadem“ des Fotografen Jan Saudek

FOTO: KATALOG

Alle diese Bilder wirken eigenartig unwirklich. Nicht zuletzt, weil Saudek sie häufig im Stile alter Fotografien von Hand koloriert. Diese Skala der Brautöne hat nichts mit der lauten Buntheit der Farbfotografie gemein. Sie beschwören Vergänglichkeit, bescheiden uns die „Unsterblichkeit“, die unsere Vorfahren auf Fotografien haben, die um die Jahrhundertwende entstanden.

Es ist die Technik der Vanitas-Bildnisse, die das blühende Leben zeigen, um an die Vergänglichkeit zu erinnern. Oder – um es mit den Worten zu sagen, die der Tod dem Ackermann aus Böhmen entgegenhält: „Das Leben ist um des Sterbens willen geschaffen. Wäre das Leben nicht, wir wären nicht; unser Geschäft wäre nicht; damit wäre auch nicht die Ordnung der Welt.“ PETER DITTMAR

Bis 10. Aug.; danach Köln, Galerie Klinken, 10. Okt. bis 12. Dez.; Bremen, Böttcherstraße, Febr./März 1987; dann San Francisco, New York, London; Katalog 39,80 Mark.

Zwölf Jahre Haft für fünf Gedichte – Erinnerung an den Fall der Dichterin Irina Ratuschinskaja

„Kein Moses ist vor uns, nur kalte Dunkelheit“

Es gibt eine junge Frau, die sich seit 1982 in Haft befindet. Bereits den fünften Sommer vegetiert sie in einem sowjetischen Lager; manchmal muß sie aus „disziplinären Gründen“ in einer eiskalten, steinernen Grube kauern. Bilder aus freundlichen Tagen zeigen ein zierliches, beinahe zerknirschend wirkendes Wesen mit Pagenfrisur und großen Kinderangen. Diese ammutige und kluge Frau ist keine Kriminelle. Sie hat weder Attentate verübt noch Bankbetrügereien organisiert noch sich an Flugzeugentführungen beteiligt. Sie hat nicht zum Umsturz aufgerufen, keine Polizisten geprügelt, auch an keinen gewalttätigen Demonstrationen teilgenommen. Ebensovwenig stand sie im Solde ausländischer Geheimdienste.

Diese junge Frau, Irina Ratuschinskaja, wurde 1954 geboren, studierte Physik, schrieb Gedichte und setzte sich tatkräftig für eine sowohl vom Staat als auch vom Unternehmertum wirklich unabhängige Gewerkschaftsbewegung ein. Sie schrieb Gedichte, die, nur in Abschriften verbreitet, wie Schwalben über das weiße Laß zogen und von geistiger Freiheit wie von hoher künstlerischer Sensibilität kündeten. In diesen Gedichten ist unmittelbar nicht von Politik die Rede. Allerdings stehen in ihnen Zeilen, in denen unendliche Trauer über die Gegenwart und verzweifelte Sehnsucht nach einer etwas menschlicheren Welt sich aussprechen: „Warum ist die Hälfte der Furchen im Traum?“ – „Die Dunkelheit ist ausgetrocknet. Könnte man doch am Leben bleiben!“ – „Fort von den Lebenden, die mit kalten Fingern

das Schicksal lenken.“ – „Kein Moses ist vor uns.“

Fünf solcher Gedichte bildeten die Grundlage eines Moskauer Gerichtsurteils, das am 3. März 1983 ausgesprochen wurde. Die Dichterin wurde zur Höchststrafe verurteilt: sieben Jahre Lagerhaft zuzüglich fünf Jahre Verbannung. Ein solches Urteil ist selbst in diesem Polizeistaat schon seit langem nicht mehr über einen weiblichen politischen Häftling gefällt worden: insgesamt zwölf Jahre für fünf Gedichte, die nicht regierungskonform sind!

Im Laufe der Gerichtsverhandlung wurden die elementarsten Rechtsnormen verletzt. Die angeklagte Lyrikerin durfte sich nicht verteidigen; die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; und selbstverständlich nahm man ihr auch jede Gelegenheit, ihre Freunde und Kollegen zu mobilisieren. Dem Urteil wogen die Aussagen von „Zeugen“ zugrundegelegt, die bereits vor vielen Jahren verstorben waren.

Die junge Frau war 29 Jahre alt, als sie unter diesen Umständen verurteilt wurde. Sie wird die 40 längst überschritten haben, wenn sie entlassen wird – vorausgesetzt, daß sie die Haftbedingungen zu überleben vermag. Sie kam als gesunde Frau ins Lager. In den gut drei Jahren, die seither vergangen sind, ist sie physisch und psychisch fast bis zum Ruin degradiert worden. Sie mußte 138 Tage in einer Arrestzelle verbringen, in der die Temperaturen im Winter auf minus 10 bis minus 12 Grad fielen und die Verpflegung aus Brot und eiskaltem Wasser besteht. Die an

sie gerichteten Briefe werden konfisziert. Ihr Mann hat sie zum letztenmal im September 1983 gesehen. Seither haben die Lagerbehörden fünfmal die Bitte, sie besuchen zu dürfen, abgelehnt. Obwohl sie sich ein Nierenleiden zugezogen hat und ständig fieberkrank ist, verweigert man der gefangenen Dichterin jeglichen ärztlichen Beistand.

Mehr als vierzig Jahre nach Ritters Untergang gibt es in dem Staat, dessen Führer immer wieder warnend die Gefahr einer Wiederkehr des „Faschismus“ beschwören, real existierende Konzentrationslager. Ihr Kenn-



Im Lager begraben: die russische Dichterin Irina Ratuschinskaja

FOTO: DIE WELT

zeichnen ist absolute Rechtsberaubung und Zwangsarbeit, mit einem Wort: Sklaverei.

Noch schrecklicher als Sklaverei ist aber das Vergessen – die gnadenlose Verurteilung der anderswo Geschundenen und Erniedrigten durch die Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit und Feigheit jener, die sich in Freiheit befinden und ahnungslos oder heuchlerisch meinen, daß man nichts tun könne, daß man sich nicht „einmischen“ dürfe, daß bereits der bloße Hinweis auf solches Unrecht von „wichtigeren“ Dingen ablenke.

Vielleicht können wir kurzfristig wirklich nichts ändern. Doch wir können wenigstens sagen, daß dieses Verbrechen nicht mit unserem stillschweigenden Einverständnis fortgesetzt werden darf. Wir können wenigstens schreien, anklagen und protestieren. Und wir können, sofern wir gläubig sind, auch für Irina Ratuschinskaja beten.

Denken wir wenigstens über diese Fragen nach, bevor wir zur politischen Tagesordnung zurückkehren.
GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

